NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG 18. WAHLPERIODE



Niederschrift

über die 15. - öffentliche - Sitzung der Enquetekommission "Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern" am 16. April 2021 Hannover, Landtagsgebäude

Ta	gesordnung: Seite:	
1.	Vorlage des Entwurfes eines Zwischenberichtes zu Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses (<u>Drs. 18/6898</u>)	
	hier: Beschlussfassung zum Umgang mit Voten und Abschluss der Beratung	
	Beschlussfassung zum Umgang mit Voten	
	Abschluss der Beratung3	
2.	Durchführung einer Anhörung gemäß beigefügtem Zeitplan (Anlage) zu den Ziffern 1 bis 3 des Einsetzungsbeschlusses (<u>Drs. 18/6898</u>)	
	Anhörung	
	- Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V5	
	- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)7	
	- Volkswagen pro Ehrenamt12	
	- Landesmusikrat Niedersachsen e. V	
	- Amateurtheaterverband Niedersachsen e. V	
	- BUND, NABU, Biologische Schutzgemeinschaft (über LabüN)22	
	- Bundes- und Landesvorsitzender der Landjugend Jan Hägerling30	
	- Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport e. V. Wolfenbüttel-Braunschweig 35	
	- Landkreis Leer - Stabsstelle Ehrenamt und Freiwilligenagentur39	

Anwesend:

Mitglieder der Kommission:

Mitglieder des Landtags:

- 1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
- 2. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
- 3. Abg. Dunja Kreiser (SPD)
- 4. Abg. Ulrich Watermann (i. V. d. Abg. Kerstin Liebelt) (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
- 5. Abg. Bernd Lynack (SPD)
- 6. Abg. Hanna Naber (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
- 7. Abg. Rainer Fredermann (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
- 8. Abg. Eike Holsten (CDU)
- 9. Abg. Veronika Koch (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
- 10. Abg. Christian Fühner (i. V. d. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
- 11. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
- 12. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
- 13. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
- 14. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP), per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Externe Sachverständige:

- 1. Dr. Florian Hartleb (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
- 2. Falk Hensel (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
- 3. Dagmar Hohls,
- 4. André Kwiatkowski (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
- 5. Insa Lienemann,
- 6. Dr. Barbara Hartung, i. V. d. Marion Övermöhle-Mühlbach (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
- 7. Jens Risse (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
- 8. Prof. Dr. Sebastian Unger (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
- 9. Prof. Dr. Joachim Winkler (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,

Herr Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung),

Herr Deycke (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Gaststenograf Kampfer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 9.33 Uhr bis 14.47 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Vorlage des Entwurfes eines Zwischenberichtes zu Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses (Drs. 18/6898)

hier: Beschlussfassung zum Umgang mit Voten und Abschluss der Beratung

Die **Enquetekommission** befasste sich auf der Basis des von der wissenschaftlichen Begleitung erarbeiteten Entwurfs eines Zwischenberichts - Version 5 ¹- mit dem Abschnitt "IV. Ausblick".

Eine Aussprache ergab sich nicht. - Die Kommission schloss sich der Fassung des Entwurfs an.

Beschlussfassung zum Umgang mit Voten

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) und Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) zogen die Ankündigungen, zu einzelnen Passagen des Entwurfs Minderheitsvoten zu formulieren, bzw. die bereits vorgelegten Minderheitsvoten zurück.

Abschluss der Beratung

Die **Kommission** schloss die Beratung mit einer einstimmigen Empfehlung des Zwischenberichtes in der Fassung der Version 5 ab.

¹ Vgl. Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Tagesordnungspunkt 2:

Durchführung einer Anhörung gemäß beigefügtem Zeitplan (Anlage) zu den Ziffern 1 bis 3 des Einsetzungsbeschlusses (18/6898)

Anhörung

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 54

Per Videotechnik zugeschaltet:

- Sandra Surrey
- Martin Schumacher

Martin Schumacher: Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Wir haben uns sehr darüber gefreut, weil wir dieses Thema sehr relevant finden. Man sieht ja, dass das ehrenamtliche Engagement im Wandel ist, so wie auch die Gesellschaft in Niedersachsen im Wandel ist.

Grundsätzlich ist das Bild ganz erfreulich. Der Freiwilligensurvey teilt uns mit, dass nach seiner Definition gut 40 % der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen engagiert sind. Die Engagementquote ist aber sicherlich noch um einiges höher, weil es natürlich auch noch viel an informellem Engagement gibt, sei es die Nachbarschaftshilfe oder sei es ein Projekt, das einem sehr am Herzen liegt und das vielleicht gar nicht so formal gestaltet ist und auch nicht erfasst wird.

Gleich zum Einstieg muss man eine Abgrenzung treffen zwischen dem Engagement, das - intrinsisch motiviert - ein bestimmtes Thema für eine bestimmte Zeit angeht und dann aber auch wieder zu Ende sein kann, und dem Ehrenamt. Das Ehrenamt ist langfristiger angelegt. Dies bedeutet, man übernimmt ein Mandat bzw. ein Amt für eine bestimmte Anzahl von Jahren und geht damit natürlich auch gewisse Verpflichtungen ein.

Verpflichtungen können etwa sein, dass man eine Vereinssatzung vertritt, Geschäftsordnungen zu beachten hat, Pflichttermine hat und auch eine bestimmte Rechenschaft ablegen muss. Dies bedeutet, dass man Ressourcen aufwenden muss, zum

einen die Ressource Zeit und zum anderen aber auch die Ressource Geld. Dies kann durchaus herausfordernd sein, gerade wenn man berufstätig ist, Kinder zu Hause hat und Verantwortung für Pflegebedürftige trägt. Da stellt sich auch die Frage, wie man das gut unter einen Hut bekommt.

Aus den Vereinen wird vorgetragen, dass es ein Problem mit dem Nachwuchs gibt. Die Nachwuchssorgen sind allgegenwärtig. Daher empfehlen wir der Kommission als Querschnitt, hier zu schauen: Wo gibt es Barrieren? Wie kann man sie eventuell ein bisschen abbauen und es den Menschen etwas leichter machen, gerade was die Frage von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt betrifft?

Das betrifft beispielsweise auch die Frage: Wer kümmert sich um die Kinder und die Pflegebedürftigen zu Hause? - Da empfehlen wir auf jeden Fall die Erstattung von Betreuungskosten, d. h. dass ich mir Verstärkung, mir jemanden ins Haus holen kann, der mich vertritt, wenn ich im Rat sitze oder mich in einer Vereinssitzung aufhalte. Das wäre schon eine riesige Erleichterung.

Auch an die Arbeitgeber sollte man mal herantreten. Sie könnten sicherlich noch mehr kommunizieren, dass sie es gut finden, wenn sich ihre Beschäftigten engagieren. Führungskräfte könnten da mit einem positiven Beispiel vorangehen.

Wir empfehlen weiterhin, durchaus auch auf gesetzlicher Ebene gewisse Rechte zu schaffen, beispielsweise dass man für die Wahrnehmung von Pflichtterminen Zeitfenster vom Arbeitgeber bekommt, in denen man freigestellt wird.

Fördern sollte man auch die Informations- und Kommunikationstechnologie. Das berührt die Frage: Kann ich mich vielleicht von zu Hause aus irgendwo zuschalten? - Dies kann Fahrtzeiten verkürzen oder ersparen, gerade wenn man in einem Flächenlandkreis wohnt. Hier empfehlen wir Förderprogramme für die technische Infrastruktur.

Generell ist die Bürokratie anzusprechen. Man muss immer viel liefern, wenn man Zuwendungen bekommen möchte oder die Anerkennung der Gemeinnützigkeit aktualisieren muss. Hier könnte man mal schauen, ob man vielleicht die Intervalle ein bisschen verlängert und das Zuwendungsrecht etwas kulanter und niedrigschwelliger gestaltet. Das empfehlen wir auf jeden Fall.

Meine Kollegin Sandra Surrey möchte jetzt noch ein paar Empfehlungen zu der Frage der professionellen Unterstützung des Ehrenamts und zum demografischen Wandel geben: Wie spiegelt sich das wider? Wie muss sich das Ehrenamt darauf einrichten und anpassen? - Sie wird auch noch ein paar Empfehlungen zu Vielfalt und Diversity im Ehrenamt abgeben.

Sandra Surrey: Auch ich begrüße Sie ganz herzlich. Wir freuen uns darüber, dass wir heute hier etwas vortragen können.

Wir plädieren nach wie vor dafür: Das Ehrenamt sollte durch professionelle Angebotsstrukturen weiter unterstützt werden. Dazu gehört beispielsweise: Das Ehrenamt braucht Hauptamt. Bestehende Angebote wie die Ehrenamtslotsen der Freiwilligenakademie Niedersachsen sind weiter auszubauen, um so auch für kleinere Vereine und Institutionen örtliche Ansprechpersonen bereitzuhalten.

Ebenfalls ist wünschenswert, wenn bei der Freiwilligenakademie Niedersachsen weitere Personalstellen für Rechts- und Steuerberatung sowie für die Mediation bereitgestellt werden, um so Ehrenamtliche noch besser begleiten und unterstützen zu können.

Auch sind wir für die Einrichtung eines sogenannten Krisentelefons, um Ehrenamtlichen eine neutrale Anlaufstelle bereitzustellen, bei der sie Missstände vortragen können. Diese Hotline könnte z. B. beim Niedersächsischen Landesamt oder auch bei der Freiwilligenakademie angesiedelt werden.

Besonders im Umgang mit schutzbedürftigen Menschen wie z.B. Kindern oder pflegebedürftigen Personen muss arbeitsmarktpolitisch darauf hingewirkt werden, dass hauptamtliche Aufgaben wie die Pflege oder pädagogische Maßnahmen, die einer langjährigen Berufsausbildung bedürfen, nicht allein von Ehrenamtlichen ausgeführt werden.

Des Weiteren plädieren wir dafür, dass ein Dachverband gegründet wird, um Vereinen, Verbänden und Institutionen im Bereich Ehrenamt eine gemeinsame Plattform bieten zu können, um so ein gemeines Sprachrohr nach außen zu haben.

Der nächste Punkt bezieht sich auf den demografischen Wandel. Wir plädieren dafür, dass bereits in Schulen für ehrenamtliche Tätigkeiten sensibilisiert wird. Seitens des Kultusministeriums sollten solche Maßnahmen fest in die Rahmenlehrpläne integriert werden.

Die Zusammenarbeit mit Schulen, Initiativen und Vereinen, die ehrenamtlich tätig sind, sollte weiter ausgebaut werden, damit Schülerinnen und Schüler schon früh über ehrenamtliche Möglichkeiten informiert werden und so der Weg in ein Ehrenamt nach oder während der Schulzeit begleitet und unterstützt werden kann.

Der Bundesfreiwilligendienst stellt bislang nur einen unzureichenden Ersatz des Zivildienstes dar. Auch wenn er Menschen aller Altersgruppen ansprechen soll, sind vorrangig jüngere Menschen aktiv, weil die Angebote des Bundesfreiwilligendienstes doch recht pflegelastig und zum Teil körperlich sehr anstrengend sind. Es ist wichtig, dass hier die Angebotspalette angepasst wird, um so wirklich Menschen aller Altersgruppen für den Bundesfreiwilligendienst zu animieren.

Der Landesseniorenrat ist das Sprachrohr der älteren Generation in Niedersachsen. Aufgrund des demografischen Wandels ist es uns wichtig, dass die Arbeit des Landesseniorenrats verstärkt und weiterhin professionalisiert wird. Eine Möglichkeit bestünde darin, nach dem bayerischen oder baden-württembergischen Vorbild eine hauptamtliche Geschäftsführung einzuführen.

Besonders im ländlichen Raum ist es wichtig, dass der Fokus auf Ehrenamtsförderung verstärkt wird, weil es eine hohe Diskrepanz zwischen dem Engagement im ländlichen Bereich und in städtischen Regionen gibt.

Abschließend möchte ich Ihnen noch ein paar Stichpunkte zur diversitätssensiblen Öffnung des Ehrenamts vorstellen.

Es ist wichtig, dass die Sichtbarkeit von Ehrenamtlichen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erhöht wird. Dazu könnte beispielsweise eine gezieltere Öffentlichkeitsarbeit stattfinden. Es liefen bereits erste Projekte - wie z. B. das Projekt "Altern in Vielfalt" des niedersächsischen Sozialministeriums -, die dazu beigetragen haben, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen im Ehrenamt enger zusammenarbeiten. Dies gilt es weiterhin auszubauen.

Auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität ist es wichtig, dass sie Zugang zu Vereinsstätten haben. Deshalb ist es wichtig, dass in bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit investiert wird.

Sozial benachteiligte Menschen, die sich in manchen Fällen ein Ehrenamt nicht leisten können, sollten nicht ausgegrenzt werden. Es muss sichergestellt werden, dass anfallende Aufwendungen vollständig und möglichst unbürokratisch erstattet werden.

Das war es von uns. Wir bedanken uns ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, wünschen Ihnen als Enquetekommission weiterhin noch viel Erfolg für die Arbeit und stehen Ihnen jetzt gerne noch für Fragen zur Verfügung.

Dagmar Hohls: Ich möchte nur ein Statement abgeben. - Sie haben eben zu Recht gesagt, dass die digitalen Strukturen zur Erleichterung der Wahrnehmung eines Ehrenamts weiter ausgebaut werden müssten. Das ist richtig. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass man das nicht zu sehr forcieren sollte, weil wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass digitale Sitzungen wesentlich anstrengender sind als Präsenzsitzungen. Das hat damit zu tun, dass die Übertragung der Informationen - das sind nur Nanosekunden - immer ein wenig dauert. Das heißt, das Gehirn gerät jedes Mal wieder durcheinander, weil es auf den kleinen Gap umschalten muss, der da entsteht.

Die Informationen, die man bekommt, sind nicht nur die reinen Wörter, sondern auch andere Sinne gehören noch dazu. Nur so ist eine vollständige Kommunikationsübermittlung möglich. Das ist in digitaler Form sehr anstrengend. Ich weiß das selbst. Wenn ich hintereinander in zwei digitalen Sitzungen bin, bin ich hinterher fix und fertig. Wir dürfen das mit der Digitalisierung also nicht übertreiben.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 35

Per Videotechnik zugeschaltet:

- Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm
- Rüdiger Hornbostel

Rüdiger Hornbostel: Vielen Dank, dass wir unsere Stellungnahme hier auch mündlich darstellen können. - Frau Hennemann-Kreikenbohm wird den zweiten Teil übernehmen. Ich mache den ersten Teil.

Der DGB Niedersachsen vertritt über 600 000 Mitglieder. Viele dieser Menschen leisten ehrenamtli-

che Arbeit in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen.

In Bezug auf das kommunalpolitische Engagement ist es für unsere Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sowie für unsere Mitglieder sehr wichtig, insbesondere unsere Interessen zu vertreten und ganz besonders im kommunalpolitischen Zusammenhang aktiv mitzumachen.

Gerade in ländlichen Regionen gibt es einen großen demografischen Wandel. Viele Problemlagen führen insbesondere auch dazu, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Engagement dort im Interesse der Menschen leisten.

Die Daseinsvorsorge in den Kommunen spielt eine zunehmende Rolle. Sie wird von vielen karitativen Einrichtungen und vielen Menschen, die im Ehrenamt sind, mitgetragen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind nicht nur im politischen Ehrenamt tätig. Nein, sie sind auch als Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter sowie als Sozialrichterinnen und Sozialrichter aktiv. Sie tun ehrenamtlich viele Dinge, die insbesondere auch die Interessen von Auszubildenden abbilden.

Wir sehen es als wichtig an, das Ehrenamt zu stärken, weil es inzwischen ein fester Bestandteil der gesamten Daseinsvorsorge geworden ist.

Wie unserem Papier zu entnehmen ist, ist es zunehmend schwieriger geworden, Ehrenamtliche zu entwickeln. Dazu gibt es unterschiedliche Statistiken. Wir haben grundsätzlich das Problem, dass die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren, durch das Aufweichen von Arbeitszeiten und zunehmende Wochenendarbeit immer mehr eingeschränkt wird. Viele Menschen müssen aufgrund ihrer ökonomischen Situation mittlerweile Zweitjobs annehmen. Auch damit ist es schwer vereinbar, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Wir müssen in der Öffentlichkeit noch viel stärker dafür werben, dass das Ehrenamt eine sehr positive gesellschaftliche Wirkung hat und dass es für die einzelnen ehrenamtlich tätigen Menschen ein wesentlicher Aspekt ihrer individuellen Freizeitgestaltung ist. Dies muss auch dadurch flankiert werden, dass man die Nachwuchsgewinnung stärkt und noch viel mehr dafür sorgt, dass insbesondere Jugendliche an das Ehrenamt herangeführt werden. Dazu bedarf es einer besonderen Unterstützung der Organisationen und Verbände, die in diesem Bereich tätig sind.

Last but not least ist für uns wichtig, dass eine angemessene Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige möglich sein muss. Wir halten die Deckelung der sogenannten Übungsleiterpauschale und deren steuerliche Behandlung für nicht angemessen. In diesem Jahr ist zwar eine Verbesserung eingetreten. Aber ein Ehrenamt darf nicht dazu führen, dass neben dem zeitlichen Engagement finanzielle Belastungen auf die Ehrenamtlichen zukommen. Wir erachten es als einen ganz wesentlichen Schritt, dass da eine deutliche Verbesserung eintreten muss.

Ich übergebe jetzt das Wort an Frau Hennemann-Kreikenbohm. Sie wird Ihnen noch einige konkrete Vorschläge zur Verbesserung der ehrenamtlichen Situation machen.

Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm: Ich arbeite bei der DGB-Region Niedersachsen-Mitte an der Schnittstelle zwischen Hauptamt und Ehrenamt. Wir betreuen die DGB-Kreisverbände in der Fläche. Dort arbeiten alle im Ehrenamt.

Dabei sehen wir, dass es insbesondere bei Frauen Verbesserungen bedarf, damit sie im Ehrenamt tätig werden können. Es besteht das Erfordernis, dass Verdienstausfall, aber auch Kinderbetreuungskosten erstattet werden. Auch die Pflegekosten müssten übernommen werden. Gleiches gilt für Nebentätigkeiten und Fahrtkosten, wenn wir auch Frauen vermehrt im Ehrenamt fördern wollen.

Aus der DGB-Arbeit kann ich Ihnen sagen, dass wir gerade Frauen in Sachen Ehrenamt gerne mitnehmen wollen. Das ist seit Jahren ein Auf und Ab, aber wir sind da noch nie in eine Parität gekommen. Das sollten wir ändern. Wir wollen mehr Frauen in das politische Ehrenamt bringen. Wir wollen sie aber auch in Vereinen und Verbänden haben. Dafür ist es erforderlich, Frauen besonders zu fördern. Hierfür müsste eine normative Regelung entwickelt werden, damit gerade politische Mandatsträgerinnen vom Arbeitgeber freigestellt werden können. Dafür wäre in Niedersachsen endlich eine gesetzliche Regelung erforderlich.

Frauen, die beispielsweise an einer Sitzung teilnehmen wollen, haben häufig eine Doppelbelastung. Sie arbeiten nicht nur Vollzeit, sondern übernehmen vielleicht auch noch die Aufgabe der Kinderbetreuung und nehmen sich mittlerweile mehr Zeit dafür. Trotzdem wollen sie vielleicht auch noch ehrenamtlich tätig sein. In diesem Fall ist eine digitale Teilnahme an einer Sitzung eine gute Möglichkeit.

Wie bekommt man das am besten hin? - Man braucht nicht nur digitale Endgeräte, sondern auch eine Weiterqualifizierung im digitalen Bereich, damit auch Frauen mit den unterschiedlichen Tools umgehen können. Auch eine Weiterqualifizierung in Richtung Zeitmanagement ist erforderlich. Wie bekommt man die Work-Life-Balance hin, sodass man Arbeit, Familie und Ehrenamt unter einen Hut bekommt und positive Energie wieder zurückkommt, wenn ich das einmal so sagen darf?

Das Mentoringprogramm "Politik braucht Frauen!", das es schon bei der Kommunalwahl 2016 gegeben hat und das es auch jetzt noch gibt, ist ein sehr gutes Instrument. Wir wissen allerdings nicht, wie es gerade in der Corona-Pandemie angenommen wird. Darüber haben wir keine Auswertung vorliegen. Wir setzen aber ganz klar darauf, dass dieses Mentoringprogramm für die Zukunft weitergeführt wird. In den entsprechenden Kampagnen muss noch mehr dafür geworben werden, damit noch mehr Frauen es annehmen.

Um insgesamt noch mehr Frauen in ein Ehrenamt zu bringen, beispielsweise in einem Verein oder einem Verband, ist es auch wichtig, die Diversity in den Blick zu nehmen. Dabei muss über alle Ebenen hinweg gedacht werden. Auch geflüchtete Frauen bzw. Migrantinnen müssen mit einbezogen werden. Wir haben bereits in unserer schriftlichen Stellungnahme klargemacht, dass wir das Ehrenamt als wahnsinnig wichtiges Instrument erachten, um die Demokratie in unserem Land zu sichern und diese Möglichkeiten der Integration zu nutzen. Auch Diversity ist ein wichtiger Punkt, um das Ehrenamt mit seinen ganzen positiven Aspekten zu stärken.

Die Ehrenamtskarte ist ein tolles Instrument. Dieses Angebot muss aber niedrigschwelliger angesetzt werden. Wir vom DGB sind der Ansicht, dass alle Ehrenamtlichen eine Ehrenamtskarte erhalten sollten. Derzeit bekommt die Ehrenamtskarte nur, wer seit mindestens drei Jahren ein ehrenamtliches Engagement und eine freiwillige gemeinwohlorientierte Tätigkeit von mindestens fünf Stunden in der Woche ausübt. Daher erhalten im Moment nur Einzelne eine Ehrenamtskarte. Ich denke, das ist keine Honorierung des Ehrenamts vor dem Hintergrund dessen, was da alles geleistet wird.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank für die Einführung und insbesondere auch für Ihr "paper".

Über das Thema "Frauen und Frauenmentoring", das Sie zum Schluss angesprochen haben, haben wir in der Kommission schon ausführlich diskutiert. Ich bin froh darüber, dass wir hier einen Konsens erzielt haben, dass eine Ausweitung Sinn macht.

Spannend fand ich, dass Sie gefragt haben, ob man das bestehende Programm auch auf Verbände und Vereine jenseits der Kommunalpolitik ausweiten könnte. Mich würde interessieren zu erfahren, ob Sie im Rahmen der Gewerkschaft schon Erfahrungen damit gemacht haben.

Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich die Arbeitswelt geändert hat - Flexibilisierung, Sonntagsarbeit und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen - und dass dies ehrenamtliches Engagement viel schwieriger macht. Gleichzeitig haben Sie erwähnt, dass Unternehmen z. B. in den USA das Ehrenamt ausdrücklich fördern - Stichwort "Corporate Volunteering" - und es zum Bestandteil der Unternehmenskultur machen. In Deutschland ist das in dem Sinne unterentwickelt, auch wenn wir gleich noch ein ganz anderes Beispiel hören werden. Da würde mich interessieren zu erfahren, inwiefern die Gewerkschaften als Partner der Unternehmen konkrete Vorschläge oder Ideen haben, wie wir das nach vorne bringen könnten.

Abg. Jörn Schepelmann (CDU): Zunächst einmal auch von mir herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. - Gleichwohl möchte ich meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass Sie sich sehr stark auf das Thema Frauen fokussiert haben, was ohne Frage wichtig ist. Aber ich glaube, das wird der ganzen Sache nicht gerecht.

Ich muss jetzt ein paar Punkte ansprechen, weil sie mich geärgert haben und auch nicht der Rechtslage entsprechen. Da bitte ich um ein Überdenken der Äußerungen bzw. Forderungen.

Was die Freistellung angeht, um Mandaten nachzukommen: Dies ist sowohl für Frauen als auch für Männer schon heute aus sehr guten Gründen möglich. Sie haben vorhin gesagt, dass dies auch für Frauen möglich sein müsste. Ich darf Sie darüber informieren, dass das bereits der Fall ist, und das ist auch gut so. Das will und wird auch niemand verändern.

Die Parität ist ein hinlängliches Thema; das will ich gar nicht weiter ausbreiten. Darüber wird auch im Bereich des kommunalen Mandats gerungen; das ist ein offenes Geheimnis. Hinsichtlich der Frage, ob Sie sich eine Paritätsregelung auch für das all-

gemeine Ehrenamt wünschen oder diese gar fordern, bitte ich um Aufklärung. Das habe ich nicht ganz verstanden. Aber vielleicht habe ich das auch falsch verstanden.

Ein allgemeiner Hinweis: Der Begriff "Diversity" ist sicherlich umfassender zu begreifen, als sich nur auf das Thema Frauen zu beschränken. Aber das wissen Sie sicherlich noch besser als ich.

Die Forderung, die Ehrenamtskarte für alle freizuschalten, halte ich ein Stück weit für gefährlich. Ich glaube, die Anforderungen, diese Karte zu erhalten, sind bewusst schon recht niedrig. Man kann sicherlich darüber reden, ob man das Ganze noch ein bisschen niedrigschwelliger formuliert. Aber wenn man sie jedem gibt, verliert sie auch ihren sprichwörtlichen Reiz, der einen dazu bringen sollte, in das Ehrenamt zu gehen. Insofern würde ich zumindest Bedenken anmelden, ob es am Ende wirklich zielführend oder nicht sogar kontraproduktiv ist, das zu fordern.

Ich habe noch eine Frage. Sie hatten ausgeführt, die Kinderbetreuungs-, Fahrt- und sonstigen Nebenkosten müssten noch mehr oder auch komplett übernommen werden. Ich persönlich finde, das ist eine durchaus zielführende Forderung. Aber haben Sie auch einen Vorschlag oder eine Idee, wer diese Kosten übernehmen soll?

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Vielen Dank an Sie beide für den Vortrag und die Erstellung der Vorlage. - Meine beiden Vorredner haben schon gesagt: Sie haben viele Punkte und Aspekte angesprochen, die wir in den letzten Wochen beleuchtet haben, weil wir uns intensiv mit dem kommunalen Mandat auseinandergesetzt haben. Heute haben wir die Beratungen des Zwischenberichts zu diesem Themenbereich abgeschlossen.

Sie haben in Ihrem Statement auch die Bereiche Aufwandsentschädigung, Parität und Freistellungen angesprochen. Das Ganze zielte auch ein bisschen in die Richtung von kommunalen Mandaten ab. Aber wir wollen uns das Ehrenamt insgesamt anschauen und ja auch noch den Abschlussbericht schreiben.

Gewerkschaften - dies weiß ich aus eigenem Erleben sehr gut - sind auch politisch sehr engagiert; das ist auch richtig so. Hinsichtlich der Fragen, die Sie aufgeworfen haben, würde mich interessieren - aus Best Practice kann man ja gut lernen -: Wie weit sind die Gewerkschaften da? Welche Konzepte können Sie uns anbieten bzw.

sagen: "Schaut mal zu uns! Wir machen das bei uns so und so. Hier läuft das mit den Freistellungen so. Hier werden Schulungen an Endgeräten insbesondere für Frauen angeboten"? Was bieten Sie an? Wie gehen Sie da vor?

Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm: Vielen Dank für die Fragen. - Herr Bajus hat zwei Fragen gestellt. Die erste Frage werde ich beantworten, die zweite Frage Herr Hornbostel.

Es geht darum, Möglichkeiten beim Mentoring zu schaffen, um Frauen mitzunehmen. Es gibt das politische Mentoringprogramm "Politik braucht Frauen!" zu den Kommunalwahlen. Wie gesagt: Das ist unseres Erachtens ein wunderbares Instrument, das weitergeführt werden sollte.

Ihre Frage, Herr Bajus, zielte darauf ab, wie wir in den Gewerkschaften mit dieser Thematik umgehen. Konkrete eigenständige Mentoringprogramme für das Ehrenamt haben wir noch nicht entwickelt. Wir sind aber dabei, die Trägerinnen eines Ehrenamtes, die schon eine Funktion haben, in der Form zu begleiten, dass sie auch in führende Funktionen kommen, sprich, dass sie etwa auch Vorsitzende eines Kreisverbands werden können, was verschiedene weitere Aufgaben mit sich bringt, die sie erfüllen müssen. Wir geben die Möglichkeit, dass speziell Frauen die Aktivitäten, die umgesetzt werden müssen, zusammen mit dem Kreisverbandsvorsitzenden leisten. Aber wir haben das Ganze noch nicht in ein festes Programm gegossen und noch kein eigenständiges Mentoringprogramm dafür entwickelt. Wir wollen aber in diese Richtung gehen, damit wir künftig mehr Frauen mitnehmen und damit das Ehrenamt sichtbar von noch mehr Frauen getragen wird.

Rüdiger Hornbostel: Zu der zweiten Frage hinsichtlich der Freistellung von Arbeitszeit im Kontext von ehrenamtlichem Engagement: Wir haben heutzutage das Problem, dass es aufgrund der zunehmenden Veränderungen der Arbeitszeiten sowie der Wochenendarbeit usw. immer schwieriger geworden ist, dass sich Menschen Freiräume nehmen können.

Für uns ist es wichtig, dass Unternehmen, Betriebe usw. durch eine positive Imagekampagne davon überzeugt werden, ehrenamtliches Engagement zu akzeptieren und den Beschäftigten mögliche Freiräume zu geben. Das ist eine schwierige Situation. Wir wissen auch, dass das in den Betrieben zum Teil nur sehr schwierig umzusetzen ist.

Ich glaube, ein grundsätzliches Bewusstsein dafür, wie wichtig Ehrenamt ist und wie positiv sich Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, auch im Betrieb engagieren, ist ein ganz entscheidender Schritt. Seitens der Unternehmen und Betriebe gibt es sehr unterschiedliche Sichtweisen in Bezug auf ehrenamtliches Engagement. Deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, da eine positive Imagekampagne zu machen.

Eine weitere Frage war, wer eigentlich die Kosten übernehmen soll. Natürlich müssen die durch kommunalpolitisches Ehrenamt entstehenden Belastungen und Kosten abgefedert und abgedeckt werden. Die Vereine und Organisationen, die Ehrenamtliche über Pauschalen usw. entschädigen, bringen das in der Regel entweder aus Mitgliedsbeiträgen, durch kommunale Zuschüsse oder Ähnliches auf. Uns ist es wichtig, dass die Deckelung durch den Gesetzgeber, also die steuerliche Würdigung von solchen Entschädigungen, dahin gehend geändert wird, dass der echte Aufwand steuerfrei gestellt wird.

Dazu kommen die entsprechenden Sachaufwendungen, die die Menschen haben, bis hin zu den Fahrtkosten. Insbesondere in ländlichen Regionen haben Ehrenamtliche natürlich ganz andere Entfernungen zu überbrücken.

Wir als Gewerkschaften versuchen natürlich, unsere Ehrenamtlichen - wir haben auch eigene ehrenamtliche Strukturen - zu schulen. Bei uns gibt es regelmäßig Schulungsangebote für den Kreis der ehrenamtlichen DGB-Mitglieder, die in unseren Strukturen aktiv sind. Dafür haben wir ein eigenes Bildungsprogramm.

Ähnliche Bildungsprogramme gibt es auch bei Verbänden, Vereinen und Organisationen, die beispielsweise nicht nur Sportübungsleiter in bestimmten Dingen ausbilden, sondern die insgesamt z.B. auch so etwas wie Vereinsmanagement für Ehrenamtliche anbieten. Wir wissen aber, dass es bei vielen Dachverbänden sehr schwierig ist, ausreichende Plätze zu schaffen, weil das Geld dafür fehlt.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Ich kenne einen Sportverein, der schon seit längerer Zeit versucht, Übungsleiterinnen für das Kinderturnen ausbilden zu lassen. Das ist wahnsinnig schwierig, weil die Wartelisten unendlich lang sind. Hinzu kommt, dass man ein dezentrales Angebot entwickeln muss. Für Menschen beispielsweise im Landkreis Uelzen ist es nicht möglich, ständig

nach Hannover oder wohin auch immer zu reisen, um dort Fortbildungen wahrzunehmen. Dies erachte ich als ganz schwierig. Da dies wesentliche Aspekte der Daseinsvorsorge sind, muss meiner Meinung nach Geld hineinfließen.

Zu dem Punkt Parität bitte ich Frau Hennemann-Kreikenbohm, gleich noch etwas auszuführen.

Ich möchte zu der Ehrenamtskarte noch etwas sagen. Natürlich ist es richtig, eine solche Karte tatsächlich denjenigen Menschen zukommen zu lassen, die ein Ehrenamt ausüben und die das nicht als Deckmäntelchen für irgendetwas nutzen. Das halte ich für wesentlich. Aber ich finde, dass die Grenzen zum Teil zu hoch gesetzt und die Bewertungen dessen, was Ehrenamt leistet, vielleicht auch unterschiedlich sind und dies von Politik, Verwaltung und den ehrenamtlich Tätigen unterschiedlich gesehen wird. Deswegen meinen wir, dass es durchaus notwendig ist, bestimmte Hürden gegebenenfalls abzusenken.

Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm: Herr Schepelmann, zu Ihrer Frage zur Parität: In der Gesellschaft allgemein gibt es ein bisschen mehr als 50 % Frauen und auch ungefähr 50 % Männer. In den jeweiligen Bereichen spiegelt sich aber nicht wider. Ich möchte einmal aus der Praxis von DGB-Kreisverbänden berichten, bei denen es auch um politische Funktionen geht, dass da Frauen vielfach nicht in der Überzahl sind, sondern in der Minderzahl, und ihr Anteil nicht an die 50 % heranreicht. Dies wollte ich zum Ausdruck bringen.

Es wäre generell wünschenswert, dass Frauen mehr in Vereinen und Verbänden aktiv werden und auch politische Mandate wahrnehmen. In diesem Zusammenhang wäre eine gesetzliche Freistellung erforderlich.

Meines Wissens gibt es niedersachsenweit keine gesetzliche Regelung, die dem Arbeitgeber vorschreibt, politische Mandatsträger beispielsweise für eine Nachmittagsveranstaltung in einem Kommunalparlament freizustellen. Wenn dies doch der Fall ist, werde ich die Quelle bestimmt genannt bekommen.

Herr Schepelmann, Sie haben recht: Der Begriff "Diversity" umfasst natürlich nicht nur Frauen. Ich habe gerade Frauen im Ehrenamt in den Fokus genommen, um sie in die Strukturen aufzunehmen. Aber das betrifft natürlich Männer genauso. Auch Männer müssen über alle Ebenen hinweg mitgedacht und in das Ehrenamt einbezogen

werden. Wir haben den Fokus, wie gesagt, auf Frauen, ihre Integration und die Möglichkeiten gelegt, sie zu fördern.

Ich halte es nicht für gefährlich, die Ehrenamtskarte an alle ehrenamtlich Tätigen auszugeben, die beispielsweise zwei oder drei Stunden in der Woche für das Ehrenamt tätig sind. 250 Stunden ehrenamtlich im Jahr abzuleisten und drei Jahre Ehrenamtstätigkeit, damit ist die Latte schon ziemlich hoch gelegt. Es wäre sinnvoll, diese Schwellen herunterzuschrauben in Richtung Juleica, dass man die Ehrenamtskarte beispielsweise schon nach einem Jahr ehrenamtlicher Tätigkeit bekommt.

Bislang erhalten nur Einzelne die Ehrenamtskarte. Die entsprechenden Menschen werden in der Kommune, einem Verein oder einem Verband vorgeschlagen. Sie erhalten dann beispielsweise bei einer öffentlichen Ratssitzung die Ehrenamtskarte überreicht. Sollte diese Honorierung nicht allen ehrenamtlich Tätigen zugutekommen? Ich denke, das wäre sinnvoll. Man sollte nicht nur Einzelne als Leuchtturm herauspicken. Ich bin der Ansicht, das ganze Ehrenamt leuchtet, nicht nur Einzelne.

Bei der Frage von Herrn Lynack ging es um die Schulung an Endgeräten. Herr Hornbostel hat schon einiges dazu gesagt. Ich möchte noch etwas zu dem Aspekt der Weiterqualifizierung von Frauen sagen. Gerade auch Frauen, die keine Digital Natives sind, sondern Digital Immigrants und beispielsweise in einem höheren Alter sind und im digitalen Bereich aktiv werden, müssen mitgenommen werden, um auch politische Mandate und Funktionen in Vereinen usw. übernehmen zu können. Es geht nicht nur um die junge Generation, weil sich das Ehrenamt durch alle Altersschichten zieht, was wir auch wollen.

Dagmar Hohls: Ich habe ein bisschen gezögert, muss aber jetzt doch eine bissige Bemerkung loswerden. So bin ich; das tut mir leid.

Sie haben von einer gesonderten digitalen Fortbildung für Frauen an Endgeräten gesprochen. Ich frage mich, wie Sie auf dieses schmale Brett kommen. Wie viele Frauen haben Sie denn schon erlebt, die nicht in der Lage sind, ihr Smartphone oder ihren Laptop zu bedienen?

Ich muss aus meiner ganz persönlichen Erfahrung sagen: Ich bin blond und 70 Jahre alt. Ich habe in meinem gesamten politischen Umfeld

noch keine Frau erlebt, die nicht in der Lage war, ein digitales Endgerät zu bedienen. Dieser Teil des Vortrags ist sehr schädlich gewesen.

Dr. Imke Hennemann-Kreikenbohm: Es ist gut, wenn Sie das für sich so festgestellt haben. Wir in der Ehrenamtsarbeit haben durchaus Kolleginnen, die nicht über ein Endgerät verfügen, die in unterschiedlichen Berufen tätig sind, z. B. im Handwerk, vielleicht auch in der Pflege. Nicht alle sind mit einem digitalen Endgerät ausgestattet oder haben Zugang dazu. Dies möchte ich klarstellen. Darüber gibt es auch Erhebungen. Die müsste ich aber erst heraussuchen und Ihnen dann zukommen lassen.

Vors. Abg. Petra Tiemann (SPD): Ich möchte an dieser Stelle einen kleinen Werbeblock einpflegen. Der Landtag wird heute um 12 Uhr eine Onlinebefragung für Ehrenamtliche freischalten. Wir würden uns freuen, wenn der DGB dies unterstützen würde; denn Sie beide, sowohl Frau Dr. Hennemann-Kreikenbohm als auch Herr Hornbostel, haben darauf hingewiesen, dass viele Menschen ehrenamtlich auch für die Gewerkschaften, für die Ortsverbände bzw. für die Kreisverbände arbeiten. Wir bekommen hier fast nur Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden in die Anhörung, nicht aber den einzelnen ehrenamtlich Arbeitenden, egal, in welcher Rolle er unterwegs ist.

Wir würden uns freuen, wenn der Abschlussbericht später so breit wie möglich aufgestellt werden könnte. Das wünscht sich die Kommission. Wir wünschen uns, dass gerade so große Verbände wie der DGB und die Einzelgewerkschaften bei dieser Onlinebefragung mitmachen.

Sie bekommen von der Landtagsverwaltung einen Link. Schicken Sie ihn dann bitte mit Ihrem Verteiler weiter. Die Beantwortung dauert nicht lange, würde aber ein gutes abschließendes Bild zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts liefern. Wir haben in der Debatte eben deutlich gehört, dass die Einstellungen dazu zum Teil verschieden sind. Je breiter das Spektrum der Erfahrungswerte ist, aus dem wir schöpfen können, desto besser ist das.

Volkswagen pro Ehrenamt

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 50

Ralf Thomas: Im Jahr 2006 hat mich der damalige Vorstand der Volkswagen AG gebeten, die Ab-

teilung Volkswagen pro Ehrenamt zu gründen. Die gab es damals noch nicht. Das war im Personalwesen nur eine vage Idee. Man hat mich aus einer anderen Managementfunktion heraus gebeten, diese Abteilung zu gründen und zu kreieren. Seit dieser Zeit stehe ich der Abteilung vor. Wir entwickeln das Ganze auch weiter.

Hintergrund war folgender: Wir haben im Rahmen unserer Arbeitsbeziehungen und unserer damaligen Überlegungen, wie sich ein Unternehmen sowohl gesellschaftlich als auch inhaltlich darstellen kann, was die Ausbildung der Fahrzeugbaustrukturen oder auch der modernen Digitalisierung angeht, festgestellt - dies war schon immer bekannt -, dass das gesellschaftliche Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr stark ausgeprägt ist. Wir wollten das als guter Arbeitgeber, als sogenannter Toparbeitgeber, weiter verfestigen und unterstützen und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern damit auch ein Zeichen geben, nämlich durch Respekt und Anerkennung in der Form, dass wir das unterstützen, und zwar dort, wo wir es als Arbeitgeber in vernünftiger Art und Weise machen. Letztendlich ist das in der Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern unter dem Strich ein "Eingriff" in die Privatsphäre. Man muss als Arbeitgeber relativ vorsichtig sein, wie man jemanden unterstützt, der sich privat engagiert.

Damit Sie einmal den Konflikt sehen, den wir dabei erkannt haben: Wenn jemand - das ist 2015 ja sogar plakativ geworden - bei Greenpeace oder beim NABU aktiv ist, bei Volkswagen beschäftigt ist und sich dann sozusagen privat auf der einen Seite und dienstlich auf der anderen Seite befindet, dann ist das schon ein Spannungsfeld. Nichtsdestotrotz haben wir gesagt: Gesellschaftliches Engagement ist uns als Bestandteil unseres Unternehmens wichtig. Auch wir sind schließlich Bestandteil der Gesellschaft, genauso wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bestandteil unseres Unternehmens sind. Insofern gehört es sich als guter Arbeitgeber, das eine von dem anderen zu trennen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort zu unterstützen.

Ich habe dann den Auftrag bekommen, dieses Programm zu entwickeln. Wir haben es natürlich ständig weiterentwickelt, sind anhand der gesellschaftlichen Themen und Problematiken immer weiter gegangen, entwickeln neue Formate bis heute weiter und versuchen, die Digitalisierung und bestimmte Themen der Arbeitsfreistellung voranzubringen.

Ich habe den Vorrednerinnen und Vorrednern sehr interessiert zugehört, kann aber nicht allem zustimmen, was ich eben gehört habe. Wir versuchen, vieles entlang der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu tun.

Damit Sie wissen, woher meine Expertise kommt: Ich bin seit 1990 ehrenamtlich in verschiedenen Funktionen aktiv, im überwiegenden Teil im Sportbereich. Ich bin zurzeit Vorsitzender des Fußballkreises Gifhorn. Ich führe derzeit 96 Vereine mit ca. 14 000 Sportlern und habe selbst 58 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bzw. ich führe 900 bis 1 000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Sportvereinen im Landkreis Gifhorn.

Darüber hinaus bin ich eines der Kulturgesichter aus der Region Braunschweig, weil ich auch für das Thema Kultur stehe und bestimmte Themen im Rahmen der Pandemie lanciere. Selbst bin ich Dudelsackspieler. Ich bin auch Musiker.

Des Weiteren bin ich in der Kommission Ehrenamt beim Niedersächsischen Fußballverband und insofern für das Land Niedersachsen mit 33 angeschlossenen Kommunen zuständig. Ich kümmere mich dort auch um das Thema Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt.

Seit gut 15 Jahren bin ich hauptberuflich mit der Konzeption Volkswagen pro Ehrenamt für das Thema zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zuständig.

Das zu meiner Expertise, damit Sie wissen, warum ich inhaltlich über manches spreche, manches etwas vertiefe und manches vielleicht auch ein bisschen oberflächlicher anspreche als das, was ich in meiner schriftlichen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht habe.

Um ein bisschen Zeit aufzuholen, möchte ich jetzt in relativ kurzer Form auf mein Papier eingehen.

Ich habe in meinen beiden Funktionen, aus meinem Ehrenamt und aus meinem hauptberuflichen Bereich des ehrenamtlichen Engagements, festgestellt - das ist letztlich übergreifend auch die Empfehlung, die ich abgeben kann -, dass wir mit einer zentralen Struktur, die aber dezentral geführt wird - das hört sich widersprüchlich an, ist aber ernst gemeint -, bislang sehr gut klargekommen sind.

Ein Beispiel: Ich führe in Wolfsburg die Abteilung Volkswagen pro Ehrenamt, habe aber an jedem

unserer Standorte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich ausgeprägt um das gesellschaftliche Engagement vor Ort kümmern. Dies hat folgende Vorteile: Ich kann meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort aus einer starken Zentrale heraus unterstützen. Ich kann ein zentrales Programm entwerfen, das wir dann dezentral an jedem Standort etablieren.

Glauben Sie mir bitte, dass es am Standort Emden eine völlig andere Ehrenamtskultur als in Kassel oder in Chemnitz gibt. Aber sie alle haben gemeinsam: Sie kommen aus einer starken Zentrale und können sich aus einer starken Zentrale heraus bedienen, nämlich über Zentralthemen, die wir in Wolfsburg - Wolfsburg ist unser Mittelpunkt - erarbeiten und dann dezentral im Sinne der regionalen Unterschiede umsetzen können.

Im Ehrenamt ist es sehr wichtig, das Thema Zusammenarbeitskultur und Motivation vor Ort hochzuhalten. Das kann man aber nicht machen, wenn man aus Wolfsburg kommt und das beispielsweise jemandem in Emden vermitteln will. Dabei geht es allein schon - das meine ich nicht despektierlich, sondern das sage ich zur Veranschaulichung - um die Sprache. Wenn ich nach Emden komme, verstehe ich immer nur die Hälfte, weil ich das friesische Platt nicht komplett beherrsche. Aber die Kolleginnen und Kollegen aus Emden können gewiss sein, dass wir durch eine starke Zentrale jeweils auch die Wertschätzung generieren können. Wenn ich als Beauftragter des Vorstands mich vor Ort um ein Thema kümmere, dann sind diejenigen ganz bewusst im Blickpunkt, die in den dezentralen Standorten verantwortlich sind.

Der übergreifende Punkt, den ich versuche darzustellen, ist, dass es aus meiner Sicht hier im Land auch aus Respekt und Anerkennung eine zentrale Stelle geben müsste, die dem Ehrenamt ein Gesicht gibt und die mit den Kommunen, mit den dezentralen Stellen vor Ort jeweils Strukturen schaffen oder die vorhandenen Strukturen so stark unterstützen kann, dass geballtes Fachwissen verteilt werden kann.

Ich habe dazu ein Instrument entwickelt, das ich auch im Fußballverband nutze, nämlich einen Markt der Möglichkeiten, der einmal im Jahr zentral bei uns in Wolfsburg stattfindet. Wir laden aus allen Landkreisen in Niedersachsen gute und starke Projektpartner aus dem Ehrenamt, aus Vereinen ein, die dann im Sinne von Best-Practice-Beispielen den anderen aufzeigen: Da

ist mein Sportheim. Ich habe eine Solaranlage eingebaut. Ich habe neue Musikinstrumente beschafft, weil es für Musik ein EU-Förderprojekt gab. - Das machen wir gemeinschaftlich in einem Tagesworkshop, wenn man so will, im Rahmen eines Marktes der Möglichkeiten.

Die Botschaft ist: Wir kommen zusammen und nutzen die regionalen Möglichkeiten, die aufgezeigt wurden. Wir bringen tolle Sachen zusammen, bei denen sozusagen Räder erfunden wurden. Wir tauschen diese Räder untereinander aus und kommen dann wieder zusammen. Jeder kann sich dann überlegen, was davon von ihm in seinem Regionalbereich genutzt werden kann.

Das Ganze wird so aufgebaut - deswegen eine zweite Empfehlung -, dass wir eine zentrale Informationsplattform haben, auf die jeder immer wieder zugreifen kann. Das heißt, wenn ich beispielsweise im Süden von Osnabrück oder im Norden von Uelzen bin, kann ich mir über die Zentrale Informationen holen und sagen: Ich habe gehört, in Osnabrück gibt es dieses und jenes als Möglichkeit. Gilt das für mich in Uelzen genauso? Wenn ja, woher kann ich Informationen darüber bekommen? Wer ist mein Ansprechpartner dafür? - Das heißt, wir sind in Wolfsburg eine Drehscheibe und können darüber Wissen austauschen und Möglichkeiten fördern und auch optimieren.

Darüber hinaus können wir noch Folgendes machen: Wir können zentrale oder dezentrale Themen bündeln und daraus erkennen, wo es möglicherweise gleich gelagerte Probleme gibt.

Ich nehme einmal das Thema der Förderung von Frauen im Ehrenamt, die eventuell Lehrgänge für den Umgang mit Smartphones bräuchten. Das gibt es vor Ort nicht und kann auch ich nicht feststellen. Jeder ist doch heutzutage modern unterwegs. Dafür braucht man nicht eine extra Förderung. Wenn aber jemand sagt: "Ich habe keine Ausrüstung und kein Material. Ich brauche einen Laptop oder ein Smartphone", dann könnte man über eine Anforderung in der Zentrale generieren: Welche Geräte braucht man in dem einen und in dem anderen Bereich? Welche Grundausstattung ist erforderlich? Welche Software ist notwendig?

Ich kann Ihnen ein Beispiel geben - auch Sie verwenden ja die Kommunikationsplattform Teams -: Ich habe von Microsoft im Rahmen eines Charity-Programms für Vereine 60 000 Lizenzen bekommen und konnte sie an viele Vereine in Nieder-

sachsen ausrollen, sodass sie keine Lizenzgebühren zahlen müssen und so ihre Ehrenamtsarbeit machen können. Diese Lizenzen liegen jetzt den Vereinen vor. Sie können sie nutzen. Das kann ich aus einer Zentrale heraus machen, weil wir schon vor zwei Jahren gemerkt haben, dass die Vereine höchstgradig daran interessiert sind, auch digital zusammenzuarbeiten und diese Möglichkeit zu nutzen.

Dann kamen die Fragen auf: Wie funktioniert eigentlich dieses Teams-Programm? Wie funktioniert eigentlich ein Office-System in einem Verein? - Auch darauf konnten wir wieder zentral reagieren, indem wir jeweils jemanden - nur beispielhaft - aus Emden, Braunschweig, Salzgitter, Göttingen und Osnabrück eingeladen konnten und eine zentrale Schulung gemacht haben. Die Multiplikatoren sind dann wieder in ihre Landkreise zurückgegangen und haben die Vereine, die über Lizenzen verfügt haben, vor Ort informiert.

Wir bringen heute, während der Pandemie, alle unsere Landkreise über Teams im Fußball zu Onlinetagungen zusammen. Wir haben mit Tausenden von Mitgliedern im Fußball- und Sportbereich schon seit anderthalb, zwei Jahren fließend und ohne Probleme Onlinekonferenzen durchgeführt und uns der Frage gewidmet: Wie können wir uns im Sport optimal organisieren?

Wir können aus einer gestärkten Zentrale Wertschätzung, Respekt und Anerkennung geben und daraus auch viele Unterpunkte umsetzen, die ich Ihnen aufgeschrieben habe. Mir ganz persönlich geht es darum, eine Wertschätzungskultur zu etablieren. Das ist eine Empfehlung.

Wenn jemand von oberster Stelle vor Ort kommt und damit ein Zeichen setzt, dann hat das etwas mit Wertschätzung und vor allem auch mit Motivation zu tun. Wenn der Präsident des Niedersächsischen Fußballverbands zu mir, zu meinem Kreistag in den Landkreis Gifhorn kommt, der alle drei Jahre stattfindet, dann sitze ich ganz gerade am Tisch, bin happy und sage: Der Präsident kommt und spricht zehn Minuten irgendwelche wahren Worte. - Manchmal ist das auch nur politisch. Aber es ist für meine 58 Mitarbeiter und Vereinsvertreter ein Zeichen, dass da etwas passiert.

Das ist im Grunde genommen der Kern meiner Empfehlung, nämlich aus einer gestärkten Zentrale eine noch stärkere Dezentrale zu entwickeln.

Dafür gibt es vor Ort ganz viele tolle und gute Beispiele, die man nutzen kann.

Abg. Volker Bajus (GRÜNE): Herr Thomas, danke für Ihren Vortrag und auch für das "paper". - Wenn ich einmal etwas loswerden darf: Ich finde es hervorragend strukturiert. Das wäre womöglich für uns eine gute Vorgabe, was Gliederung und Struktur unseres Endberichts angeht. Ich kann nicht jeden Spiegelstrich unterschreiben. Aber ich glaube, da sind viele gute Sachen drin.

Ich möchte mich angesichts der Zeit auf einen Punkt fokussieren, und zwar insbesondere auf das Thema Unternehmensengagement, also das, was ich vorhin mit dem amerikanischen Begriff "Corporate Volunteering" bezeichnet habe.

VW ist bekanntermaßen das größte Unternehmen in diesem Land. Aber wir haben eigentlich eine Struktur, die insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist. Um einmal ein Beispiel zu nennen: Das kleinste VW-Werk ist in der Region, aus der ich komme, nämlich in Osnabrück. Es gehört dort aber zu den allergrößten Arbeitgebern. Wir sind darüber auch sehr froh.

Wir haben, wie gesagt, eine Struktur mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wie können wir gerade sie dazu bringen, im ehrenamtlichen Bereich aktiv zu sein? - Damit will ich zum Ausdruck bringen: VW und auch andere große Unternehmen können das. Aber kleinen und mittleren Unternehmen fällt das schwer. Herr Thomas, Sie haben den Nutzen wunderbar dargestellt. Wie können wir bei diesen Unternehmen die Idee, mehr in das Ehrenamtsengagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren, besser fördern? - Vielleicht könnten Sie dazu noch zwei, drei Punkte sagen.

Abg. Jörn Schepelmann (CDU): Auch ich möchte Ihnen ganz herzlich danken. - Der Vortrag war sehr umfassend und sehr gut. Insbesondere Ihre Vorlage - da bin ich ganz bei Herrn Bajus - hat mich sehr beeindruckt; denn sie ist optimal strukturiert, kommt auf den Punkt und enthält auch viele Forderungen. Natürlich unterschreibe auch ich nicht jede einzelne, aber durchaus eine ganze Menge davon.

Ich möchte Ihre Worte von eben aufgreifen, nämlich aus einer starken Zentrale heraus eine starke dezentrale Struktur zu schaffen. Sie haben in Ihrem Papier auf Seite 4 ganz unten einen Punkt

angesprochen, den ich besonders wichtig finde. Ich lese ihn einmal vor:

"Engagementförderung mit Kooperationspartnerschaften zwischen Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen als Bildungs- und Engagementstätte."

Das ist ein sehr wichtiger Punkt; denn wir erleben in den letzten Jahren eine zunehmende Amerikanisierung unseres Schulsystems, hoffentlich noch lange Zeit nicht in Sachen Qualität der Abschlüsse. Aber zumindest hinsichtlich der Schulstruktur: Die Schülerinnen und Schüler sind mittlerweile bis spät in den Tag hinein in der Schule. - Ich bin noch nicht wahnsinnig alt, aber kenne das noch so, dass man nach der Schule um 14 Uhr zu Hause war. Spätestens um 17 Uhr ist man zum Sportverein oder Ähnliches gefahren. Zu dieser Zeit sind die Schülerinnen und Schüler heute noch in der Schule.

Ich finde diesen Punkt, den Sie aufgegriffen haben, sehr wichtig. Ich möchte ihn auch platzieren, damit wir in Zukunft hier in der Enquetekommission darüber sprechen, wie wir die ehrenamtlich Engagierten noch stärker in die Schulen bringen, um dort die Kinder "abzuholen". Sie schreiben völlig richtig: Ein Kind, das früh abgeholt wird, bleibt hoffentlich sehr lange in diesem System ehrenamtlich aktiv. - Da ich diesen Punkt sehr gut finde, möchte ich ihn mit meinem Statement noch ein bisschen untermauern und Ihnen vielen Dank sagen.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Herr Thomas, vielen Dank auch von mir. - Ich habe ganz gespannt zugehört und auch gelesen: Zentralstelle Ehrenamt und dezentrale Stellen bei den Landkreisen.

Meine erste Frage ist: Würden Sie das noch weiter herunterbrechen - sprich: auf Gemeindeebene gehen - wollen? Würden Sie das verpflichtend einführen wollen? - Dazu hätte ich gern ein ganz klares Bekenntnis.

Dann müssten ja alle Vereine, Verbände und alles, was es in Sachen ehrenamtliches Engagement gibt, ihre Belange, all das, was sie bewegt, verpflichtend an diese Stelle zurückmelden; denn nur wenn sich alle vernetzen, kann das eine runde Sache werden. Oder habe ich da einen Denkfehler?

Ralf Thomas: Ich möchte mit dem Thema Unternehmensengagement beginnen. Selbst der kleinste Handwerksbetrieb, beispielsweise ein Tischler, hat jemanden, der beim Roten Kreuz, bei der Feuerwehr oder in irgendwelchen ähnlichen Institutionen aktiv ist. Aber wer weiß das eigentlich? - Niemand. Warum führen wir nicht beispielsweise ein Siegel ein - diese Empfehlung habe ich ja gemacht -, das aufzeigt, dass dieses Unternehmen Ehrenamt und ehrenamtliches Engagement fördert? - Dadurch können wir Respekt, Anerkennung und Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herbeiführen.

Meiner Ansicht nach ist es nicht unbedingt immer nötig, für das Ehrenamt jemanden immer von der Arbeit freizustellen. Ehrenamt findet ganz häufig außerhalb der Arbeitszeiten statt. Deshalb kann ich es überhaupt nicht verstehen - jetzt mache ich, mit Verlaub, einen kleinen Schwenker zu den Vorrednern -, wenn gesagt wird, dass man ein Ehrenamt nicht ausführen kann, weil die Arbeitsbedingungen immer schwieriger werden. Das stimmt überhaupt nicht. Das kann ich überhaupt nicht widerspiegeln; denn wir haben sinkende Arbeitszeiten, wenn man das einmal über die Wochenarbeitszeit hinweg rechnet.

Bei VW gibt es eine 35-Stunden-Woche. Die Arbeit findet in unterschiedlichen Zeitebenen statt, nämlich in der Früh-, Spät- und Nachtschicht. Jemand, der Nachtschicht hat und eine ehrenamtliche Tätigkeit wahrnehmen will, kann am Vormittag etwa in Schulen gehen. Insofern steht das Zeitkontingent durchaus zur Verfügung. Die Frage ist nur, wie wir es optimal einsetzen. Wir könnten an dieser Stelle kleinere Arbeitgeber unterstützen, indem wir beispielsweise das Bildungsgesetz etwas optimieren.

Im Hinblick auf den Bildungsurlaub werden in der Zusammenarbeit mit vielen Bildungsträgern häufig gute Sachen gemacht. Sie sind aber für den betrieblichen Alltag oft nur wenig förderlich. Wenn man aber jemanden findet, der sich auch in Richtung des betrieblichen Alltags orientiert, beispielsweise bei der Digitalisierung, dann kann man so etwas durchaus anbieten. Wie funktioniert Teams? Wie machen wir Weiterbildung mit Vernetzung? Was ist SharePoint? Wie kann man Datenaustausch betreiben? Was bedeutet eigentlich Finanzverwaltung im Ehrenamt? Ein Beispiel wäre eine Schatzmeistertagung?

Wenn Arbeitgeber, auch kleinere Betriebe, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Bildungsurlaubs zu solchen Veranstaltungen schicken, dann können sie zum einen für das Ehrenamt gestärkt und gefördert werden. Zum anderen hat diese Weiterbildung auch Vorteile und Nutzen für den jeweiligen Betrieb, die sich anderenfalls normalerweise nicht ergäben. Ein Schatzmeister, der eine bestimmte Qualifizierung hat, kann durchaus in der Verwaltung eines Betriebs oder zur Optimierung von anderen Themen im Betrieb eingesetzt werden.

Aus meiner Sicht müsste man sich dezidiert darüber unterhalten, wie das Bildungsurlaubsangebot optimiert werden kann, um kleinere Unternehmen im Sinne der Ausbildung zu unterstützen. Dann hätten beide etwas davon. Ich bin der Meinung, dass es dann auch nicht so wehtut, wenn man jemanden freistellt.

Nach meinem Dafürhalten müssen Unternehmen, die beispielsweise im Rahmen von Sicherungsmaßnahmen - Feuerwehren, Rotes Kreuz, Pandemiehilfe - vorne stehen, ausgezeichnet werden. Ich nenne nur die kleine Bäckerei, die morgens Brötchen zur Verfügung stellt, wenn die Feuerwehr einen Brand löscht oder das THW bei Rettungsmaßnahmen oder im Rahmen der Pandemie in Impfzentren eingesetzt ist. Ich finde, an dieser Stelle muss man Arbeitgeber auch mal sichtbar machen. Sie könnten dies auch als Werbung nutzen und sagen: Schaut mal! Ich helfe anderen. Deshalb könnt ihr doch jetzt bei mir einkaufen. - Das ist sozusagen eine subtile Werbung.

Zu der Frage, wie man Ehrenamt in die Schulen bringen kann: Aus meiner Sicht ist das relativ simpel. Wir können schon ganz früh in den Schulen aktiv werden, indem wir Projektwochen anbieten und das Schulprogramm, das Curriculum, anpassen. In den Schulen wird sehr viel gemacht. Dort wird aber - das klingt jetzt sicherlich etwas despektierlich - auch sehr viel Zeit mit irgendwelchen Projekten verplempert, die kein Mensch braucht.

Wenn Kinder und Jugendliche motiviert werden, ihnen in einer Schulstunde gezeigt wird, was es bedeutet, im Ehrenamt Verantwortung, auch gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmendabei kann ihnen auch aufgezeigt werden, was in der Gesellschaft eigentlich passiert-, kann auf diese Weise zumindest versucht werden, Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Themen zu vermitteln.

Ich möchte auch die Projektwochen und die Junior Coaches in Schulen ansprechen, auf die ich bereits in meiner schriftlichen Stellungnahme hingewiesen habe. Kinder und Jugendliche, die vielleicht in den Wissensfächern schlechte Noten haben, können vielleicht im Sport oder in anderen Bereichen, die sie beschäftigen, eine Art Credit Points erwerben. Junior Coaches könnten im Rahmen einer Vorausbildung in einen Verein gehen und dort Vereinsleben lernen. Dann können in der Schule Projektwochen mit dem Verein durchgeführt werden. Eine Kopplung und eine intensive Bindung sind bei vielen Projekten möglich.

In Niedersachsen sind schon über 15 000 Junior Coaches ausgebildet worden. Die jeweiligen Kinder und Jugendlichen im unteren Alterssegment finden wir später häufig als Trainer, Betreuer und Ehrenamtliche in den Vereinen wieder. Das ist auch ein ganz anderer Zugriff, weil man eine direkte Kommunikation herstellen kann. Da gibt es durchaus Möglichkeiten, etwas zu machen.

Ich komme jetzt zu der Frage, wie weit wir das Ganze herunterbrechen sollten. Ich würde sagen: Es tut niemandem weh, in jeder Kommune einen Beauftragten für das Vereinsehrenamt zu haben. Er ist der Ansprechpartner. Aber man müsste dies auf Kreisebene mit einer Freiwilligenagentur oder einer anderen verantwortlichen Organisation machen, damit man das wirklich in jedem Dorf realisieren kann.

Die Kultur ist ja in jedem Dorf anders. In unserem Nachbardorf gibt es eine gute Wettbewerbssituation. Aber im Grunde genommen hat jeder etwas anderes auf dem Herzen. Im Landkreis Leer wird gerade zentralisiert. Leer, Emden und Aurich tun sich im Rahmen einer Freiwilligenagentur zusammen. Die machen das dort mustergültig und bieten für das Ehrenamt Qualifizierung und Weiterbildung an. Aber das kommt aus den Dörfern. In diesem großen Regionalbereich machen alle mit. Der Bedarf wird aus den Dörfern heraus generiert. Man weiß, wen man ansprechen und an wen man sich wenden kann. Das ist eigentlich nur eine Infoplattform, ohne viele dahinterstehende Aufgaben. Es geht nur darum, dass man weiß, an wen man sich wenden muss, damit das Ganze nicht so anonym ist.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Herr Thomas, würde durch diese quasi Rückwärtsrolle auch gewährleistet werden, dass wir, wenn wir aus den Dörfern alles in die Kreise gespiegelt bekommen oder wenn sich zwei, drei Kreise zusammenschließen, fast alle Ehrenamtlichen in Niedersachsen erfassen?

Ralf Thomas: Davon bin ich ganz fest überzeugt. Damit bekommen wir alle.

Dr. Florian Hartleb: Ich bin aus Estland zugeschaltet. Hier sprechen wir von Verwaltungsdigitalisierung. Dazu ist jetzt eine Studie bei der Friedrich-Naumann-Stiftung erschienen, die ich mit herausgegeben habe und die ab heute online ist.

Herr Thomas, welche Erwartungen haben Sie an die Verwaltung in Niedersachsen? - Der Kritikpunkt im Zuge der Pandemie, die uns alle beschäftigt, ist ja, dass Deutschland in Sachen Digitalisierung ein bisschen hintendran ist und dass das Onlinezugangsgesetz in Deutschland und in Niedersachsen umgesetzt werden muss. Ich will jetzt keine große Digitalisierungsdebatte führen. Aber die Frage ist, was Sie sich von der Verwaltung in Niedersachsen erwarten, um das Ehrenamt voranzubringen und die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Jens Risse: Ich möchte den Blick aus jugendverbandlicher, aus jugendarbeiterischer Sicht auf Schule richten. Ich bitte, davon Abstand zu nehmen, dass es ein Lehrcurriculum Ehrenamt geben und das Ehrenamt in einer Schulstunde in der Woche gelernt werden soll. Ich bitte, vielmehr genauer zu schauen, ob eine bessere Verzahnung zwischen Jugendverbandsarbeit, Jugendarbeit und Schule denkbar und möglich wäre; denn Ehrenamt bedarf immer einer Selbstwirksamkeit der jungen Menschen, sonst lernen die das nicht.

Wenn ich nicht schon in frühen Jahren gemerkt hätte, dass ich neben Mathe, Deutsch und Physik auch noch ehrenamtlich arbeiten und mich in diesem Zusammenhang auch ganz anders erfahren kann, wäre ich nie im ehrenamtlichen Bereich hängengeblieben. Man sollte nicht meinen, den Schülerinnen und Schülern in der Schule auch noch kommunalpolitisches Ehrenamt oder Ehrenamt allgemein beibringen zu müssen. Ich glaube, wir brauchen da eine ganz andere Verzahnung und Zusammenarbeit dieser beiden Systeme.

Ralf Thomas: Herr Risse, es war nicht so gemeint, dass das Curriculum in der Schule nur mit einer Stunde für das Ehrenamt erfüllt ist. Mir geht es darum, dass die Sensibilisierung für das Ehrenamt und dessen Sichtbarmachen während des Schulunterrichts allgemein wichtig sind. Darin behaltet sind die von mir genannten Projektwochen. Es muss nicht extra ein Curriculum eingebaut werden.

Wir müssen aber meiner Meinung nach den Wandel im Laufe der Zeit berücksichtigen. Wir sind anders gewohnt, mit dem Ehrenamt umzugehen, weil wir es auch anders kennen. Ich glaube, wir müssen heute dem Thema Digitalisierung einen gewissen Tribut zollen und den Kindern und Jugendlichen etwas anderes darstellen, nämlich dass es außerhalb von Facebook und weiteren sozialen Medien auch noch eine gesellschaftliche Ebene gibt. Darum ging es mir, um nichts anderes.

Ich gebe Ihnen recht: Natürlich müssen wir die Verzahnung zwischen den Jugendverbänden optimal nutzen. Auch das ist mit den Junior Coaches und den Projekten gemeint. Warum bauen wir nicht vor Ort, beispielsweise mit dem NABU, im Rahmen einer Renaturierung neue Allerauen? - Auch da bleiben Ehrenamtliche hängen. Das ist damit gemeint.

Herr Dr. Hartleb, ich möchte Ihnen aus meiner Sicht eine relativ einfache Antwort geben, obwohl ich jetzt stundenlang dazu ausführen könnte. Man muss die richtigen Leute aussuchen, nämlich diejenigen, die bürgernah sind und sich verantwortlich mit dem Thema Ehrenamt identifizieren. Sie müssen an die entsprechenden Stellen gesetzt werden. Man darf keinen Kommunalbeamten dazu verdonnern: Du machst jetzt Ehrenamt vor Ort mit! - Das ist meine ganz einfache Antwort auf Ihre Frage. Das sollten nur Leute sein, die sich freiwillig dafür melden und sagen: Ich habe Bock darauf. Das würde ich gerne machen. Ich stehe für mein Dorf, für meine Region. - Das ist für mich ein ausschlaggebendes Kriterium.

Vors Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Auch an Sie habe ich die Bitte: Wir werden Ihnen über die Landtagsverwaltung den Link für die Online-Befragung zukommen lassen. Es wäre toll, wenn Sie das weiter verteilen würden, damit wir von vielen, vielen profitieren.

Landesmusikrat Niedersachsen e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 53

Per Videotechnik zugeschaltet:

- Johannes Münter
- Wolfgang Schröfel

Johannes Münter: Vielen Dank für die Einladung. - Sie haben unser Skript bekommen. Ich

möchte nicht alle Einzelheiten daraus vortragen, sondern mich auf einen Aspekt beschränken.

Aber erst kurz noch ein paar Eckdaten: Der Landesmusikrat ist die Dachorganisation der niedersächsischen Musikkultur, sowohl für den Amateurmusikbereich als auch für die professionelle Musikszene. Er repräsentiert als Dachverband 50 Mitgliedsverbände mit ungefähr 500 000 Bürgerinnen und Bürgern und ist damit eine der zivilgesellschaftlich größten Organisationen in Niedersachsen.

Der Landesmusikrat ist eine der wenigen Organisationen, die im niedersächsischen Netzwerk flächendeckend im ländlichen Raum wirken. Er leistet inklusive Arbeit, kümmert sich um die Nachwuchsförderung und ist vor allen Dingen über alle Generationen verteilt. Auch das ist ein sehr wichtiger Aspekt.

Der Landesmusikrat wird ehrenamtlich geleitet. Das Amt, das Herr Schröfel und ich jeweils ausführen, ist rein ehrenamtlich. Dies gilt für alle Ämter auf Landesebene. Wir alle sind vom Fach und können dieses Amt auch aus unserer beruflichen bzw. ehemaligen beruflichen Position heraus beurteilen und wahrnehmen.

Wir vereinen u. a. 2 800 Vereine der Amateurmusik in rein ehrenamtlicher Struktur. Deshalb kommt dem Landesmusikrat bei dem Thema der Verbesserung des Ehrenamts eine besondere Bedeutung zu.

Nach einer Studie von Karl Ermert sind insgesamt rund 40 000 Personen in diesem gesamten Netzwerk, in den einzelnen Vereinen ehrenamtlich tätig. Ich habe gerade schon die Zahl von 2 800 Vereinen allein in der Amateurmusik genannt. Sie erbringen mit 4,3 Millionen Arbeitsstunden eine unentgeltliche Leistung im Wert von etwas mehr als 85 Millionen Euro jährlich.

Die Studie stammt schon aus dem Jahr 1999. Sie ist aber die einzige empirische Studie, die wir haben. Seit dieser Zeit gibt es Zuwächse bei den Mitgliederzahlen von gut 25 %. Das heißt, wir dürfen diese Größenordnung noch immer annehmen.

Der Landesmusikrat wird zwar ehrenamtlich geleitet, benötigt aber bei der Umsetzung natürlich auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und zwar in zwei unterschiedlichen Rechtsformen, nämlich der eines Vereins und der einer gemeinnützigen GmbH, die auf die Geschäftsstelle, das Bildungsreferat der Landesmu-

sikakademie und das Musikland Niedersachsen aufgeteilt sind.

Der Landesmusikrat als Gesamtorganisation wird institutionell vom Niedersächsischen Landtag gefördert.

Zur Würdigung und Verbesserung der Situation des Ehrenamts gehört auch das Verständnis der Zusammenhänge für die Entwicklung der niedersächsischen Musikkultur. Durch ehrenamtliches Engagement ist es nach vielen Jahren der Vorbereitung im Jahr 2009 endlich gelungen, eine Landesmusikakademie zu gründen, die als Einrichtung des Landesmusikrats sehr erfolgreich arbeitet und in der niedersächsischen Musikszene wirkt. Sie ist nicht nur mit Mitteln des Landes. sondern auch mit erheblichen Eigenmitteln der Verbände und einer großen geldwerten Leistung der Ehrenamtlichen entstanden. Gerade deshalb ist die Landesmusikakademie aus der Sicht des Landesmusikrats ein sichtbares Symbol der Ehrenamtlichen Niedersachsens als ihr Heimathaus.

Die Gesamtorganisation des Landesmusikrats mit seiner Landesmusikakademie wird seit Jahren nicht mehr ganz auskömmlich für die in der Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen vereinbarten Aufgaben finanziert. Wir mussten in den letzten Jahren immer wieder auf Mittel der politischen Liste zurückgreifen - das wissen Sie selbst -, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Dies ist für uns natürlich nur über einen begrenzen Zeitraum hinweg leistbar.

Die Anerkennung und Verbesserung der Situation der Ehrenamtlichen weisen unmittelbar einen kausalen Zusammenhang mit dieser Unterfinanzierung der Organisation auf.

In den letzten Jahren mussten wir immer mehr den Eindruck gewinnen, dass sich die Landesmusikakademie als Leuchtturmprojekt Niedersachsens etablieren soll, bei dem nicht mehr unbedingt der Wille des Trägers gilt, sondern die zuständigen Landesbehörden die Entwicklung mitbestimmen wollen.

Vor dem Hintergrund der fehlenden auskömmlichen Finanzierung der Gesamtorganisation kann der Gesamthaushalt in jedem Jahr nur ausgeglichen werden, indem die finanziellen Lücken in der Akademie als GmbH durch die Reduzierung des Haushalts im Vereinsteil des Landesmusikrats erreicht werden können, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. Dies hat natürlich unmit-

telbare Auswirkungen auf das Leistungsangebot des vereinsrechtlichen Teils, das deutlich reduziert werden muss, und damit auch auf die Leistungen, die gerade von den Ehrenamtlichen sowohl erbracht als auch in Anspruch genommen werden.

Eine Verbesserung des Ehrenamts bedeutet in diesem Zusammenhang auch eine Verbesserung der gerade geschilderten Situation.

Wir haben Ihnen am Ende des Skripts noch einige Punkte aufgeschrieben, beispielsweise, dass wir zur Planungssicherheit dringend eine Zielvereinbarung brauchen, auf die wir seit vier Monaten warten. Da gibt es eine Verzögerung. Die alte Zielvereinbarung ist ausgelaufen. Wir wissen natürlich, dass die Pandemie, die uns seit über einem Jahr plagt, erhebliche Verwerfungen in den öffentlichen Haushalten verursacht hat. Trotzdem brauchen wir etwas Planungssicherheit, zumindest mit einer Vereinbarung, weil es nur vorläufige Zuwendungsbescheide gibt.

Wir haben schon mehrfach die Erhöhung der Weiterleitungsmittel angesprochen. Diese sind für die dringend benötigte Ausbildung des Nachwuchses vor allen Dingen im ländlichen Raum wichtig, die im Moment immer mehr zurückgeht, weil uns der Nachwuchs für diese Arbeit gerade im ländlichen Raum fehlt.

Sie haben noch ein paar konkrete Vorschläge von uns bekommen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine Sache eingehen. Uns geht es auch um eine vorurteilslose Beratung, partnerschaftliche Planung und Planungssicherheit in der Kommunikation mit dem Land und den Behörden bei den Kommunen. Bei uns entsteht manchmal eher der Eindruck von behördlicher Regulierung als von einem vertrauensvollen Dialog auf Augenhöhe mit uns und zwischen uns und den Behörden. Es ist auch eine Frage der Wertschätzung, wie man damit umgeht.

Wertschätzung ist für das Ehrenamt ein wichtiges Stichwort. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, um diese Arbeit überhaupt leisten und dafür auch eine Anerkennung bekommen zu können.

Herr Schröfel wird nun aus der Sicht eines direkt betroffenen Einzelverbands noch schildern, welche Auswirkungen die jetzige Situation hat.

Wolfgang Schröfel: Ich möchte zu meiner Expertise kurz sagen: Ich bin seit etwa 30 Jahren ehrenamtlich tätig. Ich war zwölf Jahre Vizepräsi-

dent des Deutschen Chorverbands, 30 Jahre Präsident des Niedersächsischen Chorverbands und bin 29 Jahre im Landesmusikrat. Ich bin sozusagen das Auslaufmodell.

Ich möchte Ihnen einige Hinweise geben, die mir sehr am Herzen liegen.

Ich habe einen Verband geleitet, der heute 25 000 Mitglieder hat. Er erhält vom Land eine Förderung in Höhe von 27 000 Euro. Das sind 1,08 Euro für jedes Mitglied.

Wir haben ausschließlich Ehrenamtliche. Sie müssen eine Fachkompetenz in Finanzen, im Vereinsrecht, beim Beantragen von Förderungen usw. haben. Wir haben bei der Suche nach ehrenamtlichen Helfern große Probleme und große Sorgen. Für die Ehrenamtlichen ist es schlicht nicht mehr machbar, in dem Maße zu arbeiten, wie sie es gewohnt waren.

Sie müssen sich das so vorstellen: Der Verband hat 25 000 Mitglieder, kann sich aber in der Geschäftsstelle keine hauptamtliche Kraft leisten, sondern dort ist nur eine Dreiviertelkraft eingesetzt, weil etwas anderes aus Kostengründen nicht machbar ist.

Aus Kostengründen können wir auch die Ausund Weiterbildung, die unbedingt erforderlich ist, gerade bei den Vereinsvorständen, nicht gewährleisten. Wir sind nicht in der Lage, das zu leisten, was da eigentlich zu leisten wäre.

Ein qualifizierter Chorleiter beispielsweise erhält, wenn er die entsprechende Qualifikation nachweist, eine Unterstützung von jährlich rund 230 Euro. Das geht so nicht!

Bevor ich langsam von meiner ehrenamtlichen Tätigkeit loslasse, wollte ich noch deutlich machen, dass diese ehrenamtlichen Tätigkeiten gerade in Niedersachsen - ich kann das auch belegen - nicht in dem Maße unterstützt werden, wie es eigentlich erforderlich wäre.

Die Amateurverbände haben ihre Weiterleitungsmittel, die sie über den Landesmusikrat erhalten, seit ungefähr zwölf Jahren nur marginal erhöht bekommen. Für einen Verband mit 25 000 Mitgliedern - ich habe es schon gesagt - ist eine Bezuschussung in Höhe von 27 000 Euro für das Ehrenamt schlicht zu wenig.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Herr Schröfel, Sie haben ausdrücklich auf die bei Ihnen tätigen

Ehrenamtlichen hingewiesen. Auch an Sie beide die Bitte um Weiterleitung des Links, damit wir so viele Meinungen wie möglich in die Arbeit der Enquetekommission einfließen lassen können.

Amateurtheaterverband Niedersachsen e. V.

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 48

Per Videotechnik zugeschaltet:

Dr. Alexander Börger: Herzlichen Dank für die Einladung. Ich vertrete heute als Landesvorsitzender des Amateurtheaterverbands Niedersachsen, der ich seit gut sechs Jahren bin, den Amateurbereich.

Ich möchte nicht jeden Passus meiner schriftlichen Stellungnahme vorlesen.

Zunächst ein paar Worte zum Amateurtheater ganz generell und zu seiner besonderen Bedeutung in einem Flächenland wie Niedersachsen.

Bei sehr vielen Menschen, gerade bei denjenigen, die nicht in einer Großstadt leben, erfolgt die erste Berührung mit der Kunstform des darstellenden Spiels im Kindesalter, und zwar sehr häufig bei einem Weihnachtsmärchen. Bei mir war es "Frau Holle". Bei meinem sechsjährigen Sohn war es vor zwei Jahren "Peterchens Mondfahrt". Das ist repräsentativ. So werden die Menschen an eine Form des Theaters herangeführt. Wir erreichen damit auch Menschen, die für Angebote des Staatstheaters oder der freien Szene nur wenig oder in manchen Fällen auch gar nicht erreichbar sind.

In unserem Verband sind über 120 Mitgliedsbühnen zusammengeschlossen. Hinzukommen einige Einzelmitglieder die sich mit Amateurtheater beschäftigen. Bei uns sind insbesondere diejenigen Gruppen organisiert, die schon längere Zeit aktiv sind, die vielleicht etwas größer sind und etwas gefestigtere Strukturen haben und die - auch das ist noch ein Kriterium - nicht die Möglichkeiten haben, z. B. über eine kirchliche, schulische oder andere Einrichtung beispielsweise Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen.

Wir als Verband sehen uns als Ansprechpartner für das Amateurtheater in seiner ganzen Breite. Wir wirken in dieser Form auch als Multiplikator, wenn das Land versucht, Ausschreibungen bekannt zu machen und Ähnliches.

Wir müssen feststellen - um jetzt die Brücke zum Ehrenamt zu schlagen -, dass die Anforderungen an die Tätigkeiten im Amateurtheaterbereich in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Das sieht man bei all jenen Gruppen - dies ist die große Mehrzahl -, die in irgendeiner Form als Verein organisiert sind - auch bei uns als Verband -, an Dingen wie der SEPA-Umstellung, der Datenschutz-Grundverordnung oder den unterschiedlichen Anforderungen, die das Steuerrecht - Stichwort "Anerkennung der Gemeinnützigkeit" - für uns bereithält.

In diesem Jahr - dies hat uns ziemlich unangenehm überrascht - kam noch das Transparenzregister dazu. Das kannten die meisten vorher gar nicht. Nichtsdestotrotz hat es die meisten Bühnen, die in der Regel seit einem Jahr keine Einnahmen haben, 13 Euro für den Eintrag in ein Transparenzregister gekostet, das beim Bundesanzeiger Verlag geführt wird und der Geldwäschebekämpfung dienen soll. Es ist sicherlich eine sinnvolle Maßnahme, dafür ein Register zu haben. Ob allerdings Amateurtheaterbühnen der bevorzugte Ort für Geldwäsche sind, daran habe ich meine großen Zweifel.

Man sieht, es kommen immer neue Anforderungen. Dies führt natürlich auch zu vermehrten Fragen, die an uns als Landesverband gestellt werden und die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen zu beantworten.

Man muss dazusagen: Wir haben eine 450-Euro-Kraft in unserer Geschäftsstelle. Wir bekommen eine kleine institutionelle Förderung. Das sind weniger als 15 000 Euro für die Durchführung von Seminaren. Darüber hinaus haben wir im Haushalt noch 20 000 Euro an Projektmitteln. Wir würden diese beiden Posten gerne zusammenlegen mein Petitum ist, dass das bei den nächsten Haushaltsberatungen eine möglichst breite Unterstützung im Landtag findet -, um eine hauptamtliche Kraft für die Geschäftsstelle mit etwas mehr als 20 Wochenstunden einstellen zu können, um so die zunehmende Anfrageflut aufgrund der zunehmenden Bürokratie in Zukunft gut bedienen und die Fördermittelakquise vernünftig betreiben zu können. Wir sehen einfach, dass wir da an die Grenzen unserer ehrenamtlichen Möglichkeiten kommen.

Wir sind ein relativ junger Landesvorstand, behaupte ich mal. Die meisten sind noch berufstätig. Das führt dazu, dass viele berufliche Erfahrungen bei uns eingesetzt werden können. Wir sind im

Vergleich mit anderen Amateurtheaterverbänden in Deutschland Vorreiter, was die Digitalisierung angeht. Wir haben schon in Vor-Corona-Zeiten Videokonferenzen durchgeführt und machen das jetzt natürlich verstärkt.

Wir haben Dokumente in einem SharePoint gelagert, um sie auch für Neuankömmlinge schnell verfügbar zu machen. Wir haben solche Entwicklungen breit gestreut, mittlerweile auch auf die Bundesebene. Allerdings stellen wir fest, dass das nur bis zu einem gewissen Grad geht. Irgendwann sind die ehrenamtlichen Ressourcen erschöpft. Mehr geht dann nicht, weil auch mein Tag nur 24 Stunden hat und weil ich meine 24 Stunden nicht die ganze Zeit nur dem Amateurtheaterverband Niedersachsen widmen kann, so sehr er mir natürlich am Herzen liegt.

Andere Landesverbände - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - sind ganz anders ausgestattet. Der Schwesterverband in Baden-Württemberg erhält pro Jahr eine institutionelle Förderung von über 1 Million Euro und kann dadurch eigene Förderrichtlinien erlassen und eigene Förderprogramme ausschreiben. Davon sind wir meilenweit entfernt. Ich würde mich freuen, wenn wir in Zukunft zu diesem Verband ein bisschen aufschließen könnten. Denn was die Akquise von nationalen oder sogar internationalen Fördermitteln angeht, sind wir in Niedersachsen nicht so gut, wie wir es gerne wären. Da sind wir an den Grenzen unserer ehrenamtlichen Möglichkeiten. Die Mittel, die da zu verteilen sind, gehen leider sehr häufig an Niedersachsen vorbei.

Darüber hinaus ist es uns mit den jetzigen Strukturen nicht möglich, wie Baden-Württemberg dies hat, 600 Bühnen zu bedienen. Dafür brauchen wir bessere Strukturen.

Unser geringerer Organisiertheitsgrad führt auch dazu, dass manche Informationen über irgendein Fördervorhaben vielleicht leider nicht die Bühne erreichen, die dies gerade am dringendsten bräuchte, oder dass wir der entsprechenden Bühne nicht die Unterstützung liefern können, obwohl wir solche Angebote in der Vergangenheit gemacht haben - Fördermittelakquise, Fundraising usw. -, damit diese Fördervorhaben auch tatsächlich durchgeführt werden können.

Insofern ist es im Interesse des Landes und der Verwaltung, sowohl was die Verteilung vorhandener als auch die Akquise neuer Fördermittel angeht, dass der Amateurtheaterbereich substanziell besser aufgestellt wird. Ich hoffe, dass ich heute eine entsprechende Unterstützung dafür bekommen kann.

Ein letztes Wort noch zu dem, was wir machen und wie wir vernetzt sind. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen - in unserer Stellungnahme steht ja, dass wir Mitglied im Bund Deutscher Amateurtheater sind -, dass wir auch noch stolzes Mitglied der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Niedersachsen, der LKJ, sind, in der wir auch gerne Mitglied sind, in der wir uns gerne einbringen und bei der wir von der Mitgliedschaft gut profitieren. Aber auch die LKJ kann nicht alles für uns stemmen.

Projekte, die wir alleine auf die Beine stellen müssen, sind unser Seminarprogramm, das ich schon kurz erwähnt habe, aber auch Festivals, die wir seit geraumer Zeit in unterschiedlichen Formaten durchführen. Ich lade alle ganz herzlich zu den großen Niedersächsischen Amateurtheatertagen ein, die alle zwei Jahre stattfinden, das nächste Mal im April 2022 auf Baltrum. Des Weiteren veranstalten wir Seniorentheaterfestivals, Jugendtheatercamps, Improtheaterfestivals und Fachtagungen.

Man sieht: Wir versuchen die Breite der darstellenden Kunstformen, die bei uns auch engagiert sind, abzudecken. Wir haben plattdeutsches Theater, Komödie, ernstes Theater, Theater in Fremdsprachen usw. All das ist bei uns organisiert. Wir versuchen, das auch nach außen zu präsentieren und die Kunstform des darstellenden Spiels, des Theaters, wie sie von Leuten, die damit nicht hauptsächlich ihr Geld verdienen, gemacht wird, bestmöglich zu repräsentieren.

Ich hoffe, das konnte ich Ihnen jetzt herüberbringen, und freue mich auf Ihre Fragen.

Insa Lienemann: Ich möchte nur eine kleine Ergänzung machen. Herr Dr. Börger hat darauf hingewiesen, dass das Thema "internationale Maßnahmen und Fördermittel" eine zentrale Aufgabe des Amateurtheaterverbands in Bezug auf die Beratung der Gruppen ist und dass in Niedersachsen ganz viele Fördermittel an uns vorbeigehen, weil es da wenig Kompetenz zur Unterstützung gibt. Das ist eine Erfahrung, die auch andere Mitgliedsverbände der LKJ gemacht haben. Die Amateurtheater haben einen Bundesverband. Der Bund Deutscher Amateurtheater ist die Zentralstelle im Kinder- und Jugendplan. Viele Aktivitäten aus der Kultur laufen über den Amateurthe-

aterverband, wenn man an internationale Mittel herankommen möchte.

Ein ganz großer Mangel in Niedersachsen ist, dass für internationale Jugendbegegnungen die Förderprogramme im Feld der kulturellen Bildung so unbekannt sind. Ich kann Herrn Dr. Börger nur danken. Der Amateurtheaterverband ist einer unserer Experten im Feld, bei dem man Anträge stellen kann.

Es gibt einen Austausch mit dem Ryan International Children's Festival in Neu-Delhi in Indien, wohin zum ersten Mal eine Amateurtheatergruppe gefahren ist. Jetzt fahren die Zirkus- bzw. die Tanzgruppen hin. Das ist über den Kontakt des Amateurtheaterverbands entstanden.

Wir beklagen im Bereich der kulturellen Bildung seit Langem, dass das Thema Internationales so an uns vorbeigeht. Wir bekommen Credit Points, also Bonuspunkte, bei Engagement Global und anderswo, wenn mal ein Antrag aus Niedersachsen kommt.

Ich möchte dies betonen, weil es uns ein Anliegen in der kulturellen Bildung ist, dass die internationalen Fördermittel für die Kultur nicht an uns vorbeilaufen. Herr Dr. Börger hat das angesprochen. Ich wollte das noch ein bisschen betonen. Das ist uns ein großes Anliegen in der kulturellen Bildung.

BUND, NABU, Biologische Schutzgemeinschaft (über LabüN)

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 51

Die Ausführungen basierten auf einer Präsentation. Die einzelnen Darstellungen sind in den Text der Niederschrift eingebunden und im Übrigen aus Gründen der besseren Lesbarkeit dieser Niederschrift auch als **Anlage 2** beigefügt.

Anwesend:

- Gisela Wicke
- Dr. Anja Thijsen

Gisela Wicke: Das Landesbüro Naturschutz Niedersachsen, LabüN, ist für die Natur- und Umweltverbände angeschrieben worden. Es hat wiederum seine Mitglieder, also NABU, BUND und NVN, angesprochen. Wir drei, also BUND, NABU und der Naturschutzverband Niedersachsen, ha-

ben uns jetzt auf den Weg gemacht. Wir haben unsere Stellungnahme, die Ihnen vorliegt, in enger Abstimmung erarbeitet.

Wir hatten uns auf eine etwa zehnminütige Präsentation eingestellt, mit der wir Ihnen ganz kurz ein paar Eckdaten darstellen und auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigen werden.

Ganz kurz zu meiner Person: Ich habe 27 Jahre lang in der Landesnaturschutzverwaltung gearbeitet, beim NLWKN. Seit 26 Jahren oder noch länger bin ich 1. Vorsitzende des NABU Gehrden/Benthe. Ich bin seit 2019 im Ruhestand. Seit September 2019 bin ich im Landesvorstand des NABU Niedersachsen, für den ich hier auch spreche.

Ich habe sehr viel Ahnung von Naturschutzarbeit vor Ort. Wir haben beispielsweise einen Erlebnisgarten für Kinder und Jugendliche mit Ziegen, Hühnern und Gänsen, einen Gemüsegarten, einen Obstgarten usw., in dem wir jeden Samstag von 9 bis 11 Uhr Kindergruppe haben. So viel zur Arbeit mit Kindern, die schon angesprochen wurde. Wir machen das vor Ort und halten das auch für sehr wichtig.

Wir sind heute ehrenamtlich hier. Ich möchte diesen Aspekt erwähnen, weil schon gesagt worden ist, dass das Ehrenamt ein ganz wichtiger Bestandteil der Gesellschaft ist. Das kann man natürlich auch für den Natur- und den Umweltschutz sagen.

Ich stelle Ihnen jetzt in meinem Vortrag zunächst die Eckdaten dar.

Was leistet der ehrenamtliche Naturschutz, bzw. welche Ziele müssen auf Bundes- und EU-Ebene und auch weltweit erreicht werden? - Die Naturschutzverbände setzen sich für die Entwicklungsziele der UN ein. Das Ziel 6 für Nachhaltige Entwicklung betrifft ausreichend Wasser in guter Qualität. Das Ziel 11 sind nachhaltige Städte und Gemeinden. Die Ziele 14 und 15 sind "das Leben unter Wasser sowie Landökosysteme schützen". Damit sind auch die Arten und das Artensterben gemeint.

Wirkungsvolle Initiativen zur Stärkung des Engagements der Vereine helfen, die großen Herausforderungen unserer Zeit wie z.B. den Artenschwund und den Klimawandel zu meistern. Auch der Klimaschutz ist neben dem Arten- und dem Biotopschutz ein wichtiger Bereich.

Vorhin wurde der demografische Wandel angesprochen. Die Menschen in den Vereinen werden immer älter. Sie haben ja mitbekommen, dass sich gerade im Bereich Klima ganz viele Jugendliche auf den Weg gemacht haben. Ich denke, das ist eine Besonderheit in dem ganzen ehrenamtlichen Geschehen. Insofern haben wir im Natur- und Umweltschutz die große Hoffnung, dass wir Jugendliche - Stichwort "Fridays for Future" - noch mehr auch für andere Dinge motivieren können.

Eckdaten der Vereine an Beispielen

Naturschutzbund (NABU) Nds.

Mitglieder: 121,000

Aktive: 8.500 in 180 Gruppen

Struktur und Organisation: Landesverband und Regionalstellen Untergliederungen mit Ehrenamtlicher Naturschutzzentren, Jugend (NAJU)

Naturschutzverband (LVN) Nds.

Korporative Mitglieder:

20 Naturschutzvereine über ganz Niedersachsen verteilt



© NABU Niedersachsen

Auf dieser Folie haben wir dargestellt, wie viele Mitglieder der NABU Niedersachsen aktuell hat. Das sind 121 000 Mitglieder, davon 8 500 aktive. 180 Gruppen sind in ganz Niedersachsen verteilt. Das können auch Ortsgruppen mit nur zehn Aktiven, aber auch mit mehr sein.

Wie ist die Struktur des NABU Niedersachsen? - Wir haben einen Landesverband, bei dem es Festangestellte gibt. Es wurde schon gesagt, dass das ganz wichtig ist. Dann haben wir Regionalstellen, ebenfalls mit Festangestellten, aber auch Ehrenamtlichen. Außerdem gibt es Naturschutzzentren, z. B. im Wattenmeer und auf den Inseln, die auch sehr viel Bildungsarbeit machen. Des Weiteren gibt es die Arbeit vor Ort, die Gruppenarbeit. Das sind Ehrenamtliche, keine Hauptamtlichen.

Der BUND hat die BUNDjugend. Der NABU hat die Naturschutzjugend, die NAJU. Wir unterstützen sie sehr, weil das unser Potenzial für die Zukunft ist.

Der Naturschutzverband Niedersachsen hat 20 kooperative Mitglieder, die über ganz Niedersachsen verteilt sind. Er hat eine etwas andere Struktur als der NABU und der BUND.

Eine Auswahl unserer Aufgaben und Ziele

Beitrag zum Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele (UN)

6: ausreichend sauberes Wasser

11: nachhaltige Städte und Gemeinden

Herausforderungen unserer Zeit

15: Leben an Land schützen

- Artenschwund und Klimawandel
- gesellschaftlicher Zusammenhalt

Aktive Arbeit vor Ort

- · Arten- und Biotopschutz
- Umweltbildung
- · Beratung von Behörden



Auf dieser Folie sehen Sie eine Auswahl unserer Aufgaben und Ziele. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN umsetzen wollen. Darüber hinaus wollen wir uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen, nämlich den Artenschwund aufhalten und vor allen Dingen den Klimaschutz vorantreiben. Die gesellschaftliche Zusammenarbeit muss gestärkt werden, um diese Ziele zu erreichen.

Die aktive Arbeit vor Ort besteht im Arten- und Biotopschutz. Um dies überhaupt leisten zu können, sind entsprechende Kenntnisse notwendig. In Bezug auf die Umweltbildung könnte ich Ihnen sehr viele Beispiele vor Ort nennen, beispielsweise Kooperationen mit Schulen. Eine weitere Aufgabe ist die ehrenamtliche Beratung von Behörden. Es ist wichtig, beispielsweise in Ausschüssen zu sitzen, um die Expertise einzubringen.

Herausforderungen der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit

Wer hat Zeit?

"Ich muss dann arbeiten."

"Die Kinder können nicht alleine sein."

Lohnt das überhaupt?

"Die Behörde nimmt uns nie ernst."

Können wir uns das leisten?

"Ich kann die Fahrtkosten nicht alleine zahlen, dafür ist es zu viel."

"Gibt es Fördermittel für's Material?"

Wer kann das? "Ich bin zu alt."

"Ich weiß nicht wie das geht."



Zu den Herausforderungen der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit: Wer hat überhaupt Zeit dafür? "Ich muss arbeiten und habe Kinder, die versorgt werden müssen, möchte aber gerne etwas machen." Dies wurde uns in der jüngeren Vergangenheit mehr signalisiert als noch vor 10 oder 20 Jahren. Viele Menschen wollen sich auf diesen Weg begeben.

Lohnt es sich überhaupt, sich dafür einzusetzen? - Dass die Arbeit mit den Behörden manchmal etwas schwierig ist, wurde heute bereits angesprochen. Dies könnte einfacher gestaltet werden.

Können wir uns das überhaupt leisten? - Auch die finanzielle Seite wurde bereits angesprochen. Dafür haben wir Lösungsansätze.

Wer kann das? - Die Kenntnisse über Arten sind mittlerweile sehr zurückgegangen; das können Sie sich gar nicht vorstellen. Aber wenn man bestimmte Insekten, Tiere und Pflanzen schützen will, muss man sie erst einmal kennen. Da gibt es ein ziemlich großes Defizit. Auf Bundesebene wird vom Bundesamt für Naturschutz überlegt, wie man diese Kenntnisse wieder unter die Kinder, unter die Menschen bringen könnte; denn das ist eine absolute Voraussetzung.

Was brauchen wir, um mehr Menschen zu begeistern mitzumachen?



Was brauchen wir, um mehr Menschen zu begeistern, damit sie mitmachen? - Naturschutz ist eine Herzenssache. Sie kennen bestimmt Naturschützer, die für ihre Vögel, Pflanzen usw. glühen. Insofern gibt es da schon sehr gute Ansätze.

Auf dieser Folie sehen Sie ein Bild aus dem Erlebnisgarten. Das ist der Gemüsegarten, in dem die Kinder gerade ihre Beete angucken und sie den anderen zeigen.

Das war mein Part. Jetzt wird Frau Thijsen einige Problemlösungen darstellen.

Dr. Anja Thijsen: Auch ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen. Ich bedanke mich dafür, dass wir unsere Wünsche und Ideen in diesem Rahmen einbringen können.

Ich bin rein ehrenamtlich tätig und beruflich gut gefordert. Ich leite seit 15 Jahren eine kleine Apotheke. Mit 35 Wochenstunden komme ich da im Leben nicht aus; ich kratze eher an 60 Stunden. Aber da Sie mir sehr wichtig waren, habe ich mir die Zeit genommen, hier persönlich zu erscheinen; denn immer nur digital ist schwierig. Derweil beschäftige ich meine Apothekerin, die ich natürlich auch bezahlen muss.

Herr Thomas vertritt mit VW eine große Firma mit beeindruckenden Strukturen. Er hat das sehr anschaulich dargestellt. Ich bin eher am anderen Ende der Firmenkultur angesiedelt.

Zeit zum richtigen Moment

Kulturwandel in Firmen, Behörden und Ausbildungsstätten

"Welches Ehrenamt üben Sie aus? Wie kann der Betrieb dabei unterstützen?"

- Förderung von engagierten Arbeitgebenden und Ausbildenden
- Freistellungsmodelle für ehrenamtliche Arbeit
- Naturschutzmaßnahmen als anerkannten Bildungsurlaub etablieren



© NABU/A. Schiewe

Auf diesem Bild sehen Sie einen Herrn. Das ist ein Tischlermeister aus unserer Gruppe. Bei uns sieht es doch ein bisschen anders aus.

Was das Ehrenamt angeht, ist als wichtiger Faktor die Zeit an sich zu nennen, aber auch die Zeit zum richtigen Moment, um es einmal so auszudrücken.

Wir machen viel draußen. Das geht am besten bei Sonnenschein und wenn es nicht stürmt. In dieser Hinsicht brauchen wir schon einen Wandel der Unternehmenskultur. Viele Unternehmen unterstützen das, bekommen aber nichts dafür. Darauf hat Herr Thomas bereits hingewiesen. Es wäre wichtig, diese Unternehmen speziell zu fördern und zu unterstützen.

Es macht nämlich einen großen Unterschied, wenn bei einem Personalgespräch gefragt wird: Welches Ehrenamt üben Sie aus? Wie kann ich als Arbeitgeber, als Personalleiter Sie dabei unterstützen? Brauchen Sie Geld oder neue Trikots? Brauchen Sie Nistkästen? Sollen wir den Dienstplan einmal anschauen? Brauchen Sie mehr Flexibilität hinsichtlich der Zeiten? - Das ist etwas ganz anderes, als wenn gesagt wird: Mach mal deinen Pieper aus! Feuerwehr? Du kommst hier nicht weg! - Da besteht auf beiden Seiten noch ein großes Potenzial. Die Arbeitnehmer trauen sich dieses Thema nicht anzusprechen und sehen sich auch vom Gesetzgeber und vom

gesellschaftlichen Umfeld nicht gerade wohlwollend gefördert, wenn sie das voranbringen.

Freistellungsmodelle für ehrenamtliche Arbeit. Die Zeit muss nicht unbedingt ersetzt werden, sondern mehr Flexibilität würde schon sehr viel bringen. In vielen Unternehmen wird das derzeit noch überhaupt nicht umgesetzt.

Der Bildungsurlaub ist bereits angesprochen worden. Bildungsurlaub gibt es für viele Bereiche. Aber Naturschutzmaßnahmen sind dabei noch nicht gut vertreten. Einer unserer Wünsche ist, dies noch weiter auszubauen.

Zeit zum richtigen Moment

Erleichterung der Beteiligung

- mehr Einfluss auf Terminlegung, z.B. bei Sitzungen
- mehr Online-Verfahren
- frühzeitige Einbindung



© NABU/B. Schiewe

Erleichterung der Beteiligung. Wir sind jetzt hier bei Ihnen, weil wir uns Zeit genommen haben. Wir hatten aber überhaupt keinen Einfluss auf die Terminfindung. Ich hatte heute das große Glück, dass meine Apothekerin sagte: Ich vertrete dich. Fahr nach Hannover! - Das hätte aber auch anders sein können.

Ein klassisches Beispiel sind Gremiensitzungen nachmittags um 15 Uhr. Nicht alle Veranstaltungen müssen außerhalb der regulären Zeiten stattfinden. Aber es wäre sehr förderlich und würde auch Wertschätzung ausdrücken, die Ehrenamtlichen im Vergleich zu den Hauptamtlichen bei der Terminfindung höher zu gewichten oder sie zumindest zu fragen.

Onlineverfahren sind immer sehr angenehm; denn dadurch wird ermöglicht, dass man sich die Zeit dann nimmt, wenn man sie auch hat, und nicht nachmittags um 15 Uhr.

Auch eine frühzeitige Einbindung ist wichtig; denn wenn beruflich etwas ansteht, kann man nicht auch noch ehrenamtlich etwas leisten.

Wertschätzung in Familie, Beruf und Gesellschaft

- Anerkennung bei Bewerbungen um Betreuungsplätze (z.B. KiTa)
- · Anrechnung auf Rente
- · Auszeichnungen für Engagement
- Würdigung von jungen Aktiven in Schulen
- Verankerung in öffentlichen Gremien
- besser ausgestattete Ehrenamtskarte

•



Die Wertschätzung habe ich schon angesprochen. Dieses Wort wurde schon häufig genannt.

Ein Thema in dieser Enquetekommission ist auch die Förderung von Frauen und Nachwuchs. Es gibt ein Punktesystem, wenn es darum geht, Kitabzw. Betreuungsplätze oder auch etwas anderes zu bekommen. Dabei spielt das Ehrenamt überhaupt keine Rolle. Dies könnte man ändern und wäre ein einfacher Weg, der nichts kostet, um den Ehrenamtlichen mehr Wertschätzung entgegenzubringen. Dort wird das Thema Ehrenamt in einem großen Raum angesprochen. Man erreicht alle Eltern und alle Kinder. Damit hat man zumindest die Zielgruppe sensibilisiert.

Auch eine Anrechnung auf die Rente wäre eine Idee, die wir einbringen möchten, weil zum Teil doch sehr viel Zeit in die ehrenamtliche Arbeit gesteckt wird.

Es bedarf Auszeichnungen für das Engagement, in welchem Rahmen auch immer, auch für die Betriebe, die dies fördern.

Im Naturschutz fallen junge Aktive immer hinten runter. Sieger im Fußball werden gekürt, eventuell auch noch junge Musizierende. Aber wenn Bäume gepflanzt werden, wird kein Wort darüber verloren. Dies muss noch stärker in das Blickfeld der Schulen und Kindergärten geraten.

Naturschutz- und auch Fachkräfte aus anderen ehrenamtlichen Bereichen müssen in den öffentlichen Gremien verankert werden. Sie müssen dort einen festen Platz, ein Rederecht und auch Stimmrecht bekommen. Auch das ist bislang noch nicht durchgängig umgesetzt.

Auch die Ehrenamtskarte ist schon angesprochen worden. Ich komme aus Nienburg/Weser. Ich habe keine Ahnung, ob es sie dort überhaupt gibt. Zumindest ist sie so schlecht ausgestattet, dass

sie mir nichts nützen würde. Daher habe ich mich noch nicht darum gekümmert, wohl auch kein anderer

Die Ehrenamtskarte ist schön. Schön ist auch, sie zu verleihen. Aber sie muss denjenigen, die sie erhalten, auch einen Mehrwert bieten. Ich glaube, das ist flächendeckend noch nicht gegeben.

An dieser Stelle möchte ich diesen Punkt schließen, obwohl ich dazu noch sehr viel anbringen könnte.

Ohne Geld geht auch nichts

Steuerliche Verbesserungen

- direkte Absetzbarkeit von Aufwendungen im Ehrenamt
- → Gleichstellung mit Erwerbsarbeit
- Absetzbarkeit von Ehrenamtszeit
 → Gleichstellung zur Geldspende

Mehr Unterstützung durch öffentliche Stiftungen geben

Strukturpauschale zahlen, etwa für die Digitalisierung und Fortbildung



© NABU/B. Thijsen

Ohne Geld geht nichts. Dies ist heute schon häufig zur Sprache gekommen. Da ich schon lange Arbeitgeberin und auch ehrenamtlich im Vorstand aktiv bin, habe ich vor dem Thema Geld keine große Angst. Ich mache einen großen Teil meiner Buchführung selbst. Daher habe ich auch steuerlich ein bisschen Einblick in die Sachen. Steuerliche Verbesserungen wären aus unserer Sicht sehr wünschenswert. Aufwendungen, die im Hauptamt entstehen, kann man ohne Umwege absetzen, Aufwendungen, die im Ehrenamt entstehen, hingegen überhaupt nicht.

Wenn ich im Ehrenamt eine Fortbildung mache, die zum Teil mehrere Hundert Euro kostet, dann muss ich den Umweg über den Verein gehen und das Geld eventuell gegenspenden. Das ist sehr umständlich. Es wäre besser, wenn man da eine Möglichkeit der direkten Absetzbarkeit schaffen würde.

Man könnte auch darüber nachdenken, die Ehrenamtszeit direkt abzusetzen, um nicht den Umweg über die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale gehen zu müssen. Dies setzt nämlich auch eine gewisse Liquidität des Vereins voraus. Man muss "Bitte, bitte!" beim Vorstand sagen. Der Vorstand sagt dann: Das haben wir noch nie gemacht. Ich weiß nicht, wie das geht. Da muss ich

erst einmal mit dem Finanzamt sprechen. - Das alles ist sehr schwierig.

Wenn es da ein einfacheres Element geben würde, dass die Ehrenamtlichen das direkt in ihrer Steuererklärung machen könnten, dann würde auch das eine Wertschätzung ausdrücken. Auch in der Umsetzung wäre das günstiger.

Geldspenden sind ohne Weiteres von der Steuer abzusetzen, Zeitspenden im Moment überhaupt nicht. Das trifft auch Frauen. Frauen verdienen häufig weniger, weil sie in Familie und Gesellschaft ganz viel unbezahlte Arbeit leisten. Sie haben oft noch die schlechtere Steuerklasse und können, wenn es darum geht, sich zu Hause einzubringen, oft nur sagen: Ich habe jetzt Kindergruppe. - Aber wenn die Frauen die Arbeit für die Kindergruppe, die sie leisten, bei der Steuer angeben und sie davon dann den Urlaub finanzieren könnten, dann hat das direkt in der Familie eine ganz andere Wertigkeit. Das ist Geld, das innerhalb der Familie verdient wird und nicht von außen kommt. Das würde sicherlich etwas kosten, aber auch andere Sachen kosten etwas.

Mehr Unterstützung durch öffentliche Stiftungen ist ein wichtiger Punkt. Wir haben in Niedersachsen das Glück, dass uns die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung in vielen Fällen unterstützt. Auch andere Stiftungen unterstützen uns. Ein bisschen mehr würde aber nicht schaden.

Zum Thema Digitalisierung und zu der Strukturpauschale: Digitalisierung ist gut. Ein Handy hat jeder. Onlineshopping kann auch fast jeder. Aber wie baue ich eine Datenbank auf? Wie mache ich eine Pivot-Tabelle in Excel? Wie gehe ich mit dem Geoportal um? - Solche Sachen beschäftigen uns auch im Naturschutz. Dafür brauchen wir schon eine Ausbildung. Ich kann das nicht. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das kann. In diesem Bereich hätten wir gerne Förderungen. Es fällt für mich unter die Förderung der Digitalisierung, auch solche Befähigungen zu erreichen, Geld dafür zur Verfügung zu stellen und die Kosten beispielsweise für Fortbildungen zu übernehmen.

Ehrenamtliche im Naturschutz sind hochengagiert und mit viel Herzblut dabei

... und entlasten den Umwelt- und Naturschutzetat Niedersachsens

Die Einsatzstunden der Aktiven entsprechen etwa 2500 Vollzeitstellen.





@ NABU/A. Thiisen

Ehrenamtliche sind im Naturschutz hochengagiert und mit viel Herzblut dabei. Diejenigen, die ehrenamtliche Arbeit leisten, machen das, weil sie überzeugt sind. Sie stecken ihre ganze Energie hinein und sind dadurch auch unglaublich produktiv. Dadurch entlasten wir den Etat im Umweltund Naturschutz, der dafür zur Verfügung steht.

Wir haben die Einsatzstunden der Aktiven in Niedersachsen einmal in Vollzeitstellen umgerechnet. Dabei sind wir auf etwa 2 500 Stellen gekommen. Es wäre sehr förderlich, das ein bisschen in Geldwert und Wertschätzung umzurechnen.

Noch ein Wort zum Schluss. Diese Fotos sind rechtlich freigegeben. Das ist meine Familie. Mein Sohn hängt da in einem Loch, und mein Mann schaut zu, damit er wieder herauskommt. Die kleine Blonde ist meine kleinste Tochter. Die haben sich als Modelle zur Verfügung gestellt. Nein, das sind natürlich keine Modelle, sondern das ist richtige Arbeit, die wir auch einmal zeigen wollen. Wir versuchen, die ganze Familie einzubinden.

Vors Abg. Petra Tiemann (SPD): Sie haben davon gesprochen, dass Menschen für ihr Ehrenamt brennen. In Niedersachsen sind über 3. Millionen Menschen ehrenamtlich tätig. Ich kenne keine ehrenamtlich Tätigen, die nicht für Ihre Tätigkeit brennen. Denn sie machen das freiwillig und in der Regel auch mit viel Kreativität und Einfallsreichtum. Ich glaube, dass es, was die Aktivvielfalten angeht deutlich mehr gibt, als wir mit dieser Anhörung und auch mit der nächsten auch nur ansatzweise berühren. Deswegen - jetzt kommt wieder der Werbeblock - machen wir eine Online-Befragung, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht in irgendeiner Form in unserem Fokus stehen. Auch Sie bekommen den Link zugeschickt, und wir würden uns freuen, wenn auch Sie sich für die Verbreitung dieses Links ein wenig einsetzen würden.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Wicke und Frau Thijsen. - Frau Wicke hat eingangs gesagt: Sie alle kennen bestimmt engagierte Naturschützerinnen und Naturschützer. - Sie nannten dann als Beispiel Vogelliebhaber. Ich musste da sofort an meinen örtlichen Ornithologen denken.

(Heiterkeit)

Sie haben gerade wunderbar herübergebracht, wie viel Spaß, Freude und auch Herzblut im Ehrenamt stecken können.

Vielen Dank für die umfangreichen Hinweise. Ich finde es überhaupt nicht schlimm, wenn sich solche Hinweise - das ist eine Bestätigung - in vielen Bereichen - egal, ob im Sport, bei der Feuerwehr oder auch im Naturschutz - doppeln. Das ist auch eine Bestätigung, dass wir bei manchen Punkten auf der richtigen Fährte sind und dass Handlungsbedarf besteht.

Ich habe eine ganz konkrete Frage, weil Sie am Anfang auf Bewegungen wie Fridays for Future abgehoben haben: Wo können Brücken gebaut werden zwischen einer eher spontanen Bewegung, die wir ja durchaus auch im sozialen Bereich finden, und etablierten, traditionellen und verfassten Organisationen, die, wie der NABU, Ämter vergeben müssen, Schriftführerinnen und Schriftführer, Vorsitzende usw. brauchen? Welche Erfahrungen haben Sie da? Was kann die Politik machen, um dieses Brückenbauen, den Übergang zu verbessern?

Gisela Wicke: Genau diese Frage haben auch wir uns gestellt, als die Bewegung Fridays for Future begonnen hat. Das ist eine spontane Bewegung. Die jungen Leute sind auf die Straße gegangen und haben gesagt: Wir wollen! - Wir haben dann gesagt: Wir haben ja unsere BUNDjugend, die NAJU usw. Wie können wir die einbinden?

Mitglieder der NAJU sind in Gruppen von Fridays for Future gegangen und haben dort mitgearbeitet. Dabei haben sie einfließen lassen, dass wir uns für Lerchen, Rebhühner usw. einsetzen, aber auch für Klima, Energie und alles, was damit verbunden ist, oder für den Wald, wie man beispielsweise einen Mischwald anpflanzt usw. Es gibt also bereits eine Brücke mit unseren Jugendorganisationen. Wir hoffen, dass das fruchtet.

Die ganzen Regularien, die Sie angesprochen haben, sind natürlich sehr hinderlich. Wenn man ein Ziel hat und sich engagiert dafür einsetzt, dann ist das oftmals schwierig, weil man beispielsweise einen Schriftführer braucht und Mitgliederversammlungen machen muss. Aber wir haben die Hoffnung, dass wir da fachlich zueinanderkommen, mit unseren Jugendorganisationen, aber auch mit den vielen spontanen Initiativen.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Erst einmal Ihnen beiden herzlichen Dank für den sehr engagierten Vortrag. Man merkt, dass Sie für dieses Thema brennen.

Vielleicht als direkte Replik auf die Frage gerade eben: Fridays for Future ist eine Bewegung, die ich will es einmal salopp sagen - aus dem "Wir fordern etwas von anderen" kommt. Sie wollen etwas machen und tun vor Ort auch tatsächlich etwas. Insofern: Wenn Sie es schaffen sollten, Menschen daraus zu gewinnen, dann kann ich Sie dazu nur beglückwünschen. Aber ob man das zwingend gleichsetzen und den Weg da eins zu eins so gehen kann - da schauen wir mal. Miteinander vergleichen würde ich das, ehrlich gesagt, nicht.

Sie haben in Ihrem Vortrag erwähnt, dass Sie sich eine Absetzbarkeit von Ehrenamtszeit und auch die Möglichkeit von Zeitspenden wünschen. Diese Forderung ist in dieser Enquetekommission nicht ganz neu. Wir haben bereits darüber diskutiert. Aber ich habe bis heute noch nicht richtig verstanden, wie man sich das konkret vorstellt, gerade mit Blick auf die Steuererklärung. Ich hätte gerne Informationen von Ihnen, wie Sie sich das vorstellen. Gleichwohl will ich nicht verhehlen, dass ich das ausgesprochen kritisch sehe. Aber wenn ich das endgültig verstehe, kann ich meine Meinung ja vielleicht überdenken.

Bei einem Punkt bin ich sehr hellhörig geworden. Das muss ich auch mit einer Portion Kritik versehen, wenn das tatsächlich so gemeint war. Sie haben den Wunsch geäußert, ein Stimmrecht in politischen Gremien zu bekommen. Mit anderen Worten: Sie wollen zukünftig auch in einem Gemeinderatsausschuss oder gar in einem Gemeinderat neben den gewählten Vertreterinnen und Vertretern ein Stimmrecht haben. Diese Forderung, sofern Sie sie aufrechterhalten, können Sie eigentlich nicht ernst gemeint haben. Es gibt das Wahlrecht, aber kein Verbandsteilnahmerecht.

Ich möchte dazu noch anmerken, dass ich keinen anderen Verband kenne, der gerade in der Kommunalpolitik so aktiv mitmischt wie Sie; denn Sie beteiligen sich bei jedem öffentlichen Projekt, sehr oft auch mit sehr guten Hinweisen. Insofern weiß ich nicht, warum es darüber hinaus noch ein Stimmrecht in einem Ausschuss geben sollte, zumal das wohl mit den Wahlgesetzen in keiner Art und Weise vereinbar wäre.

Dr. Anja Thijsen: Ich beginne mit den Zeitspenden; das ist eher mein Metier. Es gibt die Möglichkeit, seine Ehrenamtszeit, so es die Satzung hergibt, über die Ehrenamtspauschale bzw. den Übungsleiterfreibetrag vergütet zu bekommen. Das ist Ihnen wahrscheinlich geläufig. Dazu braucht man eine entsprechende Formulierung in der Satzung. Das muss im Verein beschlossen werden. Der Verein braucht auch eine gewisse Finanzkraft, um das aufzuwenden. Das ist in vielen Vereinen ein gängiger Weg. Der Verein zahlt die Ehrenamts- bzw. die Übungsleiterpauschale. Die Empfänger spenden das Geld zurück, um es steuerlich geltend machen zu können. Das setzt viele Schritte und auch ein gewisses Finanzvolumen voraus.

Mein Wunsch wäre, dass der Verein einen Beleg ausstellt, dass diese und jene Zeiten ehrenamtlich geleistet worden sind. Für diese Zeiten könnte ein Betrag festgelegt werden, auf welcher Ebene auch immer, der Mindestlohn oder auch ein bisschen höher; wie auch immer. Dann hat man eine geldwerte Summe, die steuerlich ansetzbar wäre, wie die Kilometerpauschale. Es gäbe also einen Beleg vom Verein, auf dem steht: 100 Stunden im Jahr à 10 Euro macht 1 000 Euro. - Der Verein muss natürlich eingetragen sein. Das würde dann wie Werbungskosten anerkannt werden, und zwar ohne dieses Gegenrechnen.

Die ganze Abwicklung ist bislang auch für die Kassenwarte unheimlich mühsam. Das Ganze muss erst einmal zum Vorstand. Er fragt dann: Was machen wir denn, wenn drei Leute das Geld nicht zurückspenden? Dann bekommen wir die Bäume oder die Nistkästen nicht bezahlt. - Meiner Ansicht nach wäre es gut, dafür einen direkten Weg zu schaffen.

Gisela Wicke: Zu der anderen Frage kann ich etwas sagen. Ich bin auch Ratsfrau und Ortsbürgermeisterin von Everloh. In unserer Ratssitzung gestern Abend war das ein Thema. Unsere Nachbarkommunen um Gehrden herum haben Ehrenamtliche aus dem NABU und anderen Insti-

tutionen in ihren Gremien, in den verschiedenen Ausschüssen. Wir haben das noch nicht, weil sich die Mehrheit bisher dagegen ausgesprochen hat. Wir wissen natürlich, dass wir dafür die Geschäftsordnung ändern müssten.

Sie haben schon recht: Ich bin gewählt worden, bin im Rat und darüber hinaus im NABU. Ich fände es sehr gewinnbringend, wenn in den Ausschüssen jeweils ehrenamtliche Fachleute mitreden könnten.

(Abg. Volker Bajus [GRÜNE]: Als fachkundige Bürgerinnen und Bürger!)

- Genau. Ich fände es sehr gut, wenn das gang und gäbe wäre.

Hinsichtlich des Stimmrechts bin auch ich mir nicht ganz sicher. Das hängt von der Geschäftsordnung ab. Wenn man sie ändert, kann man das sicherlich machen. Aber ich finde es generell wichtig, dass in den Ausschüssen fachkundige Bürgerinnen und Bürger sitzen.

Dr. Anja Thijsen: Es gibt ja auch andere Gremien, nicht nur Gremien aus gewählten Vertretern. Es gibt Stadtteilgremien, Ortsgremien usw., die keine strikte Vorgabe haben.

Prof. Dr. Sebastian Unger: Sie haben sicherlich von der Entscheidung in Sachen Attac und die Frage mitbekommen, inwieweit sich gemeinnützige Organisationen politisch betätigen dürfen. Ich habe mich in den letzten ein, zwei Jahren ziemlich viel damit beschäftigt. Dabei ist die Frage aufgekommen, ob das für die zivilgesellschaftlichen Organisationen tatsächlich ein Problem ist, ob sie sich dadurch in ihrer Betätigung eingeschränkt fühlen oder ob sie die Sorge haben, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren, wenn sie sich übermäßig politisch betätigen, bzw. ob sie dann von politischer Betätigung möglicherweise absehen oder zumindest besonders vorsichtig sind. Eine zentrale Entscheidung dazu ist vor einigen Jahren zum BUND in Hamburg ergangen. Dabei ging es um eine Bürgerinitiative. Mich würde interessieren zu erfahren, ob das bei Ihnen überhaupt eine Rolle spielt oder ob das für Sie im Prinzip völlig egal ist.

Gisela Wicke: Ich bin noch nicht sehr lange im Landesverband tätig, sondern erst etwa anderthalb Jahre. Bisher gab es bei uns im NABU-Landesverband keine Diskussion darüber. Wir sind natürlich politisch auf allen Ebenen unterwegs. Aber wir haben da bisher keine Gefahr für

uns gesehen. Im Moment ist das kein Thema; es könnte aber eventuell eines werden.

Bundes- und Landesvorsitzender der Landjugend Jan Hägerling

Jan Hägerling: Ich bin 24 Jahre alt und Bundesund Landesvorsitzender der Landjugend. Landesvorsitzender bin ich bereits seit drei Jahren. Seit November 2020 bin ich auch Bundesvorsitzender.

Ich freue mich darüber, dass ich heute die gesamte Jugend vertreten darf, nicht nur die Landjugend. Wenn die jungen Leute vom Land kommen und in der Landjugend sind, sind sie meistens auch in einem Schützenverein, bei der Feuerwehr - wo auch immer - aktiv. Ich freue mich, dass ich Ihnen heute einmal ein bisschen darüber berichten darf.

Ich habe vorher keine schriftliche Stellungnahme abgegeben, weil ich mir gedacht habe, ich nehme Sie einfach einmal mit und berichte, wie mein Alltag ist und was ich mache.

Ich bin gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann. Ich habe danach gesagt, ich möchte noch studieren und mich ein bisschen weiterentwickeln. Vor Kurzem habe ich mit einem Freund zusammen ein Start-up gegründet, ein Handwerksunternehmen. Er ist Tischlermeister. Ich komme aus der Badberatung. Wir haben gesagt, wir tun uns zusammen. Aber das ist heute nicht das Thema. Das sage ich nur, damit Sie wissen, woher ich komme. Ich stamme aus dem Landkreis Celle. Herr Schepelmann ist mein Landtagsabgeordneter.

Wie wird man eigentlich Vorsitzender der Landjugend? Was bewegt mich, mich ehrenamtlich einzubringen? Was sind die Hürden, die uns tagtäglich beschäftigen?

Es wird immer schwieriger, Ehrenamtliche zu finden, gerade auch in jungen Jahren. Viele sagen: Jawohl, ich möchte mitmachen. - Viele machen auch tatsächlich mit. Die Zahlen in vielen Ortsgruppen steigen. Allerdings ist niemand mehr bereit - ich sage jetzt einfach einmal "niemand", auch wenn das zu hart ausgedrückt ist; aber man kann es schon fast so sagen -, auch ein Amt in führender Funktion auszuüben. Eine Ortsgruppe hat 20 bis 30 junge Mitglieder. Aber lediglich fünf sind immer mit dabei und sagen: Jawohl, wir wol-

len mitgestalten. - Alle anderen können partizipieren

Es wird immer schwieriger, jemanden zu finden, der Verantwortung übernimmt. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Es liegt beispielsweise an der Struktur vor Ort, dass man sich nicht mehr binden möchte.

Es gibt aber auch diejenigen, die sagen: Ich möchte das machen. Ich möchte Verantwortung tragen. - Ich sitze ja hier, weil ich das mache und weil es mir Spaß macht.

Die Hürden und Hindernisse beginnen schon im Kleinen. Das ist das, was uns bewegt. Wir sagen: Es ist wichtig, dass wir als Landesverband unseren Ortsgruppen zur Seite stehen, dass sie bei uns in Hannover Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben.

Wir haben Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass wir im Landesjugendring vertreten sind und darüber auch Mittel bekommen, um das Ganze zu finanzieren, um auch ansprechbar zu sein, wenn es Fragen vor Ort gibt, wie beispielsweise Veranstaltungen durchgeführt werden können. Unsere Kernaufgabe sind vor allem Bildungsmaßnahmen. Auch ist uns wichtig, junge Leute im ländlichen Raum zu bewegen. Sie bekommen bei uns eine Antwort.

Uns ist sehr wichtig: Man muss die Landesverbände und die Verbände allgemein stärken. Die Mittel für den Landesjugendring müssen erhalten bzw. sogar anagepasst erhöht werden. Das ist die monetäre Seite. Ich glaube, das haben Sie mit Sicherheit schon des Öfteren gehört. Wenn ich sonst zum Thema Ehrenamt spreche, geht es meistens um Geld. Aber darum geht es mir heute überhaupt nicht, sondern ich möchte Ihnen einfach mitgeben, was uns bewegt.

Die Landjugend organisiert vor Ort z. B. Osterfeuer und führt auch andere Veranstaltungen im Freien durch. Die Landjugend macht in Stuhr bei Bremen Freiluftfeten. Aber oft gibt es dafür Auflagen, die zum Teil nicht erfüllt werden können. Es ist gut, dass da manchmal auch ein Auge zugedrückt wird.

Der ganze Ort ist zu der Veranstaltung eingeladen. Aber es ist sehr schwierig, sanitäre Anlagen 2 km von einem Ort entfernt aufzustellen. Wir stellen dann einen Toilettenwagen dorthin. Die Kabinen sind auf einem Anhänger. Wenn Veranstaltungen aber barrierefrei zu sein haben, dann ist das schwierig. Aber auch das bekommen wir gelöst; denn wenn jemand damit ein Problem hat, wird er auch mal nach Hause gefahren. Wir schaffen kreative Lösungen und wollen Möglichkeiten finden. Wenn man die Vorgaben sieht, denkt man erst einmal: Wir schaffen das nicht. - Aber am Ende schaffen wir es dann doch, weil es irgendwie geht und wir Möglichkeiten finden.

Wenn man aktiv ist, im Bezirk oder Kreis wirken darf oder vielleicht - wie ich - Landes- bzw. Bundesvorsitzender ist, hat man noch mit ganz anderen Herausforderungen zu kämpfen. Man ist dann gut beraten, wenn man noch bei der Ortsgruppe ist.

Auch das Bundesreisekostengesetz ist ein Thema. Mein Ehrenamt - ich mag das eigentlich nicht sagen, aber ich muss es einfach tun - ist fast ein Vollzeitjob. Ich bin jung. Nach meiner Ausbildung habe ich damit angefangen. Ich werde damit nicht reich; das will ich auch gar nicht. Ich bin sehr dankbar, dass sich unser Landesverband es leisten kann, dass ich eine kleine Aufwandentschädigung bekomme, mit der ich meine Ausgaben decken kann. Im Bund ist das Ganze so angelegt, dass ich beruflich ein wenig zurückstecken kann. Auch das steht in keinem Verhältnis - das soll es aber auch gar nicht.

Was will ich damit ausdrücken? - Ich bin dankbar dafür, dass ich Kilometergeld bekomme, wenn ich heute hierherfahre. Laut Bundesreisekostengesetz bekomme ich 20 Cent pro Kilometer. Aber für jeden Kilometer, den ich fahre, lege ich drauf; das ist aus meiner Sicht auch völlig in Ordnung.

Wenn Sie das Ehrenamt und gerade junge Leute fördern wollen und sie auf Landes- oder Bundes- ebene aktiv sein sollen, weil Regionen miteinander vernetzt werden sollen, dann ist das im Hinblick auf das Thema Kostenerstattung sehr schwierig. Selbst wenn ein Verband mehr als 20 Cent zahlen will, vielleicht 25 oder 30 Cent, dann geht das nicht, weil das förder- oder steuerrechtlich nicht möglich ist.

Solche Probleme gibt es auf Landes- und Bundesebene. In einer Ortsgruppe gibt es aber noch ganz andere Probleme. Wenn eine Ortsgruppe, die bei uns Mitglied ist, eine Fete macht, muss natürlich alles versteuert werden. Ich nenne nur die Vergnügungssteuer. Das muss vor Ort geregelt werden. Ich meine, dass muss aber auch überall mal erzählt werden.

Sie merken, ich springe ein bisschen bei den Themen, weil es so vieles gibt, bei dem man ansetzen kann.

Bei einem Verein hat man zum einen den ideellen Teil und zum anderen den Geschäftsbetrieb. Wenn er gemeinnützig werden will, muss er sich ganz schön anstrengen.

Ich möchte jetzt auf mein heutiges Kernanliegen kommen. Ich bin im Nachbarort auch Vorsitzender eines Fördervereins. Da habe ich erst richtig gemerkt, was es bedeutet, wenn es an vielen Stellen Hürden und Hindernisse gibt.

Wir haben das Glück, dass wir LEADER-Mittel zur Förderung bekommen haben. Wir bauen am Dorfgemeinschaftshaus an, weil die Gaststätte im Ort - man kann es kaum glauben - so gut floriert, dass dort nicht mehr die Möglichkeit besteht, z. B. Theaterproben durchzuführen. Deswegen hat sich die Ortsgemeinschaft für einen Anbau am Dorfgemeinschaftshaus ausgesprochen. Man hat jemand Verantwortlichen gesucht und dann auch jemanden gefunden, nämlich mich. Ich habe gesagt: Ich begleite das und mache alles Organisatorische. Aber ihr müsst das bauen. - Das Ganze läuft bereits seit zwei Jahren. Aber wir sind schon gut vorangekommen.

Man bewirbt sich um Fördermittel, um etwas zu schaffen, beispielsweise zur Begegnung der Alten und der Jungen - alle im Dorf sind aktiv und vernetzt -, aber erst einmal muss ein neuer Verein gegründet werden, weil der Schießsportverein, der Theaterverein und die Landjugend nicht allein gefördert werden können, man ist beim Anwalt gewesen und hat eine Satzung ausgearbeitet und eingereicht, und dann bekommt man vom Finanzamt am Ende die Antwort: Wir können Ihnen leider die Gemeinnützigkeit nicht erteilen, weil der Vereinszweck nicht stimmt. - Der Satzungszweck "zur Förderung der Jugend und Senioren" klingt erst einmal positiv, wie ich finde. Es muss aber richtig heißen: Förderung der Jugend- und Altenbegegnung. - Eine solche Kleinigkeit ist ein Grund, weshalb man die Gemeinnützigkeit nicht anerkannt bekommt. Selbst wenn man beim Finanzamt anruft, hilft einem niemand. Man wird immer nur an andere Stellen verwiesen.

(Zuruf: Das Finanzamt hilft!)

- Nein. Das mag vielleicht vereinzelt der Fall sein.

Ich kenne jemanden aus Sachsen-Anhalt, wo es genau die gleichen Probleme gibt. Ich habe entsprechende Erfahrungen gesammelt. Das Ganze ist sehr schwierig. Man muss einen Anwalt einschalten. Man fährt nach Hannover zu einem guten Anwalt, der dann genau sagen kann, was zu tun ist. Aber wenn man dann die entsprechenden Unterlagen an das Finanzamt schickt, kommt wieder so eine Kleinigkeit. Das ist sehr bitter.

Was will ich damit sagen? - Wenn wir in einem Ort für die Jugend, für die Senioren, für alle Vereine etwas schaffen wollen, dann muss doch anerkannt werden, dass das etwas Gemeinnütziges ist. Wenn es derart schwierig ist, die Gemeinnützigkeit anerkannt zu bekommen, dies aber Voraussetzung ist, um an Fördermittel zu kommen, dann ist das für uns kaum noch nachvollziehbar. Man muss sich im Grunde genommen bis ins letzte Detail auskennen. Am besten sollte man Jurist sein. Der Nächste muss Prüfstatiker sein. Das ist unglaublich!

Das sind die Dinge, die uns bewegen. Es wird viel möglich gemacht. Es wird viel Geld zur Verfügung gestellt. Aber der Weg dahin, Geld zu bekommen, ist manchmal so komplex und so kompliziert, dass man das einfach nicht mehr nachvollziehen kann. Das bewegt uns.

Wenn ich jemanden versuche zu motivieren, mag ich oft gar nicht erzählen, welche Hürden und Probleme ich habe, weil das schlicht demotivierend ist.

Dass wir im ländlichen Raum so aktiv sind, liegt auch daran, dass wir eine gute Dorfgemeinschaft haben, zumindest dort, woher ich komme und wohin ich in Niedersachsen öfter einmal fahre. Dort bringen sich die Leute von klein auf ein. Das muss gelebt werden, und das wollen wir leben.

Es gibt Probleme, bei denen man wirklich vor Herausforderungen steht. Man könnte ehrenamtlich etwas machen. Aber das ist schwierig, weil man niemanden mehr dafür findet, weil man ständig Steine in den Weg gelegt bekommt.

Das Ganze ist sehr kompliziert. Es ist völlig in Ordnung, dass es Schritte gibt, die lange dauern. Aber wenn sich fünf Leute, das Finanzamt, die Verwaltung und auch die Förderinstitution einig sind, dann muss der gemeinnützige Zweck doch anerkannt und darf nicht noch zigmal nachgefasst werden.

Vielleicht haben Sie jetzt Fragen zu dem Strauß an Informationen, den ich Ihnen gerade zugeworfen habe.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Vielen Dank, Herr Hägerling. - Das war wirklich ein ganzer Strauß. Ich fühlte mich ein bisschen an den Vortrag von Herrn Thomas zurückversetzt, den wir vorhin gehört haben. Er hat darum gebeten, sich der Frage zu nähern, Freiwilligenagenturen als Dachverbände zu gründen. Es gibt schon welche. Aber das soll noch mehr vernetzt werden. Er hat eine zentrale Ansprechstelle auf Landesebene und ein Herunterbrechen auf Kreis- und Ortsebene gefordert, um sämtliche Strukturen, die es in den unterschiedlichsten Themenfeldern gibt, zu bündeln und von unten nach oben zu informieren, damit man weiß, was los ist und welche Themen vor Ort anstehen.

Die Hindernisse, die Sie aufgezeigt haben, sind nicht nur landesweit vorhanden, sondern bundesweit, behaupte ich einfach einmal.

Jetzt die gezielte Frage: Müssen Verbände die Probleme in ihren Strukturen Ihrer Meinung nach selbst lösen, oder wäre den Verbänden damit geholfen, wenn es derartige Strukturen geben würde, die ich eben aufgezeigt habe, damit alle wissen, sie haben für Fragen vor Ort zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und auch auf den Etagen darüber? Das würde in der Struktur sicherlich eine ganze Menge erleichtern. Oder sagen Sie: "Ich muss mich mit so vielen Fachfragen beschäftigen. Es muss unbedingt mein eigener Verband gestärkt werden"?

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Hägerling, auch von mir. - Zwischen uns liegt ungefähr die Zeitspanne einer Generation. Soziologen sagen, das sind 30 Jahre. Ich bin auf dem Dorf groß geworden und glaube, seitdem hat sich sehr viel im ländlichen Bereich getan. Wir erleben eine extrem starke Mobilität. Viel mehr Leute ziehen um. Die klassische Dorfgemeinschaft gibt es eigentlich nicht mehr bzw. in anderer Form.

Umso wichtiger geworden sind gerade ehrenamtliche Arbeit, Vereinsarbeit und das, was Sie berichtet haben; denn die Gemeinschaft muss sich neu finden. Darauf will ich hinaus.

Wir haben vorhin - ich weiß nicht, ob Sie da schon hier waren - über das Thema Ganztagsschule und die berufliche Vorbereitung in der Schule gesprochen. Wie läuft heute eigentlich die Nachwuchsrekrutierung? Wie kommen Sie an junge Leute, die mit dem dörflichen Leben vielleicht gar nicht so vertraut sind? Das hat etwas mit Mobilität und auch mit der Veränderung der Zusammensetzung zu tun. Wie reagieren Sie auf diese Herausforderung?

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Herr Hägerling, auch von mir herzlichen Dank für Ihren umfassenden Vortrag und das Plädoyer, sich vor Ort ehrenamtlich zu engagieren.

Sie haben die Probleme geschildert, die man hat, wenn ein Verein oder Verband vor Ort Veranstaltungen durchführen will. Sie haben gesagt, Sie haben auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet. Ich möchte Sie aber ausdrücklich ermutigen, uns doch noch etwas Schriftliches einzureichen. Sie haben so wunderbare Beispiele angeführt, die sozusagen eine Auflagenflut beinhalten, wenn man vor Ort etwas veranstalten will. Ich habe noch den Toilettenwagen mit den nachfolgenden Problemen im Ohr, wenn man die ganzen Auflagen erfüllen will.

Ich glaube, es wäre für die Enquetekommission sehr hilfreich und sehr gut, wenn wir Beispiele von sicherlich gut gemeinten, aber in der Praxis nicht sinnvoll umsetzbaren Auflagen bekommen könnten, um anhand dieser Beispiele dann konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie man das Engagement vor Ort erleichtern könnte.

Ich bin ganz bei Ihnen: Viele haben Lust darauf, etwas zu organisieren. Aber spätestens dann, wenn die Schreiben kommen, in denen steht, was man alles beachten muss, ist die Lust schnell weg. Ich glaube, Ihre Beispiele sind für die Arbeit der Enquetekommission sehr hilfreich. Dafür schon vorab herzlichen Dank.

Jan Hägerling: Zu Ihrer Bitte: Das mache ich sehr gern. Wir sammeln mal und rufen auch die Kreisverbände auf, damit wir ein paar Praxisbeispiele bekommen.

Zu der ersten Frage nach den Strukturen, wie man sie stärkt und ob man im Landkreis und der Kommune eine Anlaufstelle braucht: Wir als Jugendverband sind in Niedersachsen gut aufgestellt. Wir sind im Landesjugendring vertreten. Er ist eine Anlaufstelle, nimmt auch übergeordnete Dinge in die Hand und kann gegebenenfalls verweisen. Die Verbände sind im Hinblick auf ihre Bedürfnisse strukturell entsprechend aufgestellt. So ist es bei uns in der Landjugend und z.B. auch in der DLRG-Jugend. Alle haben unterschiedliche Be-

dürfnisse und müssen sich unterschiedlichen Herausforderungen stellen.

Wenn wir davon sprechen, junge Menschen zu fördern und zu begeistern, dann muss ich sagen, dass es bereits viele Orte mit einer sehr jungen Landjugend gibt. Dort sind alle 16, 17, 18, 19 oder 20 Jahre alt. Manch einer ist auch bereit, die Verantwortung zu tragen.

Es ist aber vielleicht erst mal eine Hürde, jemanden beim Kreis, beim Land oder gar beim Bund anzurufen und um Informationen zu bitten. Insofern ist es immer sehr wichtig, zunächst einmal die Bildungsreferentin, den Bildungsreferenten oder jemanden im eigenen Verband anrufen zu können. Man kennt vielleicht den Vorsitzenden der Nachbarlandjugend, der sagt: Mensch, ruf doch mal die Katrin in Hannover an! - Das ist unsere Bildungsreferentin. - Oder anders: Ich gebe ihr deine Nummer. Sie meldet sich bei dir. Dann beschreibst du ihr das Problem. Sie beschäftigt sich dann damit und begleitendet den Prozess. - Es gibt ja keine andere Stelle, die den Prozess begleitet. Das ist unsere Aufgabe. Es ist ganz klar: Wenn es um Fragen und solche Dinge geht, dann ist das manchmal nicht verkehrt.

Ich habe Ihnen noch etwas verschwiegen. Ich bin auch Mitglied der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die im letzten Jahr gesetzlich geschaffen worden ist. Auch dort geht es um Fragen wie: Geht es um monetäre Förderung, oder geht es auch darum, Strukturen zu schaffen? - Ich glaube, die Mischung macht es.

Jugendverbände, so wie wir einer sind - ich habe vorher auch mit anderen gesprochen, um die Meinungen aufzusaugen -, vertreten ganz klar die Meinung, dass sie zu stärken sind. Die Mittel müssen schrittweise erhöht werden. Aber das passt jetzt erst einmal. Es geht nicht darum, irgendwelche neuen Strukturen zu schaffen, für die dann wieder Geld ausgegeben wird, aber vielleicht nicht so zielgerichtet; denn das bringt keinen großen Nutzen.

Die Jugendverbände sind gut aufgestellt. Alle haben in der Regel einen Dachverband. Wenn ein Jugendverband keinen eigenen Dachverband hat, kann er vielleicht einem anderen beitreten. Im BDKJ beispielsweise gibt es ganz viele Jugendverbände. Die haben geeignete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Auch das hilft uns, unsere eigenen Strukturen zu stärken und am Ende zielgerichtet vor Ort etwas zu leisten.

Ich bin dafür, dass wir das Ganze so beibehalten bzw. eher noch stärken, als irgendwelche neuen Stellen zu schaffen. Es muss auf die vorhandenen Stellen verwiesen werden, auch damit beispielsweise benötigte Unterlagen verschickt werden können. Es geht nicht darum, dass die beratend tätig werden, sondern man ruft dort an, um sich Informationen zu holen. Die sollen einem nicht sagen, wie man ein Formular ausfüllt, sondern die sollen sagen, welches Formular man nehmen muss. Den Rest machen wir bei uns im Haus.

Zu der Frage der Nachwuchsgewinnung: Wir beschäftigen uns sehr viel damit. Unser Motto ist auch, den Lebenswert des ländlichen Raumes für junge Menschen attraktiv zu gestalten. Das geht aber natürlich nur, wenn sie vor Ort sozusagen Leben in der Bude haben, wenn sie mit den Landjugenden vor Ort Aktivitäten durchführen, sich weiterbilden, Seminare besuchen, ein Osterfeuer organisieren, einen Maibaum aufstellen, durch ein Naturschutzgebiet wandern usw. Das bekommt man, wenn die Dorfjugenden miteinander vernetzt werden.

Bei der Landjugend ist das gar nicht so schwer. Die jungen Leute wachsen ja miteinander auf. Sie gehen zusammen in den Kindergarten, in die Grundschule und in die weiterführenden Schulen. Irgendwann sind sie dann automatisch bei uns, wenn es eine Landjugend gibt.

Wie schaffen wir es, auch diejenigen, die neu zugezogen sind, für uns zu gewinnen? Warum hat die Landjugend da keine Probleme? - Viele Vereine werden gestärkt, wenn die Familien integriert werden.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als ich in der Grundschule war: Die Eltern meines Freundes Nils sind zu uns nach Ahnsbeck gezogen. Sie waren zunächst überhaupt nicht im Ort integriert, weil sie ja auch niemanden kannten. Dann sind wir zusammen in die Grundschule gegangen. Ich war schon im Schützenverein. Nils ist auch mitgegangen. Wir haben zusammen Judo gemacht. Unsere Eltern haben sich darüber kennengelernt. Petra ist jetzt Vorsitzende der Damengruppe bei uns im Schützenverein, obwohl sie nicht aus dem Ort kommt.

Manchmal wird gesagt: Im Ort ist man distanziert, wenn ein Neuer kommt. Wir schotten uns ab. - Nein, das darf nicht sein! Orte dürfen sich nicht abschotten! Wir müssen jede und jeden willkommen

heißen, die bzw. der zu uns kommt. Aber die Spielregeln müssen verstanden werden.

Was ich damit sagen will, ist - das ist plakativ und trifft auch nicht auf jeden zu -: Wenn ein Städter auf das Land zieht, dann muss er damit leben können, dass es ein Schützenfest gibt, dass es dann von Samstag auf Sonntag ein bisschen lauter ist und dass es auch mal nach Gülle riecht. Im Gegenzug müssen aber auch wir auf diejenigen zugehen, die zu uns kommen.

Uns als Landjugend treibt an zu sagen: Hey, lasst uns da gemeinsam etwas bewegen! Wir wollen uns für den Ort einbringen, nicht nur für die Jugend, sondern auch für die Alten. - Deswegen haben wir da nicht so die Probleme.

Ich muss aber ehrlicherweise auch sagen: Aufgrund des Schulalltags und der Ausbildung wird das immer schwieriger. Die freie Zeit wird immer weniger. Auch stelle ich fest - wir haben heute WhatsApp usw. -, dass die Verbindlichkeit nicht mehr so groß ist. Das sind aber gesellschaftliche Probleme und keine, die man an der Basis anpacken muss, um die Strukturen zu verändern.

Wenn man es schafft, Familien zu integrieren, wenn man Möglichkeiten eröffnet, dass sie vor Ort auf niedrigster Schwelle bestimmten Aktivitäten nachgehen können, und wenn Bezirks-, Kreis- und Bundesverbände entsprechende Unterlagen zur Verfügung stellen, dann ist das alles kein Problem.

Wir haben an unsere Mitglieder, unsere Ortsgruppen zum Thema Corona-Verordnung - der Landesjugendring hat das hervorragend ausgearbeitet -, Informationen verschickt, was sie dürfen und was nicht. Das ist unsere Aufgabe. Wir kennen die Mitglieder und können sie sofort erreichen. Sie können dann gezielt uns wieder fragen.

Also: Wir müssen vor Ort werben. Die Strukturen müssen schmal gehalten werden. Dafür wäre ich sehr dankbar.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Wenn Sie uns noch eine schriftliche Stellungnahme zuleiten würden, wäre das klasse. Klasse wäre es aber auch, wenn Sie in Ihrem Verband - jetzt kommt wieder der Werbeblock - auf die die Online-Befragung hinweisen würden. Je zielgerichteter wir Angaben bekommen, umso zielgerichteter kann auch das Ergebnis der Arbeit der Enquete-kommission sein.

Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport e. V. Wolfenbüttel-Braunschweig

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 41

Per Videokonferenztechnik zugeschaltet:

- Astrid Hunke
- Dr. Otmar Dyck

Astrid Hunke: Ich freue mich darüber, dass ich heute bei Ihnen sprechen darf. - Die Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport stellt sich vor. Wir haben diesen Titel 1997, als wir geschaffen worden sind, ganz bewusst gewählt, weil wir als Verband bzw. Verein - gemeinnützig - Jugend, Soziales und Sport vertreten mit der Lobby, dass wir Jugendliche so früh wie möglich in ein Ehrenamt bringen, damit über Ehrenamt auch Nachhaltigkeit geschaffen werden kann. So sind wir 1997 als Mischwerk aus Sozialem und Sport gegründet worden.

Unser Verein hat bis heute zwei Richtlinien: Wir sind ein sozial und kulturell aufgestellter Verein, der gemeinnützig ist und generationenübergreifend arbeitet. Wir sind aber auch ein Sportverein. Das macht uns fast einmalig in dieser Konstellation. Wir haben in den letzten Jahren festgestellt, dass das außerordentlich gut ist, weil wir so über verschiedene Ministerien an Geld kommen können.

Vom Grundsatz her sind wir eine professionell arbeitende Koordinierungsstelle im Ehrenamt. Wir haben einen Basisteil und einen Teil, der sich über Projekte erstreckt. Wir arbeiten im Kern nach den Richtlinien und Hinweisen, die in den Berichten zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben worden sind. Diese Empfehlungen werden alle sechs bis sieben Jahre herausgegeben. Das machen wir seit 23 Jahren. Das ist unsere Grundstruktur.

Zu unseren Basisaufgaben gehören Ansprache, Beratung, Vermittlung, Management- und Lobbyarbeit sowie Vernetzung. Zu unseren zusätzlichen Aufgaben - das sind weitere acht Themenbausteine - gehört die Projektarbeit, die sich im Jugendbereich abspielt, sich über die familiären Situationen erstreckt und in den Seniorenbereich geht, mit all den Themen und Baustellen, die im Prinzip in den familiären Strukturen zu finden sind. Das ist Sport genauso wie Kunst und Kultur,

aber auch Arbeit mit Frauen und Mädchen sowie Männerthemen.

Wir möchten mit diesem gesamten Bereich eine individuelle Teilnahme ermöglichen. Das ist eines der wichtigsten Signale, die wir in den letzten 23 Jahren immer wieder entgegennehmen konnten und auch gesetzt haben. Das bedeutet gesellschaftliche Integration und kulturelles Leben. Das bedeutet aber auch stabile demokratische Strukturen. Wir gehören seit fünf Jahren zu dem großen Programm "Demokratie leben!", gehen jetzt in die nächste Förderperiode und arbeiten das mit Jugendlichen ab.

Ganz wichtig ist für uns auch, dass die gesamten Systeme, die es gibt, nicht durch Instanzen gesteuert werden; denn dann gibt es insbesondere im Jugendbereich eine Einflussnahme, die die Jugendlichen daran hindert, eigenständig mitzuteilen, wer sie sind, was sie in der Zukunft wollen und was wir als leitende bürgerschaftliche Institution für die Jugendlichen machen können. Genauso ist das in der Frauenarbeit und Familienarbeit.

Wir sehen immer zu, dass wir so neutral wie möglich aufgestellt sind. Wir richten uns danach, welche Ideen die Menschen haben, die zu uns kommen, und treten erst dann an Institutionen heran, um zu fragen: Welche Institutionen können hier helfen? Wo sind unsere Vermittlungselemente? - Die Vermittlungs- und Börsenarbeit ist einer unserer Basisbausteine.

Wir arbeiten mit Bundesministerien, auf Länderund auch auf kommunaler Ebene in einem Netzwerk zusammen. Da zählt jedes Alter. Wir stehen für Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen vor Ort.

Die Agentur verfügt derzeit über drei Büros. Ein Büro ist das Kompetenzzentrum in Remlingen, das dazu dient, ehrenamtliche Tätigkeiten und ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum ganz genau unter die Lupe zu nehmen: Wie funktioniert das? Wie hat es mal funktioniert? Wie kann es durch die Reanimierung bestimmter Strukturen wieder funktionieren? Wo können wir neue Strukturen aufnehmen, um beispielsweise Jugendliche vor Ort zu halten?

Das zweite Zentrum ist das Mittelzentrum in Wolfenbüttel. Wir sitzen dort, weil wir dort geschaffen worden sind, sozusagen im Headquarter.

Zudem gibt es das Oberzentrum in Braunschweig, das sich derzeit in Richtung Lehre ausdehnt. Das betrifft auch den ländlichen Raum.

Wir haben das deshalb so gemacht, weil wir uns immer anschauen wollen: Wo passiert was? Wo gibt es welche Stärken? Welche Einflüsse gibt es? Ist das ländlich, ist das mittelstädtisch oder auch ein Stück weit Großstadt?

Wir bewegen im Moment - je nachdem, wie viele Projekte wir haben - bis zu 23 Hauptamtliche und mehrere Hundert Ehrenamtliche.

Zu den Leistungszahlen: Wir haben jedes Jahr einen bestimmten Abfluss und einen bestimmten Zugang von Ehrenamtlichen. In den letzten sechs Jahren haben wir durchschnittlich 3 321 Menschen in unserer Börse bewegt. Davon sind Flüchtlingsangelegenheiten mit 1 800 Menschen und das Corona-Callcenter seit Dezember mit 996 Menschen vertreten.

Wir haben 363 institutionelle Angebote, davon 186 Flüchtlings- und 205 Corona-Angelegenheiten. Da ist natürlich immer eine Doppelrechnung möglich, weil die Menschen auch mehrfach tätig sind, in unterschiedlichen Bereichen.

All das hat Forderungen mit sich gebracht. Dazu wollen wir uns jetzt ein bisschen genauer äußern.

Die Agentur beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Frage, wie bürgerschaftliches Engagement zur konkreten Stärkung des Zusammenlebens vor Ort gefördert werden kann, und zwar unter den Stichpunkten Mobilität, Pflege und Sorge, Kunst und Sport sowie Katastrophenschutz und Krisenbewältigung.

Wie kann das geschehen? - Dies kann nur dann geschehen, wenn eine Grundsicherung für bürgerschaftliches Engagement geschaffen wird. Dazu gehört eine prinzipiell höhere Förderung der Freiwilligenagenturen, und zwar schon in der Grundfinanzierung der Basisarbeit. Für die Freiwilligenagenturen gibt es vom Land Niedersachsen im Durchschnitt 12 000 Euro an Grundfinanzierung. Dieser Betrag ist in den letzten vier Jahren gemindert worden, weil die Zahl der Freiwilligenagenturen gestiegen ist. Wir können davon noch nicht einmal eine Halbtagsstelle bezahlen, geschweige denn die laufenden Sach- und Nebenkosten stemmen.

Uns belastet besonders, dass die Mittel, die für dieses Jahr schon längst da sein müssten, vom

Niedersächsischen Landtag noch nicht einmal beschlossen worden sind. Das kann ich den Menschen, die zwischen Weihnachten und Neujahr bei uns angefangen haben und die in der Corona-Krise auch über Weihnachten, am 23. und 25. Dezember, aktiv waren, kaum noch in irgendeiner Form erklären. Ich bitte bei diesem Punkt sehr um Unterstützung. Wenn es schon Mittel gibt, dann müssen die Freiwilligenagenturen sie auch zeitnah und pünktlich bekommen. Dafür möchten wir Sie in der Enquetekommission um Hilfe bitten.

Es müssen einheitliche und auskömmliche Bedingungen für die Basisarbeit geschaffen werden, und zwar für alle Beteiligten. Es kann nicht sein, dass das unterschiedlich gehandhabt wird.

Wir brauchen Vollfinanzierungen der Leistungsstellen. Zuwendungen, die es gibt, sollten in nicht zurückzahlbarer Zuschussform gezahlt werden, und zwar als Fehlbedarfsfinanzierung.

Es könnten etliche verschiedene Themen angegangen werden.

Ein Hauptthema für uns ist die Arbeit der Ehrenamtlichen. Das ist relativ viel. Freiwilligenagenturen sind deshalb so gebeutelt, weil sie - egal, was sie machen - immer Eigenanteile erbringen müssen, nämlich bis zu 20 %, egal, welche Formen das sind. Für Freiwilligenagenturen ist es aber sehr schwierig, Eigenanteile zu erbringen. Dieses Problem kann gemindert und auch geheilt werden, indem beispielsweise Muskelhypotheken von ehrenamtlich Tätigen erfasst und als Eigenanteil dargestellt werden. Das ist nicht wirklich schwierig. Das kann man machen, indem man die Ehrenamtlichen über die Börsen aufnimmt und erfasst.

Grundfinanzierungen dürfen als Eigenmittel bei Stiftungsförderungen geltend gemacht werden. Dies wäre uns eine große Hilfe, weil wir dann kompatibel arbeiten könnten. Das müssten wir dann nicht mehr durch Projektmanagement stemmen.

Eine sehr wichtige Sache ist auch, dass die Einrichtungen eine sehr wirksame Erfolgskontrolle durch Zielvorgaben und auch eine Finanzierung seitens des Landes Niedersachsen bekommen sollten. Dies könnte folgendermaßen funktionieren: Das Land ermöglicht bürgernahe statistische Erhebungen vor Ort durch das Bereitstellen von Basismitteln. Das haben wir noch nirgendwo ge-

funden, in keinem Landkreis. Es muss evaluiert und direkt vor Ort festgestellt werden können, was notwendig ist.

Wir haben einige Kernempfehlungen ausgearbeitet, z. B. zur Basisarbeit.

Es gibt immer wieder Abhängigkeiten. Wenn es eine Unterstützung von Kommunen, vom Land bzw. vom Bund gibt, muss immer dargelegt werden, in welche Projektarbeit das Geld fließt. Das ist aber immer themenzentriert zu sehen und verhindert ein direktes Zugehen von Bürgerinnen und Bürgern, die eine Idee haben, die sie mitbringen möchten, auf die Freiwilligenagenturen oder andere Elemente.

Die Grundfinanzierungen sind gefährdet, wenn Freiwilligenagenturen größere Regionen zu betreuen oder viele Projekte haben. Bei den Projekten ist die Grundfinanzierung im Hintergrund nie gesichert.

Ich bitte Sie sehr herzlich darum, bei diesen Sachen genauer hinzuschauen und zu gucken, was da los ist.

Ich habe noch ein letztes Anliegen. Wir haben erste Erkenntnisse aus dem ländlichen Raum, was die Corona-Krise betrifft - möglicherweise interessiert Sie das -, insbesondere zum Thema Jugend, Soziales und Sport.

Dadurch, dass keine Präsenzveranstaltungen stattfinden, sondern digitale Angebote als Alternative vorgesehen sind, vereinsamen die Jugendlichen. Kultur-, Musik- und Sportvereine leiden massiv unter den Folgen der Pandemie. Die Vereine fürchten den Verlust von Ehrenamtlichen. Tatsächlich verabschieden sich Mitglieder aus finanziellen Gründen aus Vereinen, weil sie im Sportverein nicht für drei oder vier Kinder Beiträge zahlen können, wenn sie aufgrund von Corona beispielsweise in Kurzarbeit sind.

Um hier entgegenzuwirken, wäre es wirklich ein ganz großes Gut, wenn über das Land Niedersachsen so schnell wie möglich strukturverändernde Maßnahmen über gemeinwesenorientierte Projekte stattfänden, damit verhindert wird, dass die Jugendlichen durch die Aktivitäten im digitalen Raum Landflucht betreiben und sich zurückziehen. In der jetzigen Situation wird Nachhaltigkeit im Ehrenamt verhindert.

Das ist der letzte Punkt, bei dem ich Sie sehr herzlich bitten würde, in der Enquetekommission tätig zu sein.

Das war in kurzen Worten das, was ich Ihnen jetzt mitgeben kann. Was den ländlichen Raum betrifft, würde ich jetzt das Wort gerne an Herrn Dr. Dyck weitergeben, der sich für diesen Teilbereich vorbereitet hat.

Dr. Otmar Dyck: Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Freiwilligenagentur. - Ich danke erst einmal Frau Hunke für ihre Ausführungen. Ich kann dem voll und ganz zustimmen.

Als ehrenamtlicher stellvertretender Vorsitzender hafte ich gemeinsam mit dem 1. Vorsitzenden in vollem Umfang für die Freiwilligenagentur und trage ein finanzielles Risiko, falls irgendetwas schiefgeht. Wir haben auch die Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freiwilligenagentur als Ehrenamtliche. Frau Hunke hat schon gesagt, dass wir 23 hauptamtlich Beschäftigte haben. Bei einem Jahresbudget von fast 1 Million Euro ist das schon eine ganze Menge. Es ist durchaus eine Schwierigkeit, dies im Ehrenamt verantwortlich wahrzunehmen. Man sollte darüber nachdenken, ob das sinnvoll ist.

Für uns alle ist wichtig, dass die Beschäftigten langfristig beschäftigt werden und dass man ihnen eine Sicherheit geben kann, was sich natürlich auch auf ihre Motivation auswirkt.

Bei der von Frau Hunke schon erwähnten projektorientierten Finanzierung kann man nicht wirklich erwarten, langfristig vernünftig arbeiten zu können. Über zwei, drei Jahre hinweg wird etwas aufgebaut. Die Personen, die sich sehr stark engagieren, knüpfen Kontakte und machen eine ganz tolle Arbeit, und danach ist Schluss. Das kann natürlich nicht im Sinne des Erfinders sein. Das ist ein weiterer Punkt, den ich für wichtig halte.

Ich möchte mich im Großen und Ganzen auf das Thema Evaluation im ländlichen Raum beschränken.

Wir von der Freiwilligenagentur haben in Remlingen, wie Frau Hunke es schon gesagt hat, ein Kompetenzzentrum aufgebaut. In diesem Zusammenhang haben wir erste Schritte der Evaluation gemacht. Wir haben eine Onlinebefragung durchgeführt und Interviews mit politisch und administrativ verantwortlichen Personen und auch Geldgebern gemacht, um zu schauen: Wie ist die

Arbeit angekommen? Was kann man verbessern? Wie kann man die Wirkung der Arbeit am besten formulieren?

Zunächst einmal zwei, drei Worte zum Thema Evaluation der Freiwilligenagentur: Warum macht man das überhaupt? - Es gibt Anforderungen der Geldgeber und auch von Ehren- und Hauptamt, die auch eine gewisse Transparenz erwarten. Man kann durch eine Evaluation das Profil schärfen. Man kann die Dienstleistungsqualität untersuchen. Man kann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren. Man kann sicherlich auch schauen, wo die Freiwilligenagentur auf dem Markt steht, und die Marktposition stärken. Es ist wichtig, Transparenz zu schaffen, die Schwachstellen zu erkennen und auch etwas für die Organisationsentwicklung zu tun.

Viele wissen, dass es in Remlingen eine Freiwilligenagentur gibt. Aber viele wissen das nicht und wissen auch nicht, was wir tun. Unsere Arbeit ist unheimlich schwer zu erklären, weil sie so vielfältig ist, wie Frau Hunke es eben schon angedeutet hat. Insofern halte ich es für unbedingt erforderlich, dass man schaut: Was passiert, und wie kann man die Wirkung einschätzen? - Das ist Wirkungsforschung.

Ich möchte nur ganz kurz stichpunktartig einige Ziele nennen: Verbesserung der Servicequalität und Verbesserung der Kommunikation nach innen und außen. Was das heißt, brauche ich an dieser Stelle wohl nicht zu erläutern.

Zu den Eckpunkten der Evaluation: Man muss schauen, wie man die Motivation des Personals im Haupt- und Ehrenamt, die Arbeitsqualität, Arbeitsprozesse, Entscheidungsspielräume usw. verbessern kann. Ich habe das alles schriftlich niedergelegt und will das jetzt nicht herunterbeten. Deswegen nenne ich nur ein paar Eckpunkte.

Die Freiwilligenagentur versucht, auch Kommunikation über Events zu betreiben. Diese Events müssen evaluiert werden. Im Rahmen der Corona-Krise gab es keine Events. Insofern war die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich stark reduziert. Diesen Bereich muss man unbedingt evaluieren: Welche Events finden statt? Welche Personen sind da? Was erwarten sie? Sind die Erwartungen erfüllt worden?

Auch die Projekte, die ein, zwei, drei Jahre lang laufen, müssen evaluiert werden: Was davon ist bei der Zielgruppe herübergekommen? Sind die Ziele, die vorher definiert worden sind, erreicht worden?

Einige kleine Eckpunkte beim Thema Evaluation sind: Man muss über Anspruchsgruppen, die Infrastruktur und die Finanzierung nachdenken. Ich glaube, das muss ich nur am Rande betonen.

Jetzt zu der Frage, was das Kompetenzzentrum in Remlingen, das schon erwähnt worden ist, tun möchte. Wir haben von dem Kompetenzzentrum in der Samtgemeinde Elm-Asse im Landkreis Wolfenbüttel eine Onlinebefragung durchführen lassen. Wir haben Ehrenamtliche befragt, was sie ehrenamtlich tun, in welchen Bereichen sie tätig sind und was sie sich wünschen. Dabei sind interessante Ergebnisse herausgekommen. Wir haben versucht, sie in Handlungsvorschläge umzumünzen. Sie sind zum Teil schon umgesetzt worden. Dabei ging es auch um Servicequalität sowie um Wünsche und Anregungen.

Einige exemplarische Ergebnisse: Der Kollege von der Landjugend hat schon gesagt, dass es sehr schwierig ist, gerade junge Leute zu halten. Wir haben einmal geschaut: In welchen Bereichen arbeiten sie überhaupt? Wer betreut Senioren, Migranten und Menschen mit Behinderungen? Welche Rolle spielt Mobilität? - Mobilität ist das Riesenthema im ländlichen Raum überhaupt.

Eine gravierende Erkenntnis ist, dass es durch die Corona-Krise massive Auswirkungen gegeben hat. Dazu haben wir zehn Fragen gestellt. Die Corona-Pandemie gefährdet nach den Aussagen der Ehrenamtlichen in hohem Maße und auf gravierende Art und Weise die ehrenamtliche Arbeit in Zukunft. Mit Onlinesitzungen und Digitalisierung, die die Freiwilligenagentur schon betrieben hat, kann man versuchen, ein bisschen was aufzufangen. Aber auf Dauer wird das sehr schwierig sein. Es wird schwierig sein, wieder einen Push zu bringen, wenn die Pandemie vielleicht irgendwann einmal nachlässt.

Noch ein weiterer Punkt zur Mobilität: 87 % der befragten Personen nutzen den Pkw und nur 4 % den ÖPNV, um zur Arbeit zu kommen. Dass das mit einem großen Fragezeichen zu versehen ist und man da auch in Richtung ökologische Orientierung arbeiten muss, ist wohl klar.

Noch zwei, drei kurze Handlungsempfehlungen: Es ist logisch, dass man die Rahmenbedingungen auf materieller, personeller und finanzieller Ebene verbessern muss. Des Weiteren nenne ich die Optimierung der Kommunikation und Transparenz. Dies ist bereits durch E-Learning-Konzepte und Onlinesitzungen, beispielsweise bei Schützenvereinen, passiert. Es gibt Vereinsanalysen und Empfehlungen, wie man Anträge stellt und Antragsformulare ausfüllt. Dafür ist die Freiwilligenagentur ein Dienstleister.

Die Corona-Hilfe, die Frau Hunke auch schon erwähnt hat, ist bei den Ehrenamtlichen sehr gut angekommen. Insofern konnten durchaus einige Dinge umgesetzt werden.

Der Kontakt zu den Vereinen ist zu intensivieren. Auch das ist bereits umgesetzt worden. In diesem Zusammenhang muss man auch die Vielfalt der Vereine sehen. Es gibt ja nicht nur Sportvereine, sondern auch kirchliche Einrichtungen, Einrichtungen aus Politik, Kultur, Umwelt und Naturschutz, bürgerschaftliches Engagement, Bildung usw. Wir versuchen, die Vielfalt abzubilden. Das ist auch für die Ehrenamtlichen, die wir befragt haben, sehr wichtig.

Zwei Drittel der Befragten sind ganztägig berufstätig. Das haben wir bei der Terminplanung berücksichtigt. Das heißt, man kann Termine nicht nur von 9 bis 15 Uhr machen, sondern muss den Ehrenamtlichen darüber hinaus zur Verfügung stehen.

Fazit. Eine Evaluation ist notwendig, um eine Rückkopplung zu bekommen und um zu schauen: Ist das, was wir tun, überhaupt bei der Zielgruppe angekommen?

Im Augenblick sind nicht die Mittel vorhanden, um eine sinnvolle Evaluation durchzuführen. Ich möchte die Kommission bitten zu schauen, was da vielleicht in Zukunft möglich ist. Evaluation ist Wirkungsforschung.

In dem zweiten Entwicklungsbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird von der Sachverständigenkommission ganz klar gesagt, dass unbedingt Wirkungsforschung auch auf ländlicher Ebene betrieben werden muss, dass die Lebensqualität in Stadt und Land gefördert werden muss und dass Strukturdaten für ein regionales Engagementpotenzial erhalten bleiben sollen.

Die Kommission empfiehlt weiter eine gezielte Forschung mit Lebenslaufbezug, also qualitative Datenerhebungen. Wir haben Interviews mit politisch Verantwortlichen gemacht, wie ich vorhin schon gesagt habe, um schon einmal einen ers-

ten Schritt zu gehen. Daran kann man ganz gut sehen, ob die Arbeit ankommt oder nicht.

Zum Schluss noch etwas zur Kommission. Das Postulat der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung von Fördermitteln ist in dem Bericht ebenfalls erwähnt. Finanzmittel sollten dort eingesetzt werden, wo sie die größte Wirkung erzielen. Wirkungsforschung sollte langfristig finanziell abgesichert werden. Das sind Stichpunkte aus dem Entwicklungsbericht, die wir versuchen vor Ort umzusetzen.

Damit die Freiwilligenagentur auch in Zukunft schnell und flexibel handeln kann, brauchen wir eine konstante finanzielle Grundlage.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Evaluation und Wirkungsforschung ist sicherlich ein extra Thema. Es lohnt sich bestimmt, an der einen oder anderen Stelle nachzuhaken. Es wäre schön, Herr Dr. Dyck, wenn Sie sich dafür zur Verfügung stellen würden.

Auch Sie würden von der Landtagsverwaltung den Link für die Online-Befragung zugeschickt bekommen. Wir können nur gezielt arbeiten, wenn uns die Problemstellen gezielt mitgeteilt werden.

Landkreis Leer - Stabsstelle Ehrenamt und Freiwilligenagentur

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 43

Monika Fricke: Herzlichen Dank, dass ich heute hier sein darf. - Ich werde mich an die vorgegebene Redezeit halten, weil ich denke, Sie werden in erster Linie Fragen an mich haben, weshalb sich die Verwaltung eines Kreises mit 170 000 Einwohnern, der ländlich strukturiert und finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, gerade auch dem Thema freiwilliges Engagement widmet.

Frau Hunke hat vorhin von 23 Jahren Tätigkeit gesprochen. Ich kann leider nur auf vier Jahre Tätigkeit zurückblicken. Der Landkreis Leer hat seit 2017 einen absoluten Arbeitsschwerpunkt in der Förderung und dem Aufbau kommunaler Managementstrukturen für das Ehrenamt gesetzt. Das ist etwas sehr Außergewöhnliches, weil das im Grunde genommen nicht zu unserem Aufgabenportfolio zählt.

Wir sind auf vielfältige Weise unterwegs. Wenn Sie eine Bauanfrage stellen, finden Sie aufseiten des Landkreises Kompetenz. Wenn Sie ehrenamtlich tätig sind oder einen Verein führen, sollen Sie Kompetenz auch aufseiten des Landkreises Leer vorfinden. Wir bieten eine starke persönliche Beratung und viele Dienstleistungen. Vor allen Dingen muss erkannt werden: Wo hapert es? Weshalb haben Vereine Nachwuchsprobleme? Wieso kommen Senioren nicht in Bewegung, wenn sie sich engagieren wollen? Wo liegen die Herausforderungen, wenn wir das Engagement junger Menschen fördern wollen? - Es geht darum, strukturelle Aufgaben auf kommunaler Ebene zu organisieren.

Was tun wir? - Sie haben es sicherlich gelesen. Wir sind in vielen Gewerken tätig. Da ich Betriebs- und Volkswirtin bin und aus der Verwaltung komme, sind Zahlen, Daten und Fakten etwas sehr Wichtiges für mich. Sie haben das heute schon oft gehört.

Der erste Survey war gleich im Jahr 2017; so lange gibt es uns. Wir haben festgestellt, dass es erhebliche Nachwuchsprobleme bei den Vereinen gibt. 70 % der rund 1 200 Vereine im Landkreis Leer haben Nachwuchsprobleme. Daraus hat sich das Projekt "Löppt! Mitnanner" entwickelt, das in Schulen stattfindet. Im Rahmen des Pflichtunterrichts soll das Interesse von jungen Leuten für gesamtgesellschaftliche Verantwortung geweckt werden, also nicht mal so nebenbei, sondern dort, wo Unterricht stattfindet.

Wir haben festgestellt, dass Vereine einen unendlich großen Beratungsbedarf haben. Ich durfte das gerade auch hören. Wir haben dauerhaft Qualifizierungsangebote implementiert, um Menschen im digitalen Bereich zu qualifizieren. Vereinsvorsitzende gibt es aus allen Bevölkerungsgruppen. Das sind Junge, aber auch Ältere. Sie tragen viel Verantwortung, auch im Rahmen der Daseinsvorsorge. Schließlich geht es ja nicht um irgendetwas. Gerade Vereine stabilisieren unsere Gesellschaft. Wenn sie nicht mehr mitkommen, müssen wir ihnen helfen.

"Digital vor Ort!" ist ein großes Angebot, das wir zu Beginn der Corona-Krise implementiert haben. Das war erst vor Ort in den Gemeinden gedacht, hat aber dann nicht funktioniert. Seit Mai 2020 ist das online möglich. Viele Menschen, nämlich fast 700, haben bislang daran teilgenommen. Wir haben 65 Veranstaltungen durchgeführt. Das ist so, wie eine Sprache zu lernen. Wir haben nicht nur ein kleines vorübergehendes Projekt gemacht, sondern wir machen das dauerhaft.

Wir versuchen, Vereine immer und in allen Fragen zu beraten. Dafür haben wir Experten, die kostenlos für uns arbeiten. Das sind Steuerberater, Anwälte und Haftungsexperten. Wir machen abends nach der Arbeit Foren. Die kommen seit vier Jahren sehr gut an. Das sind die Leeraner Vereinsforen, die online stattfinden. Man stellt seine Frage, und beispielsweise ein Anwalt antwortet.

Corporate Citizenship ist so wichtig. Wir merken: Wenn wir Unternehmen mit ins Boot holen, dann sind sie präsent. Wir bewerben sie natürlich auch auf unseren Seiten. Wir vermarkten dieses Engagement. Sonst könnten wir auch nichts erwarten. Das funktioniert.

Wir versuchen, mit unserem Engagement eine Steuerungsaufgabe zu übernehmen.

Ich komme ursprünglich aus einem ganz anderen Bereich. Ich habe ein Jobcenter aufbauen dürfen. Wir sind Optionskommune. Davor habe ich die Frauenförderung geleitet. Ich bin also eine Pflanze aus der Verwaltung und werde immer dann eingesetzt, wenn es um neue Strukturen geht. Ich habe in meiner gesamten Biografie die Erfahrung gemacht, dass man nur dann erfolgreich ist, wenn man eine Marke und Verlässlichkeit schafft, wenn man nicht nur bejammert, was alles nicht geht ich sage das einmal ein bisschen flapsig -, sondern Lösungen sucht.

Die Lösung für das Ehrenamt in Niedersachsen ist in zwei Punkten festzuhalten.

Dieses Thema ist landesweit sehr gut aufgestellt. Die Ministerien, mit denen wir zusammenarbeiten, sind super. Die LAGFA und die FAN sind super Organisationen. Sie sind das Sprachrohr für das Ehrenamt, neben den vielen Speziellen, die es auch gibt und die kleine Bereiche abdecken.

Aber auf kommunaler Ebene schauen wir tatsächlich ein wenig ins Leere; da ist Tabula rasa. Matthias Groote hat das Thema Ehrenamt zu seinem Arbeitsschwerpunkt erklärt. Er kommt aus dem Europaparlament und hat gesagt: Wir können Demokratie nur fördern, wenn wir die Menschen, um die es geht, mitnehmen, wenn wir ihnen eine Basis bieten und ihre Arbeit anerkennen. Deshalb nehmen wir da Geld in die Hand und gehen da auch strukturiert vor.

Alle Prozesse, die wir geschaffen haben, sind im Qualitätsmanagement abgearbeitet worden. Sie sind verlässlich. Wir können dadurch auch die Gewähr bieten, dass Sie zu uns kommen und sagen können: Ich möchte jetzt eine Beratung zur Vereinsförderung. Ich brauche junges Engagement. - Dann funktioniert das.

Sie haben sicherlich gesehen, dass wir im Onlinebereich sehr präsent sind. Wir haben Marken geschaffen. Wir fahren mittlerweile mit vier Dienstwagen durch die Gegend, auf denen steht: wirpackenfreiwilligan.de. - Das ist der Motor, bei dem sich Menschen dann wiederfinden. Wir packen freiwillig an. Sie tun es durch ihr Ehrenamt. Auch die Unternehmen machen das. Das führt dazu, dass wir so erfolgreich sind.

Die entsprechenden Zahlen, Daten und Fakten haben wir Ihnen in der kleinen Präsentation in unserer schriftlichen Stellungnahme geliefert.

Wir verfügen über ein sehr großes Netzwerk. Wir bedienen beispielsweise das Landvolk und die Landjugend, im Grunde genommen alle Vereine und Verbände. Das sind, wie gesagt, rund 1 200 an der Zahl.

Wir versuchen, durch Anerkennungskultur, durch die Ehrenamtskarte, die eminent wichtig ist, eine gute Struktur zu schaffen, aber vor allen Dingen auch durch den "Löppt! Mitnanner"-Preis. Da lassen wir insbesondere junge Leute zu Wort kommen und erkennen sie an. Dieser Preis ist letztes Jahr zum ersten Mal vergeben worden. Zwei Personen vom Landvolk haben einen Preis bekommen.

Ich kann an Sie nur appellieren - das ist auch der Wunsch von Herrn Groote -, eine Möglichkeit zu schaffen - ähnlich wie in den 90er-Jahren mit der Gleichstellungspolitik, als das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz geändert wurde, das ich damals begleitet habe; das hat mir seinerzeit unheimlich viel Freude gemacht -, dass der entsprechende rechtliche Rahmen für die 45 Landkreise und Kommunen gesetzt wird.

Ich habe heute Morgen, als ich am Frühstückstisch saß, gerechnet: Wir haben 800 Ehrenamtskarten im Kreis, der nicht der allergrößte ist. Wenn Sie das mal 45 Kommunen rechnen, dann mal 250 Stunden, die die Menschen leisten müssen, und das mit dem Mindestlohn multiplizieren, dann kommen Sie auf 81 Millionen Euro, die Ehrenamtler in Niedersachsen in der Daseinsvorsorge schenken. Vor diesem Hintergrund muss unser Ansatz sein, für sie verlässliche Strukturen zu schaffen.

Vors Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Ich war beeindruckt, dass Sie mit einer Befragung begonnen haben. Die Beteiligung lag bei 41 %. Jeder, der sich mit wissenschaftlichen Erhebungen befasst hat, weiß, dass alles, was über 19 % liegt, mehr als ein Erfolg ist.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Fricke. - Ich habe eine Frage zu dem Freiwilligensurvey. Sie beschreiben das als wichtigen Zugang. Wie verhindert man, dass das kein Datenfriedhof wird, sondern dass daraus auch tatsächlich etwas folgt?

Eines haben Sie noch nicht verraten. Leer ist nun wahrlich nicht der reichste Landkreis. Trotzdem hat er sich in Sachen Ehrenamt auf den Weg gemacht und viel Geld für dieses Thema in die Hand genommen. Dennoch macht das jetzt nicht überall Schule. Wie haben Sie es geschafft, diese Mittel zu organisieren und auch langfristiger zur Verfügung zu stellen?

Ich gehöre zur Opposition. Dass Sie die Landesministerien so loben, gefällt mir natürlich erst einmal nicht. Aber Sie wollten ja damit zum Ausdruck bringen, wo die größte Baustelle ist. Diese liegt auf der Seite der Kommunen, haben Sie gesagt. Ich glaube, dass das sehr unterschiedlich ist, aber dass Sie damit durchaus richtig liegen.

Bei mir ist angekommen: Das Land kann an der Stelle etwas tun, an der es den Kommunen hilft, in eine stabile Unterstützungsstruktur zu kommen, also über die LAGFA und die FAN, aber beispielsweise auch, indem man ein Anreizsystem schafft, Ihrem Beispiel mit dem Survey zu folgen. Das wäre vielleicht eine Option.

Monika Fricke: Ministerien darf man loben, wenn sie eine gute Arbeit machen. Ich nenne nur das Sozialministerium und die Staatskanzlei. Es gibt gute Absprachen zwischen allen.

Meine einzige Bitte an Sie alle ist, wenn Sie sich näher damit auseinandersetzen, eine Finanzierung nicht immer nur jährlich zu ermöglichen, sondern stabiler, damit auch die kleinen Freiwilligenagenturen auf dem Dorf Planungssicherheit haben - es gibt ja unterschiedlichste Trägerschaften - und sie nicht schon im Juli anfangen müssen, darüber nachzudenken, wie sie am besten in das nächste Jahr kommen. Das ist für die LAGFA und die Freiwilligenagenturen wichtig.

Der Survey war kein Datenfriedhof. Als Betriebswirtin brauche ich Zahlen, Daten und Fakten, um

zu sehen: Wo liegen die Herausforderungen? Wo liegt das Gute? Was denken die Menschen, für die wir tätig werden? - Der Survey hat die gleichen 14 Fragen wie auf Landes- und auf Bundesebene. Wir haben uns darauf verständigt, dass der Survey alle vier Jahre durchgeführt werden soll.

Bei dem letzten Survey im vergangenen Jahr haben wir festgestellt, dass Corona gar nichts Negatives für die Vereine ist. Das wird total dramatisiert. Die Vereine haben sich schlicht anders aufgestellt und gesagt: Okay. Dann müssen wir uns eben digitalisieren.

Man muss offen mit der Arbeit der Ehrenamtlichen umgehen und sie auch den Ausschüssen vorstellen. Ein politischer Ausschuss arbeitet mit uns zusammen. Den hat Herr Groote dafür ins Leben gerufen. Darin sitzt auch die Opposition. Natürlich wird da auch über den richtigen Weg diskutiert.

Warum engagieren wir uns so stark auf dem Gebiet des Ehrenamtes? - Weil wir meinen, wir stärken damit die Demokratie. Wir tragen das Ehrenamt in die Jugend. Wir tragen es zu den Älteren. Wir tragen es in die Mitte der Gesellschaft. Wir sagen: Wir sind für euch, für Sie da. - Wir sind die Dienstleister. Wir bieten ihnen das Themenfeld und das Portfolio, um wirklich wahrgenommen zu werden. Wir sind auch dafür da, wenn irgendetwas einmal nicht funktioniert und um Nahtstellen zu schließen.

Ich habe ja gesagt: Das ist keine monetäre Angelegenheit. Das Geld, das wir in die Hand nehmen, ist im Gegensatz zu dem, was die Menschen aufbringen, sehr wenig, bringt aber sehr viel.

Wir werden gerade jetzt, in Corona-Zeiten, sehr viel angerufen. Wir helfen an jeder Stelle. Man nimmt uns wahr und ernst. Die Menschen, die freiwillig arbeiten, merken, dass wir in der Kreisverwaltung es wirklich ernst meinen. Das ist das Größte, was wir erreichen können. Das würde ich mir für das gesamte Land wünschen.

Falk Hensel: Ich möchte zunächst auf Ihre Aussage eingehen, dass es aufgrund von Corona keine Auswirkungen auf die Vereine gibt. Ich glaube, das kann man nicht verallgemeinern. Ich würde es auch als fatal ansehen, das so zu sagen. Wir haben ja davor die Stellungnahme der Freiwilligenagentur aus dem Landkreis Wolfenbüttel gehört, die das Ganze evaluiert hat. Ich bin

bei der AWO beschäftigt. In Vereinen mit einem hohen Altersdurchschnitt sind die Auswirkungen aufgrund von Corona sehr wohl bemerkbar, weil die keine Digitalisierung haben. Die können ihr Standardprogramm nicht mehr durchführen. Für die Vereinsmitglieder ist es sehr schwierig, das umzusetzen.

Die Aussage von Frau Fricke trifft sicherlich für den einen Verein zu und für den anderen eher weniger. Ich glaube, man kann das nicht verallgemeinern.

Frau Fricke, Ihre Agentur ist direkt an die Landkreisverwaltung angekoppelt. Ich frage mich: Ist das im Sinne der Subsidiarität überhaupt sinnvoll? - Sie sagen, Sie seien gut ausgestattet. Wir haben vorhin gehört, dass eine Freiwilligenagentur mit lediglich 12 000 Euro pro Jahr ausgestattet wird. Es wurde gesagt, dass es zu wenig Stellen gibt. Wie viele Stellen haben Sie denn?

Das Geld in die Gemeinnützigkeit zu stecken, also nicht kommunal gebunden, wäre doch ein gutes Beispiel. Ich will damit Ihre Arbeit nicht schlechtmachen; ganz im Gegenteil. Aber es ist nicht selbstverständlich, dass eine Landkreisverwaltung dies macht, sondern häufig tun dies Agenturen vor Ort, die Mittel, wie Sie sie als Verwaltung aufwenden, nicht erhalten. Ich möchte landesweit dafür werben, dass die Mittel zur Verfügung gestellt werden, aber dann auch in selbstständige Agenturen fließen.

Monika Fricke: Wir sind mit 2,5 Stellen ausgestattet und werden von vier Ehrenamtlichen unterstützt. Das sind unsere Seniorenberater, Seniorenexperten. Wir arbeiten auch mit dem SES, dem Senior Experten Service, zusammen. Bei uns ist das einzige Büro in ganz Deutschland angesiedelt. Es arbeitet von Leer aus, im Moment wegen Corona allerdings nicht.

Wir haben eine sehr gute und solide Finanzausstattung; das habe ich beschrieben. Wir können über 50 000 bis 75 000 Euro im Jahr für unsere Arbeit plus die Personalkosten verfügen.

Wir vertreten die Auffassung, dass gerade eine Kommunalverwaltung verpflichtet ist, Aufgaben im Bereich Ehrenamt zu übernehmen. Wir machen nicht nur die Freiwilligenagentur, sondern auch alles drum herum. Wir übernehmen die gesamte Dienstleistungspalette und die Anerkennungskultur. Das bedeutet aber nicht, dass jeder das so machen muss.

Ich arbeite auch in der LAGFA und weiß, dass die Trägerstruktur sehr interessant ist und dass dort auch sehr viele andere Menschen tätig sind. Dem will ich nicht entgegentreten und sagen: Wir sind die Besten. - Ich wollte Ihnen damit nur sagen: Wenn man eine kommunale Struktur schaffen will, dann hätten wir die Expertise dafür. Wir merken, dass das ankommt.

Als Beschäftigte der Kreisverwaltung darf ich auf alle Fachämter zurückgreifen; das ist das Positive. Wenn Sie als Vereinsvorsitzender einen Bauantrag stellen - ich spreche jetzt Sie direkt an -, dann rufen Sie bei uns an. Wir sagen dann: Wir schaffen jetzt für Sie die Voraussetzungen, damit Sie in Ihrer Freizeit nicht so lange auf etwas warten müssen, sondern gleich drankommen. - Das ist unser Job, den wir machen. Da ist die Vorteils-übersetzung.

Was die Vereine angeht: Wir haben im Landkreis Leer 1 165 Vereine. Gott sei Dank musste keiner seine Türen schließen. Wir haben es jetzt in der Corona-Zeit mit dem "Digital-vor-Ort!"-Angebot geschafft, die Leute permanent zu schulen. Sie haben diese Zeit dafür genutzt.

Das Programm "Löppt! Mitnanner" und die Förderung des jungen Engagements liefen über unsere Botschafter, über Instagram weiter. So konnten wir trotz Corona sehr viel für die Vereine machen.

Ich weiß vom LandesSportBund, bezogen auf die Sportvereine, dass die Zahl der Mitglieder zurückgegangen ist. Landesweit haben 3,5 % der Mitglieder ihre Mitgliedschaft in einem Verein gekündigt haben.

Deswegen habe ich das vorhin so "locker" gesagt. Verzeihen Sie, wenn das zu locker war.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Wir würden uns freuen, wenn auch der Landkreis Leer unsere Online-Befragung ein bisschen bewerben würde. Sie werden den Link bekommen. Wie Sie haben richtig gesagt: Zahlen, Daten, Fakten. - Wenn wir einen Instrumentenkoffer zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Ehrenamtes in Niedersachsen schaffen wollen, wobei dann jede Region oder jeder Verein schauen muss, was aus diesem Instrumentenkoffer passt, und ihn gut bestücken wollen, brauchen auch wir Zahlen, Daten und Fakten.

**

Entwurf Zwischenbericht EKE Version 5

3	Inl	hal	lt
_			

4	I.	Einleitung	. 1
5	II.	Herausforderungen im kommunalen Ehrenamt	. 4
6	III.	Das kommunale Mandat: Regelungsbereiche und Lösungsvorschläge	. 9
7	IV.	Ausblick	19

I. Einleitung

Annähernd jeder Zweite engagiert sich in Deutschland ehrenamtlich. Ehrenamtlich Engagierte stellen sich in den Dienst des Gemeinwohls. Sie kümmern sich um die Alten und Kranken, unterstützen Hilfebedürftige, bestärken Kinder und Jugendliche, löschen Brände, schützen die Natur, organisieren die Kultur und stiften Toleranz. Sie lindern Sorgen, nehmen Ängste, beantworten Fragen, treffen Entscheidungen und hören in Ausnahmezeiten wie der Corona-Pandemie auch einfach nur zu. Sie tun das in ihrer Freizeit, neben ihren Verpflichtungen in Beruf und Familie. Und sie machen es nicht des Geldes wegen, sondern weil sie wollen, dass ihre Kommunen lebenswert sind und bleiben; dass niemand aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird; dass die Welt ein besserer und gerechterer Ort wird und die Erde bewohnbar bleibt.¹

Ehrenamtliches Engagement trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, es fördert gegenseitiges Vertrauen und das Miteinander der unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft. Aber ehrenamtliches Engagement kommt nicht allein dem Gemeinwohl zugute, sondern auch den engagierten Menschen selbst. Ehrenamtlich Engagierte lernen andere Freiwillige kennen, sie empfinden Freude an ihrem Engagement, erweitern ihr soziales Netzwerk, tauschen sich mit anderen Freiwilligen aus und bilden sich im Rahmen ihres Engagements weiter. Ehrenamtliches Engagement bedeutet insofern auch Teilhabe an gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, es stiftet Lebensfreude, Lebenssinn sowie Freundeskreise und ermöglicht den Erwerb von Kompetenzen.²

.

¹ Julia Simonson u.a., Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland, in: Dies. u.a. (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden 2017, S. 31-49, hier S. 31.
² Vgl. Clemens Tesch-Römer u.a., Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014. Implikationen für die Engagementpolitik, in: Julia Simonson u.a. (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden 2017, S. 647-662, hier S. 648.

Ohne Ehrenamt wäre Deutschland mithin ein anderes Land – und vieles gibt es hier nur, weil freiwillig Engagierte sich darum kümmern. Das gilt genauso für Niedersachsen. Für ein lebendiges, vielfältiges und solidarisches Bundesland ist das Ehrenamt unverzichtbar. Das ehrenamtliche Engagement gehört zu den konstitutiven Elementen unserer Demokratie.³

28

29

30

31

32

33

34

35 36

37

38

39

40

41 42

43

44

45

46

47 48

49

50

51

52

53

54

55

56 57 Umso wichtiger ist es, das Ehrenamt durch geeignete Rahmenbedingungen bestmöglich zu fördern, soziale, kulturelle und ökonomische Veränderungen genau im Blick zu behalten und die bestehenden politischen Förderinstrumente kontinuierlich an gewandelte Umstände anzupassen. Die unzweifelhafte Bedeutung des Ehrenamtes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rechnung stellend, zeigen sich nämlich unterhalb des positiven Gesamttrends eines seit Jahren anhaltenden Anstiegs der ehrenamtlichen Beteiligungsquote zugleich andererseits Entwicklungen, die nachdenklich stimmen und ein Handeln nahelegen. Da sind zum einen verschiedene Gruppen, in denen die Anteile freiwillig engagierter Menschen anhaltend unterdurchschnittlich sind: Menschen mit starken gesundheitlichen Einschränkungen; Menschen mit geringer Bildung; Menschen mit Migrationshintergrund; Menschen, die 65 Jahre und älter sind. Zugleich zeigen sich bei Frauen und jungen Erwachsenen deutliche Repräsentationslücken in ehrenamtlichen Mandaten und Ämtern, die desto größer ausfallen, je mehr Leitungsverantwortung sich mit diesen verbindet. Bedenkenswert ist auch, dass die wachsende Zahl der Engagierten durchschnittlich sehr viel weniger Zeit für ihr ehrenamtliches Engagement aufwendet als noch in den späten 1990er Jahren; dass vor allem große Vereine in den Städten Probleme bei der Mobilisierung und Bindung von Ehrenamtlichen haben; dass andererseits insbesondere Vereine in sehr kleinen Kommunen teils bestandsgefährdende Mitgliederrückgänge verzeichnen; und dass die Diversität der Engagierten die gesellschaftliche Vielfalt nur sehr unzureichend abbildet.⁴

Vor diesem Hintergrund wurde die Enquetekommission "Ehrenamt" am 30. Juni 2020 durch den Niedersächsischen Landtag eingesetzt. Die Kommission hat das Ziel, das Ehrenamt mit seinen vielen positiven Eigenschaften für die Zukunft dauerhaft zu stärken, die Spielräume des Landes zu nutzen und Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes zu entwickeln.

Der Begriff des Ehrenamts bzw. ehrenamtlichen Engagements, wie ihn die Kommission verwendet, ist dabei eng angelehnt an die Definition des bürgerschaftlichen Engagements durch die Enquetekommission des Bundestages "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Diese legte im Jahr 2002 fünf Kriterien vor: Bürgerschaftliches Engagement ist demzufolge "freiwillig, nicht auf

³ Niedersächsischer Landtag, 18. Wahlperiode, Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern – Enquetekommission "Ehrenamt" einrichten, Drucksache 18/6898, 30.06.2020.

⁴ Jana Priemer u.a., Organisierte Zivilgesellschaft, in: Holger Krimmer (Hg.), Datenreport Zivilgesellschaft, Wiesbaden 2019, S. 7-54, hier S. 24f.

58 materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum 59 statt und wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt"⁵.

60

61 62

63

64

65

66

67

68

69 70

71 72

73

74

75

76 77

78

79

80

81

82

83

84

85

Ehrenamtliches Engagement versteht die Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages einerseits als "Oberbegriff für unterschiedliche Formen des Engagements, wie Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe oder Tätigkeiten in selbstorganisierten Initiativen und Projekten". Engagement reicht folglich "von selbstorganisierten Tätigkeiten Freiwilliges Freiwilligendiensten, die sich durch eine gesetzlich geregelte Organisationsform und feste Einsatzzeiten auszeichnen"⁶. Andererseits umfasst das Engagement-Verständnis der Kommission in Übereinstimmung mit der Begriffsbildung des Freiwilligensurveys nicht jede flüchtige Aktivität oder bloße Mitgliedschaft in einem Verband, einem Verein oder einer Initiative, sondern setzt die Übernahme von Ämtern oder Funktionen im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen voraus. Die Differenzierung, die das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zwischen Ehrenamt und ehrenamtlichem Engagement vornimmt, derzufolge sich das Ehrenamt entlang des Kriteriums der Freiwilligkeit von der ehrenamtlichen Tätigkeit abhebt und Verpflichtungscharakter im Unterschied zur Freiwilligkeit ehrenamtlichen Engagements besitzt, übernimmt die Kommission dagegen nicht, insofern sie Ehrenamt und ehrenamtliches Engagement synonym verwendet und das freiwillige, gemeinwohlorientierte und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete Engagement betrachtet.

Aufgrund der anstehenden Kommunalwahl 2021 hat die Kommission einheitlich beschlossen, zuerst das kommunalpolitische Mandat zu thematisieren und konkrete Vorschläge zur Optimierung der anstehenden Novellierung des NKomVG zu entwickeln. Diese Ergebnisse werden in dem vorliegenden Zwischenbericht erläutert. Die Themenbereiche und Maßnahmen, die das Ehrenamt allgemein betreffen, werden dagegen erst im Abschlussbericht ausführlich diskutiert werden.

Dieser Bericht wird im Anschluss an diesen einleitenden Abschnitt (I.) zunächst die Herausforderungen im Ehrenamt skizzieren (II.), sodann die in der Kommission diskutierten und formulierten Lösungsansätze zu konkreten Regelungsbereichen mit Bezug auf das Kommunale Mandat darstellen (III.) und abschließend einen Ausblick auf die weitere Kommissionsarbeit geben (IV.).

⁵ Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Bericht der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Bürgerschaftliches Engagements auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgerschaftliches

Engagements" Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Drucksache 14/8900, 03.06.2002, S. 38.

⁶ Julia Simonson u.a., Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland, in: Dies. u.a. (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden 2017, S. 31-49, hier S. 37.

Der Enquetekommission gehören 25 Mitglieder an: 14 Mitglieder des Landtages und 11 Sachverständige, die nicht Abgeordnete sind. Von den Abgeordneten werden je 6 Abgeordnete von den Fraktionen der SPD und CDU und je ein Mitglied von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP gestellt. Für die SPD-Fraktion sind das Petra Tiemann als Kommissionsvorsitzende, Bernd Lynack als Sprecher der SPD-Abgeodneten, Hanna Naber, Kerstin Liebelt, Dunja Kreiser sowie Rüdiger Kauroff und für die CDU-Fraktion Eike Holsten als stellvertretender Kommissionsvorsitzender, Jörn Schepelmann als Sprecher der CDU-Abgeordneten, Rainer Fredermann, Veronika Koch, Frank Oesterhelweg sowie Marcel Scharrelmann. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gehört zudem Volker Bajus der Kommission an und für die FDP-Fraktion Thomas Brüninghoff. Die externen Sachverständigen vertreten in der Kommission zum einen die Niedersächsischen Vereine und Verbände, konkret sind das für den Landesjugendring Niedersachsen e.V. Jens Risse, für die LAG Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. Falk Hensel, für den Landessportbund Niedersachsen e.V. André Kwiatkowski, für den Arbeitskreis Niedersächsischer Kulturverbände (AKKU) Insa Lienemann, für den Landesfrauenrat Niedersachsen e. V. Marion Övermöhle-Mühlbach und für den Landesfeuerwehrverband Karl-Heinz Banse. Zum anderen entsenden die kommunalen Spitzenverbände eine Vertreterin, hierbei handelt es sich um Dagmar Hohls von der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände c/o Nds. Städtetag. Und schließlich gehören der Kommission als weitere externe Sachverständige Prof. Dr. Joachim Winkler, Soziologe an der Uni Wismar, Prof. Dr. Sebastian Unger, Steuerrechtler an der Uni Bochum, Dr. Florian Hartleb, Politikwissenschaftler und -berater (Hanse Advice Tallinn/Estland) sowie Lehrbeauftragter an der Katholischen Universität Eichstätt und der Hochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, und Annette Reus, Wissenschaftliche Sachbearbeiterin für den Bereich Engagementförderung bei der Stadt Hannover, an.

109

110

111

112113

114

115

116

86

87

88

89

90

91 92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

II. Herausforderungen im kommunalen Ehrenamt

Die ersten zwei Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts waren fraglos Dekaden eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels. Dieser muss Eingang in die Überlegungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Ehrenamtes im Allgemeinen und des kommunalen Ehrenamtes im Speziellen finden. Die großen Trends der Zeit sind dabei in ihren Wirkungen keineswegs eindeutig.

So gilt das Ehrenamt als Heilmittel gegen die Auswüchse der Individualisierung, wie sie auch in der populären Gegenwartsdiagnose der "Gesellschaft der Singularitäten"⁷ zum Ausdruck kommen.

⁷ Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2020.

Angesichts stark individualisierter und zunehmend polarisierter Gesellschaften verspricht ehrenamtliches Engagement eine Antwort auf die Frage zu geben, was die heutige Gesellschaft noch zusammenhält. Andererseits sind der Individualismus und die fortschreitende Individualisierung unabdingbare Voraussetzungen für eine durch breites ehrenamtliches Engagement getragene Zivilgesellschaft. Die Herauslösung des Einzelnen aus starren Bindungen und die Pluralisierung der Lebensstile in den westlichen Gesellschaften der 1970er und 1980er Jahre stehen insofern nicht zufällig an der Wiege der zeitgenössischen Zivilgesellschaftsdiskussion, die daher ebenso plausibel in der Regel auf eine Stärkung der Selbstorganisation und Eigeninitiative zum Beispiel durch Entstaatlichung hinausläuft.⁸ Aber zugleich kann Individualisierung eben auch den Zusammenhalt einer Gesellschaft auflösen, indem sie für das Funktionieren einer Zivilgesellschaft unabdingbare Mechanismen wie Vertrauen, Gerechtigkeit und Verantwortung zerstört. Die gesellschaftliche Grundstimmung wird seit Jahren aggressiver, "jeder fühlt sich permanent benachteiligt oder angegriffen, es wird geschimpft oder gleich verklagt"9. Dies vergiftet das politische Klima und steht im Widerspruch zum Erfordernis demokratischer Politik, offen für die Meinungen anderer zu sein, zum ehrlichen Dialog auch mit politischen Konkurrentinnen und Konkurrenten bereit zu sein und sich von besseren Argumenten überzeugen zu lassen.

Auch die Globalisierung geht mit Bindungsverlusten einher. Sie stellt erhöhte Anforderungen an Flexibilität und Mobilität. Sowohl eine zeitliche Verdichtung – sei es durch verkürzte Ausbildungszeiten und erhöhten Druck in Schule und Studium, sei es durch die Doppel- bzw. Dreifachbelastung durch Beruf, Familie und Engagement – als auch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse schränken Ehrenamtliche ein und erschweren die Ausübung des Ehrenamts, insbesondere in der sogenannten Rush-Hour des Lebens (zwischen 25 bis 40 Jahren). Einerseits. Andererseits ist im Gefolge der Globalisierungstendenzen der Wunsch nach Authentizität, nach unmittelbarer Begegnung, nach Überschaubarkeit und insgesamt nach Heimat gewachsen. Eine "Renaissance des Regionalen (und Lokalen) für die Identität von Menschen des 21. Jahrhunderts" wird infolgedessen diagnostiziert, bisweilen spricht man auch von Glokalisierung.¹⁰ Und im Freiwilligensurvey 2014 weisen ausgerechnet die beiden Altersgruppen, zu denen die 25- bis 40-Jährigen gehören, die höchsten Engagementquoten auf.

117

118119

120

121

122123

124125

126

127

128

129130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

[.]

⁸ Paul Nolte, Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit: Konzeptionelle Überlegungen zur deutschen Gesellschaftsgeschichte, in: Ralph Jessen u.a. (Hg.), Zivilgesellschaft als Geschichte, Studien zum 19. Und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 305-326, hier S. 318.

⁹ Thomas Bauer, Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Stuttgart 2018, S. 69.

¹⁰ Dietmar von Reeken, Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Teresa Nentwig u. Christian Werwath, S. 59-78, hier S. 76f.

Überhaupt begegnet der Gefahr, dass die Demokratie auf entkernte formale Prozeduren reduziert wird, seit einiger Zeit ein Denken, das sich als Konvivialismus (lat. convivere: zusammenleben) bezeichnet und dem Primat des eigennutzorientierten Denkens und Handelns eine Vision des guten Lebens entgegenstellt, die auf intensivere zivilgesellschaftliche Formen des Zusammenlebens und auf eine ausgeprägte Ehrenamtlichkeit hinausläuft. Die Betonung des Eigenwerts von demokratischer Beteiligung und die Überzeugung, dass Menschen sich nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere interessieren und sich spontan und emphatisch für das Gemeinwohl einsetzen können, kennzeichnet dieses Denken, das seine praktische Umsetzung in freien zivilgesellschaftlichen Assoziationen, oder besser: dem ehrenamtlichen Engagement findet.¹¹

Niedersachsen steht im deutschlandweiten Vergleich sowohl hinsichtlich der Quoten öffentlicher gemeinschaftlicher Aktivität als auch des ehrenamtlichen Engagements gut da. Der Anteil der freiwillig Engagierten, welche über das Beteiligungsverhalten der Aktiven hinaus Funktionen, Mandate, Aufgaben übernehmen und dadurch nicht nur mitmachen, sondern sich unmittelbar engagiert einbringen, beträgt hierzulande 46,2% und liegt damit deutlich höher als im Durchschnitt aller Bundesländer (43,6%). Bemerkenswert ist zudem, dass der Anteil des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements seit Beginn der Erhebungen im Rahmen der Freiwilligensurveys im Jahr 1999 niedersachsenweit um 15,2 Prozentpunkte von 31% auf 46,2% gestiegen, alleine in dem Zeitraum zwischen den jüngsten beiden publizierten Berichten, in den Jahren 2009 bis 2014 also, gar um deutliche 5,4 Prozentpunkte.¹²

Die insgesamt für das Bundesland vergleichsweise günstigen Zahlen bedeuten nun nicht, dass in Niedersachsen alles gut wäre. "Die Reichweite der Zivilgesellschaft", schreiben Christoph Hoeft und Julia Kopp, "hängt allgemein stark von der Berufssituation der Befragten ab", und sie fahren fort: "in Niedersachsen ist dieser Zusammenhang sogar besonders stark ausgeprägt". Folglich besteht auch in Niedersachsen ein großes Reservoir an unausgeschöpftem Engagementpotential, das sich im Freiwilligensurvey in den Reaktionen der Nicht-Engagierten auf die Frage zeigt, ob sie dazu bereit seien, eine freiwillige Tätigkeit zukünftig aufzunehmen. 9,8% der Nicht-Engagierten beantworten das mit "bestimmt" und weitere 51,1% mit "eventuell".

Auf ein Erfordernis, die Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements in der Kommunalpolitik auf ihre Eignung zu überprüfen und gegebenenfalls einer Revision zu unterziehen,

¹¹ Vgl. Frank Adloff, "Es gibt schon ein richtiges Leben im falschen." Konvivialismus – zum Hintergrund einer Debatte, in: Les Convivialistes, Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens, Bielefeld 2014, S. 7-32.

¹² Christoph Hoeft und Julia Kopp, Zivilgesellschaft in Niedersachsen, in: Teresa Nentwig und Christian Werwath (Hg.), Politik und Regieren in Niedersachsen, S. 357-380, S. 361.

deuten nicht zuletzt verschiedene Facetten der letzten niedersächsischen Kommunalwahl im September 2016 hin. Damals wurden die 2.125 kommunalen Vertretungen (Kreistage, Regionsversammlung, Stadt- bzw. Gemeinderäte, Samtgemeinderäte, Ortsräte und Stadtbezirksräte) in Niedersachsen neu besetzt. Für die Sitze in den kommunalen Vertretungen lagen insgesamt 66.939 Bewerbungen vor, wobei die tatsächliche Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten etwas niedriger war, da sich manch einer in mehreren Vertretungen um ein Mandat bewarb. In dieser Zahl enthalten sind die Kandidaturen von 49.689 Männern und 17.250 Frauen. Im Jahre 1996, zwanzig Jahre zuvor, waren es noch 60.982 Männer und 17.612 Frauen gewesen. Kandidierten im Jahr 1996 also noch durchschnittlich 12,5 von 1.000 Bürgern für ein Abgeordnetenmandat im Kreistag, Stadtoder Gemeinderat, so waren es bei den Kommunalwahlen 2016 nur noch 10 von 1.000. Das Interesse der Niedersachsen an einem aktiven Engagement in der Kommunalpolitik ist in dieser Zeit – das legt dieser Indikator zumindest nahe – folglich gesunken.

Zugleich zeigte sich das Geschlechterungleichgewicht 2016 unverändert.¹⁵ Während in der Wählerschaft Frauen mit 51% die Männer seinerzeit sogar überwogen, waren in den Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover nur 27% der Kandidaten Frauen (und 0,39% EU-Bürger, deren Anteil in der Wählerschaft 4,7% betrug). In den kreisangehörigen Gemeinden war der entsprechende Wert 25,2% (und 0,4% bei den EU-Bürgern), in den Samtgemeinden 23% (und 0,5% EU-Bürger) und in den Stadtbezirken und Ortschaften 27,4% (und 0,3% EU-Bürger). Insgesamt lief das auf einen Frauenanteil von 25,8% (und 0,4% EU-Bürger) hinaus. Bei den 37 Direktwahlen zu den Hauptverwaltungsbeamten schließlich bewarben sich insgesamt 100 Kandidatinnen und Kandidaten, der Frauenanteil erreichte hier gar nur 18%, wobei die Werte bei den Landtagsfraktionen von 4,3% (CDU) über 16% (SPD) und 37,5% (Grüne) bis hin zu 40% (FDP) reichten. Kurzum: Frauen sind in den Kommunalvertretungen Niedersachsens unterrepräsentiert und sie werden weniger oft von Parteien für Ämter aufgestellt, wobei der Anteil von Frauen insbesondere in herausgehobenen Ämtern niedrig ist.¹⁶

⁻

¹³ Vgl. Niedersächsische Landeswahlleiterin, Zahlen, Daten, Fakten. Kommunalwahlen in Niedersachsen am 11. September 2016, 01.09.2016, URL:

 $https://landes wahlleiter in. niedersachsen. de/presse_service/presse informationen/presse-zahlen-daten-fakten-146533. html [eingesehen am 04.03.2021].$

¹⁴ O.V., Interesse an Engagement in Kommunalpolitik sinkt, in: haz.de, 16.07.2017, URL:

https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Interesse-in-Niedersachsen-an-einem-Engagement-inder-Kommunalpolitik-sinkt [eingesehen am 04.03.2021].

¹⁵ O.V., Interesse an Engagement in Kommunalpolitik sinkt, in: welt.de, 15.07.2017, URL:

https://www.welt.de/regionales/niedersachsen/article166675953/Interesse-an-Engagement-in-Kommunalpolitik-sinkt.html [eingesehen am 04.03.2021]

¹⁶ Vgl. Niedersächsische Landeswahlleiterin, Zahlen, Daten, Fakten. Kommunalwahlen in Niedersachsen am 11. September 2016, 01.09.2016, URL:

Eine Herausforderung stellt die Inklusivität der Zivilgesellschaft dar. Die Vereine z.B. bieten ein breites Spektrum an Angeboten und Maßnahmen für Zielgruppen mit besonderen Integrationsbedarfen. Allgemein an sozial benachteiligte Menschen richten sich 25,8% der Vereine mit ihren Aktivitäten. Jeder fünfte Verein macht Angebote für Menschen mit Behinderungen (19,4%) oder Geflüchtete (18%). Gleichzeitig berichten in Dörfern und kleinen Kommunen nur 1,1% der Vereine, dass sie zunehmend Migrantinnen und Migranten unter den Engagierten haben. Und nicht einmal jeder zehnte Verein (6,4%) versucht gezielt, Mitglieder mit Migrationshintergrund zu gewinnen.¹⁷

Die organisierte Zivilgesellschaft wächst. Die Zahl der Vereine hat sich deutschlandweit zwischen 1995 und 2016 von gut 400.000 auf rund 600.000 deutlich erhöht, in Niedersachsen gab es 2016 56.685 Vereine, das sind 7,2 Vereine pro 100.000 Einwohner. Die Gesamtentwicklung bei den Mitgliederzahlen ist ebenfalls positiv. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Gewinnung von Engagierten insbesondere für dauerhafte Aktivitäten zunehmend schwierig ist. Nur 13,5% der Vereine geben an, dass es einfach sei, für dauerhaftes Engagement Engagierte zu gewinnen, zwei von drei Vereinen (61,6%) sehen das anders.¹⁸

Zudem: Während einerseits 22,6% der im Freiwilligensurvey Befragten angeben, eine freiwillige Tätigkeit auszuüben, für die Aus- und Weiterbildung erforderlich ist, dies vor allem im Unfall- und Rettungsdienst, sehen andererseits 40,6% der befragten Niedersachsen bei eben jenen Weiterbildungsmaßnahmen dringenden Verbesserungsbedarf.

Ebenso auffällig wie besorgniserregend ist schließlich der Befund, dass es selbst im Freiwilligensurvey 2014, der ansonsten durchgängig Wertzuwächse konstatiert, eine Gruppe gab, die gegen den allgemeinen Trend keine steigende, sondern eine sinkende Engagementquote aufwies: Die 14- bis 29-jährigen Frauen mit niedriger Bildung. Waren 1999 noch 24,0 Prozent dieser Frauen engagiert, so lag der Anteil 2014 nur noch bei 15,3 Prozent. Eine Entwicklung, die so bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe zu beobachten war. Auch vor diesem Hintergrund nimmt die Kommission unter anderem gezielt Frauen und junge Erwachsene in den Blick.

https://landeswahlleiterin.niedersachsen.de/presse_service/presseinformationen/presse-zahlen-daten-fakten-146533.html [eingesehen am 04.03.2021].

¹⁷ Vgl. Jana Priemer u.a., Organisierte Zivilgesellschaft, in: Holger Krimmer (Hg.), Datenreport Zivilgesellschaft, Wiesbaden 2019, S. 7-54, hier S. 28ff.

¹⁸ Vgl. ebd, S. 9ff.

III. Das kommunale Mandat: Regelungsbereiche und Lösungsvorschläge

Die Kommission hat vor dem dargelegten Hintergrund verschiedene spezifische Ursachen dafür diskutiert und identifiziert, dass es zunehmend schwierig wird, Menschen für das kommunale Mandat zu gewinnen, wobei die Frage nach der "Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat" im Zentrum stand. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Beteiligung junger Menschen und Frauen. Nachfolgend werden die identifizierten Herausforderungen kurz skizziert, woran sich jeweils die konkreten Maßnahmen und Gesetzgebungsvorschläge anschließen, welche in der Kommission erarbeitet wurden.

Vereinbarkeit von Familie und Mandat

Insbesondere Vätern und Müttern junger Familien wird die Übernahme kommunalpolitischer Verantwortung dadurch erschwert, dass die Sitzungen der kommunalen Vertretungen in der Regel nachmittags oder in den frühen Abendstunden stattfinden. Somit muss eine Kinderbetreuung organisiert und finanziert werden, welche wiederum Planungssicherheit in Bezug auf die Sitzungsdauer voraussetzt. Ähnliches gilt für Menschen, die Angehörige pflegen. Weiterhin sind die Biographien junger Menschen hinsichtlich Arbeitsleben, Wohnort etc. nicht immer (und immer weniger) konstant, was sich oftmals nur schlecht mit der Übernahme eines Mandates verträgt, welches seiner Trägerin oder seinem Träger über mehrere Jahre durchgängig ein hohes Niveau an Zeitaufwand abverlangt, inklusive der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen. Besonders Frauen sind davon betroffen, dass es schwierig ist, das Leben in einer Familie mit (jungen) Kindern und ein kommunales Mandat miteinander zu vereinbaren. Sie wenden mehr Zeit für (unbezahlte) Arbeit in der Familie auf als Männer und sehen sich Rollenstereotypen und überwiegend männlich dominierten Berufsbereichen gegenüber. Insgesamt liegt der Anteil der Frauen in den kommunalen Vertretungen Niedersachsens nur bei rund 25% liegt.

Derzeit sieht das NKomVG eine Erstattung der Kinderbetreuungskosten vor (§ 44). Die Kommission erwartet von den Kommunen, dass sie entsprechende Regelungen in ihre Entschädigungssatzungen aufnehmen und ihre Mandatsträgerinnen und -träger über die Ansprüche aufklären. Weiterhin appelliert die Kommission an die Kommunen, Angebote und Unterstützungsleistungen für Ratsmitglieder bereitzustellen, die auf eine geeignete Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen während der Sitzungen angewiesen sind. Überdies wird vorgeschlagen, bei der Terminierung von Rats- und Ausschusssitzungen verstärkt auf Betreuungssituationen Rücksicht zu nehmen, das hieße beispielsweise, das Ende der Sitzungen verbindlich festzulegen.

Der Blick in die Kommunalverfassungen anderer Bundesländer ergibt, dass auch die Kosten für die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen übernommen werden, so in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Saarland, Hessen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Die Kommission empfiehlt, entsprechende Regelungen in das NKomVG aufzunehmen.

Als weitere Option zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Mandat und Familie ebenso wie der Vereinbarkeit von Mandat und Beruf hat die Kommission insbesondere darüber diskutiert, die Möglichkeit einer Vertretungslösung für Mandatsträgerinnen und -träger bei längerer Abwesenheit, z.B. zum Zwecke einer familienbedingten Auszeit, gesetzlich festzuschreiben. Diesbezüglich wurde durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport eine rechtliche Einschätzung vorgelegt, die eine grundsätzliche Zulässigkeit für ein zeitlich befristetes Ruhenlassen des Mandates mit Vertretungslösung als möglich erachtet, wenn dem eine Verfassungsänderung vorgeschaltet würde.

Vereinbarkeit von Beruf und Mandat

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Mandat zu verbessern, diskutierte die Kommission die Ausweitung der Freistellung der Mandatsträgerinnen und -träger von ihrem Arbeitgeber auf die Zeiten, die für Aufsichtsratspositionen oder andere Gremientätigkeiten aufgewandt werden. Andernorts ist dies bereits Praxis, wie etwa ein Blick in die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen zeigt: "Zur Ausübung des Mandats gehören Tätigkeiten, die mit dem Mandat in unmittelbarem Zusammenhang stehen oder auf Veranlassung des Rates, der Bezirksvertretung oder des Ausschusses erfolgen. Auf Veranlassung des Rates erfolgt auch eine Tätigkeit als vom Rat entsandter Vertreter der Gemeinde in Organen und Gremien von juristischen Personen und Vereinigungen des privaten oder öffentlichen Rechts sowie als Stellvertreter des Bürgermeisters."¹⁹

In der zitierten Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen wird auch klar geregelt, dass "eine Tätigkeit als vom Rat entsandter Vertreter der Gemeinde in Organen und Gremien von juristischen Personen und Vereinigungen des privaten oder öffentlichen Rechts"²⁰ zu Ansprüchen auf Ersatz des Verdienstausfalls führt. Über eine solche Regelung diskutierte auch die Kommission. Im Zusammenhang von Freistellung und Verdienstausfallersatz für Posten, die sich aus der Ratstätigkeit ergeben, bat die Kommission das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport um eine Stellungnahme.

¹⁹ § 44 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

²⁰ Ebd.

Angesichts der Zunahme flexibler Arbeitszeitmodelle entfaltet die bisherige Freistellungsregelung zugleich und insofern allerdings nur noch eine unzureichende Wirkung, als sie an die Kollision der Mandatstätigkeit mit einem festen Arbeitszeitmodell anknüpft (Behinderungsverbot²¹). Im NKomVG sollten Regelungen gefunden werden, die auch eine Benachteiligung ausschließen, die entsteht, wenn Abgeordnete in Ausübung des kommunalpolitischen Mandats faktisch in ihrer Befugnis beschränkt werden, innerhalb der Gleitzeitphase Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit in gewissen Grenzen selbst zu bestimmen (Benachteiligungsverbot). Zukünftig soll also das bestehende Behinderungsverbot durch ein Benachteiligungsverbot ergänzt werden.

Zudem sollen aufgewandte Zeiten, die außerhalb der Kernarbeitszeit, aber innerhalb des Arbeitszeitrahmens liegen, bei der individuell zu berechnenden Gesamtarbeitszeit zumindest teilweise berücksichtigt werden können und entsprechende Regelungen in das NKomVG aufgenommen werden.

Bildungsangebote für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Viele kommunalpolitisch Engagierte und an einem solchen Engagement Interessierte benötigen angesichts immer anspruchsvollerer Themenkomplexe und Aufgabenfelder, eines beschleunigten technologischen Fortschritts sowie zunehmend aufwendiger Arbeitsprozesse kontinuierlich Fortbildungen. Weiterbildungsmöglichkeiten müssen einerseits erweitert und schon bestehende Angebote andererseits besser bekanntgemacht werden. Die Fortbildungstätigkeit der Kommunalpolitischen Vereinigungen (KPV) der Parteien ist wichtig und gleicht vielfach fehlende Kapazitäten zur Weiterbildung der Mandatsträgerinnen und -träger aus. Die landkreisübergreifende Arbeit der KPVs sollte ausgebaut und optimiert werden.

§ 54 NKomVG eröffnet jeder und jedem Abgeordneten die Möglichkeit, bis zu fünf Tage pro Legislaturperiode Urlaub zu nehmen²², um an Fortbildungen teilzunehmen, die im Zusammenhang mit der Mandatsausübung stehen. Dies ist offenkundig nur wenig bekannt. Deshalb regt die Kommission an, besser als bisher über die Fortbildungs- und Freistellungsoptionen im Bereich des kommunalen Mandats aufzuklären und zu deren Nutzung zu ermuntern.

²¹ In § 54 Abs. 2 NKomVG heißt es aktuell: "1Niemand darf gehindert werden, das Amt eines Mitglieds der Vertretung zu übernehmen und auszuüben. 2Es ist unzulässig, Abgeordnete wegen ihrer Mitgliedschaft aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu entlassen oder ihnen zu kündigen. 3Den Abgeordneten ist die für ihre Tätigkeit notwendige freie Zeit zu gewähren."

²² Andere Bundesländer gewähren teilweise deutlich mehr Urlaub zu Fortbildungszwecken. Hessen etwa gewährt bis zu zwei Wochen <u>pro Kalenderjahr</u>, Rheinland-Pfalz fünf Tage. Vgl. § 35a Abs. 4 Hessische Gemeindeordnung; § 18a Abs. 6 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz.

Schutz vor Bedrohungen und Beleidigungen der kommunalen Abgeordneten

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden zunehmend Opfer von Beleidigungen, Anfeindungen, Bedrohungen und sogar körperlichen Attacken, die mit Entscheidungen zusammenhängen, die sie in ihrem Wahlamt getroffen haben. Mit der Reform des § 188 StGB sind nun auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker durch das Strafrecht besonders gegen üble Nachrede, Verleumdung und Beleidigung geschützt. Diese Gesetzesänderung wird durch die Kommission ausdrücklich positiv gewürdigt. Um Betroffene auch über die strafrechtliche Verfolgung der Täterinnen und Täter hinaus zu unterstützen, weist die Kommission auf die bestehenden Beratungsangebote bei den Polizeidienststellen hin. An diese können sich von Hassrede und Bedrohungen betroffene Kommunalpolitikerinnen und -politiker wenden. Sinnvoll erscheint auch, bei Wunsch, die Privatadresse von kommunal Kandidierenden besser zu schützen. Hierzu regt die Kommission an, eine Widerspruchslösung einzuführen.

Konfliktmanagement

In Konflikten mit der Verwaltung fühlen sich Trägerinnen und Träger des kommunalen Mandats häufig ratlos und infolgedessen frustriert. Die Kommission empfiehlt daher den Kommunen, eine Stelle zu benennen, welche Mandatsträgerinnen und -träger bei Beschwerden und Konflikten unterstützen kann. Zudem empfiehlt es sich, verstärkt auf die Möglichkeit der Vermittlung durch die Kommunalaufsicht hinzuweisen, sofern keine lokale Anlaufstelle geschaffen werden kann.

Zusammenwirken von Hauptamt und Ehrenamt

Das kommunale Mandat ist auf eine gelingende Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen und deren gute Zuarbeit ebenso angewiesen wie auf die Unterstützung durch die in einigen größeren Kommunen existierenden hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen. Hier wird Verbesserungspotenzial gesehen, unter anderem im Hinblick auf die Verständlichkeit, die Strukturiertheit und den Umfang der Vorlagen.

Die Kommission spricht sich dafür aus, dass die Kommunen, welche für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fraktionen Geld bereitstellen, diese Beträge in angemessener Weise gestalten. Hierfür regt die Kommission an, dass sich die Entschädigungskommission des Themas annimmt und nach Einwohnerzahl gestaffelte Vorschläge unterbreitet, die den Kommunen zur Orientierung dienen sollen.

Ebenfalls zur Entlastung der Mandatsträgerinnen und -träger wie auch aus Inklusionserwägungen appelliert die Kommission an die kommunalen Verwaltungen, Umfang und Qualität (verständliche, wenn möglich zusätzlich leichte Sprache) der Vorlagen anzupassen.

Vereinbarkeit von kommunalem Mandat, Studium und Berufsausbildung

Will man junge Menschen für das kommunale Mandat gewinnen, gilt es, Hemmnisse, die mit ihrer Ausbildungssituation zusammenhängen, abzubauen. Viele politisch interessierte junge Menschen bleiben ihrer Heimatgemeinde stark verbunden und haben dort weiterhin ihren Lebensmittelpunkt, obwohl sie an einem anderen Ort ihre Ausbildung (Berufsausbildung, Studium und Ähnliches) absolvieren. Durch die Zweitwohnungssteuer einiger Städte sehen sie sich jedoch veranlasst, ihren Hauptwohnsitz zu verlegen und verlieren damit die Voraussetzung für die Mandatsausübung in ihrer Heimatgemeinde. Ergibt sich aus kommunalpolitischem Engagement eine Verzögerung des Ausbildungsverlaufs, so entstehen zudem Nachteile beim Bezug von BAföG²³-Leistungen oder bei den Studiengebühren.

Die Tatsache, dass die Ausbildungsorte von jungen Menschen, die in ihrer Heimatgemeinde ein kommunales Mandat bekleiden, Zweitwohnungssteuer erheben, wurde von der Kommission als ein Problem identifiziert. Die Kommission appelliert an die Kommunen, dieses Hemmnis abzubauen. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Landeshauptstadt Hannover, welche unter bestimmten Voraussetzungen von jungen Menschen keine Zweitwohnsitzsteuer erhebt, "wenn sie sich in einer Schul-, Studien- oder Berufsausbildung"²⁴ befinden.

Gemäß § 15 Abs. 3 BAföG wird die Förderungshöchstdauer verlängert, wenn in den Selbstverwaltungsorganen der Hochschule oder Studierendenschaft mitgearbeitet wird. Die Kommission unterstützt den Vorschlag, diese Regelung auch auf das kommunale Mandat auszuweiten. Analog sollte auch die Regelung für Anrechnungsmöglichkeiten auf die Regelstudienzeit, nach deren Überschreitung Langzeitstudiengebühren anfallen, angepasst werden.

Junge Menschen an Politik heranführen

²³ Bundesausbildungsförderungsgesetz.

²⁴ § 2 Abs. 2 (b) Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Landeshauptstadt Hannover.

Junge Menschen haben oftmals keine oder nur verzerrte Vorstellungen davon, wie die Arbeit in den kommunalen Vertretungen abläuft. Im Schulunterricht ist Kommunalpolitik nicht in dem Umfang curricular verankert, wie es angesichts ihrer Bedeutung für die Lebenswelt der jungen Menschen wünschenswert wäre. Hier besteht Verbesserungsbedarf.

Die Kommission fordert einerseits das Niedersächsische Kultusministerium auf, die Grundlage für einen praxisnahen Politikunterricht zu schaffen, in dem die Kommunalpolitik einen festen Platz einnimmt. Gleichzeitig appelliert die Kommission an die Kommunen, die Zusammenarbeit mit den lokalen Schulen zu suchen, um jungen Menschen einen Einblick in ihre Arbeit zu geben sowie Verständnis und Interesse für ihre Tätigkeit zu wecken. In diesem Zusammenhang erscheint es besonders sinnvoll, Planspiele in den Politikunterricht einzubinden, welche mit Beispielen arbeiten, die thematisch auf die Verhältnisse in der Kommune zugeschnitten sind.²⁵

Zu dem wichtigen Anliegen der Kommission, das kommunalpolitische Engagement junger Menschen zu stärken, zählt der Ausbau der Beteiligung Jugendlicher an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen. Vor diesem Hintergrund wurde eine Modifikation des § 36 NKomVG (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) diskutiert. Zur Debatte stand, den ersten Satz der Norm ("Gemeinden und Samtgemeinden sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen.") von einer Soll- in eine Muss-Regelung zu ändern. Die Mehrheit sprach sich nach einer kontroversen Debatte gegen eine solche Reformierung aus, da die zur Beteiligung gewählten Jugendlichen dann kontinuierlich engagiert bleiben müssten, um Entscheidungsprozesse nicht zu blockieren, was sich in der Praxis als schwierig herausgestellt habe. Eine Minderheit votierte hingegen für die Muss-Regelung.

Um die Jugendbeteiligung zu stärken, wurde auch das Instrument des "Jugend-Checks" ²⁶ erörtert. Die Kommission befürwortet die Nutzung des "Jugend-Checks" oder ähnlicher Mittel, um zu prüfen, ob eine Jugendbeteiligung angebracht ist.

Trend zu projektorientiertem Engagement

²⁵ Verwiesen sei hier auf die vorbildhafte Arbeit des Vereins Politik zum Anfassen e.V., der seine Workshops in der Kommission vorstellte, vgl. URL: https://www.politikzumanfassen.de/ [eingesehen am 03.03.2020].
²⁶ "Der Jugend-Check ist ein Instrument zur Gesetzesfolgenabschätzung. Er leistet damit einen Beitrag zu mehr Jugendgerechtigkeit und guter Gesetzgebung. Regelungsvorhaben der Bundesregierung, vor allem Gesetzentwürfe, werden anhand einer standardisierten Methodik auf mögliche Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren überprüft.", URL: https://www.jugend-check.de/derjugend-check/idee-ziele/ [eingesehen am 13.02.2021].

Wohnten und arbeiteten die Menschen in der Vergangenheit häufig über weite Abschnitte ihres Lebens in gleichbleibenden Familienstrukturen am selben Ort, werden Lebensläufe immer weniger linear und zunehmend vielfältiger. Mittel- und langfristiges Engagement wie dasjenige des kommunalen Mandats ist damit oftmals nur schwerlich vereinbar. Viele, vor allem auch jüngere Menschen, ziehen es vor, sich fokussiert in zeitlich limitierten Projekten zu engagieren. Auch die Kommunalpolitik sollte dem Trend zum projektorientierten Engagement mehr Rechnung tragen. Sie sollte zukünftig vermehrt Möglichkeiten für kurzfristiges Engagement in befristeten Arbeitskreisen und Beiräten in den Kommunen schaffen. In diese können sich interessierte und betroffene Bürgerinnen und Bürger einbringen, woraus sich im Idealfall auch ein langfristiges und themenübergreifendes Engagement für die Kommune entwickeln kann. Zugleich kann die Transparenz und Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse verbessert, mithin die Attraktivität kommunalpolitischen Engagements insgesamt erhöht werden. Um besonders junge Menschen auf diese Weise einzubinden, erscheint eine Orientierung an den Schul- und Semesterferien bei der Terminierung von Angeboten für befristete Engagementmöglichkeiten sinnvoll.

Gleichstellung

Frauen sind in den Kommunalvertretungen Niedersachsens unterrepräsentiert. Die Gleichberechtigung von Frauen wird von den Mitgliedern der Enquetekommission Ehrenamt als ein wichtiges Thema betrachtet. Die Erhöhung des Anteils von Frauen in den Kommunalvertretungen ist ein gemeinsames Ziel aller Kommissionsmitglieder.

Die Kommissionsmitglieder der CDU sprechen sich in diesem Zusammenhang gegen eine Paritätsregelung aus. Ihnen zufolge stehen einer solchen Regelung verfassungsrechtliche Erwägungen entgegen. Dazu verweisen sie auf die Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte in Brandenburg und Thüringen, die im vergangenen Jahr die dortigen Paritätsgesetze gekippt hatten. Die Vertreterin und die Vertreter der CDU in der Kommission betonen, dass der Frauenanteil in den Räten und Kreistagen höher als bisher sein sollte. Über die Enquetekommission die Forderung nach einem Paritätsgesetz, vor dessen Verabschiedung erhebliche Hürden stünden, in den tagespolitischen Diskurs zu bringen, hält die CDU hingegen für falsch. Die Frage eines Paritätsgesetzes müsse an anderer Stelle diskutiert werden und könne nicht über den Umweg der Diskussion über die Förderung der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement den Weg in den Landtag finden. Ohnehin müsse, statt auf die Geschlechterparität alleine zu schauen, in den Kommunalvertretungen die gesamte Gesellschaft in ihrer vollen Breite und mit allen ihren Facetten

abgebildet werden. Dazu gehöre selbstverständlich auch das Ziel, den Frauenanteil anzuheben. Ebenso seien z.B. junge Menschen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterrepräsentiert. Die CDU-Vertreterinnen und -Vertreter berufen sich auf den Grundsatz, dass nicht Gesetze, sondern die Wählerinnen und Wähler in der Wahlkabine über die Zusammensetzung der Parlamente entscheiden. Quotierungen stellten den Versuch dar, den Menschen vorzuschreiben, wen sie wählen sollten. Überhaupt müsse ehrenamtliches Engagement dadurch motiviert sein, sich vor Ort politisch zu beteiligen, und sei nicht in erster Linie mit dem Ziel verknüpft, in irgendeine Vertretung gewählt zu werden, weshalb Fragen der Parität für das ehrenamtliche Engagement nachrangig seien. Schließlich würde ein Paritätsgesetz der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen auch gar nicht zugutekommen, was viele Frauen selbst spürten, weshalb sie Mandate und Verantwortung nicht deswegen übernehmen wollten, weil es eine gesetzlich fixierte Quote gebe, sondern weil sie dies wollten und dazu in der Lage seien. Die CDU erachtet folglich ein Paritätsgesetz bzw. verbindliche Regelungen für Quotierungen sowohl aus rechtlichen Gründen für nicht durchführbar als auch sachlich für nicht wünschenswert und hält zum anderen die Enquetekommission für den falschen Ort, diesbezügliche Entscheidungen zu treffen.

Die Vertreter von Grünen und FDP betonen ebenfalls das Anliegen, nicht nur den Anteil von Frauen in kommunalen Vertretungen deutlich zu erhöhen, sondern darüber hinaus die Vielfalt der Gesellschaft abzubilden. Dazu zählt auch eine Erhöhung des Anteils von jungen Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Menschen unterschiedlicher Sexualität, Menschen mit verschiedenen Bildungsniveaus und unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen. Das gemeinsame Anliegen führt freilich zu konträren Schlussfolgerungen in Bezug auf ein mögliches Paritätsgesetz. Der Kommissionsvertreter der FDP wirft die Frage auf, ob ein Paritätsgesetz das richtige Mittel sei, um eine diversere Zusammensetzung der kommunalen Vertretungen zu erreichen. Um diese Frage zu beantworten, bedürfe es einer intensiveren Beschäftigung mit dem Thema Paritätsgesetz – und gegebenenfalls einer Betrachtung anderer verfassungskonformer Gesetzesänderungen –, als dies im Rahmen dieser Enquetekommission möglich sei. Auch die Grünen wollen eine breitere Repräsentation von Diversität. Hierfür seien gruppenspezifisch verschiedene Maßnahmen geeignet. Mit Blick auf die Gleichstellung speziell von Frauen gehöre dazu ganz wesentlich ein Paritätsgesetz.

Seitens der Vertreterinnen und Vertreter der SPD und der Grünen in der Kommission wurde den verfassungsrechtlichen Bedenken der Vertreterinnen und Vertreter von CDU und FDP gegen ein Paritätsgesetz entgegengehalten, verfassungsrechtlich nicht haltbar sei weniger ein Paritätsgesetz als die deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten im Allgemeinen und in kommunalen Vertretungen im Speziellen. Die Verfassung gebe der Politik die paritätische Besetzung der

Parlamente auf allen Ebenen staatlichen Handelns auf. Dies sei gegebenenfalls zu konkretisieren. Die Vertreterinnen und Vertreter der SPD und der Grünen in der Kommission betrachten Regelungen zur Quotierung in der Kommunalverfassung, also im Bereich des kommunalen Ehrenamtes, darüber hinaus als Möglichkeit, im Kleinen zu beginnen und dadurch den von den Landesverfassungsgerichten für unrechtmäßig erklärten Versuchen, Paritätsgesetze auf höherer Ebene umzusetzen, verfassungskonforme Optionen entgegenzusetzen. Wie auch die SPD verweisen die Grünen darauf, dass es bei der Arbeit der Enquetekommission darum gehe, die Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements für Frauen und Männer, mit und ohne Migrationsgeschichte, für Menschen mit Beeinträchtigungen, für Kinder und Jugendliche und Menschen mit LGBTIQ-Hintergrund zu verbessern. Im Moment stehe noch nicht auf der Tagesordnung, konkrete Vorschläge für Rechtsänderungen zu unterbreiten, vielmehr gehe es darum, Empfehlungen mit dem Ziel zu erarbeiten, eine möglichst große Vielfalt etwa im Bereich des kommunalen Ehrenamtes sicherzustellen. Das Ergebnis der Arbeit der Enquetekommission könne und solle ein Ansporn für die Parteien sein, mehr in Richtung einer paritätischen Vertretung von Männern und Frauen in den Parlamenten zu unternehmen.

Zur Förderung der Ausgewogenheit der Vertretungen plädiert die Kommission weiterhin für einen Ausbau des Mentoring-Programms "Frau. Macht. Demokratie"²⁷ für neue Kommunalpolitikerinnen. Dieses Mentoring-Programm eignet sich auch für Menschen mit Migrationsgeschichte.

Mit den Integrationsbeiräten steht ein niedrigschwelliges Instrument zur politischen Teilhabe zur Verfügung. Die Kommission appelliert daher an die Kommunen, diese bei Bedarf häufiger zu zu konsultieren, um die Interessen von Menschen mit Migrationsgeschichte in den politischen Willensbildungsprozess einfließen zu lassen.

Dem Vorschlag, auch in Städten unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Stelle einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten zu schaffen, steht die Kommission mit Verweis auf den Kostenfaktor mehrheitlich kritisch gegenüber.

493

468

469 470

471

472

473474

475

476

477

478

479

480 481

482

483

484

485

486

487 488

489

490

491492

²⁷ "Frau. Macht. Demokratie" ist ein Programm des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Vorfeld von Wahlen. Das Programm soll "einen Beitrag leisten, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen." Rund ein Jahr lang erhalten Einsteigerinnen in die Kommunalpolitik von einem erfahrenen Mandatsträger oder einer erfahrenen Mandatsträgerin Unterstützung, um sich auf die Rolle als Mandatsträgerin vorzubereiten. Zudem gibt es ein Rahmenprogramm mit diversen Veranstaltungen, in denen grundlegendes Wissen über die Kommunalpolitik sowie Tipps für den Umgang mit spezifisch Frauen sich stellenden Herausforderungen vermittelt werden. Das Programm wird regional durch die Gleichstellungsbeauftragten betreut, als Projektträger fungiert der Verein Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. Vgl. URL: http://www.frau-macht-demokratie.de/ [eingesehen am 02.02.2021].

Ortsgebundenheit der Sitzungen

Die Flexibilisierung des Lebensalltags vieler Menschen kollidiert mit der Starrheit der Regelungen zur Abhaltung von Sitzungen kommunaler Vertretungen und Gremien. Während wir aktuell, in pandemischen Zeiten, erleben, wie für immer mehr Situationen digitale Alternativen zu Präsenzveranstaltungen etabliert werden, entstehen zusätzliche Hürden für ein kommunalpolitisches Engagement, das weiterhin in großem Maße Ortsgebundenheit verlangt. Die Kommission schlägt vor, im NKomVG die Möglichkeit zur Durchführung von Sitzungen und Abstimmungen per Videokonferenz, beziehungsweise als hybride Sitzungen (Videokonferenz und Präsenz), dauerhaft zu verankern. Einige Bundesländer haben wie Niedersachsen in § 182 NKomVG entsprechende Regelungen für den Fall von Notlagen wie Umweltkatastrophen und Pandemien in ihre Kommunalverfassungen aufgenommen. Dazu zählen Schleswig-Holstein, das Saarland und Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg sind auch in Normalzeiten Videokonferenzen möglich, sofern "Gegenstände einfacher Art"²⁸ behandelt werden.

Aufwandsentschädigungen und steuerliche Aspekte

Die Tatsache, dass pauschale Aufwandsentschädigungen oftmals nicht die tatsächlichen Kosten abdecken und entsprechend den nach den Einwohnerzahlen der Kommunen gestaffelten Freibeträgen steuerpflichtig sind, wurde als ein mögliches Hemmnis für ein kommunalpolitisches Engagement problematisiert. Die Kommission regt an, dass die Entschädigungskommission nach § 55 Abs. 2 NKomVG früher in der jeweils laufenden Wahlperiode tagt, damit ihre Empfehlungen schneller umgesetzt werden können. Eine frühere Einsetzung der Entschädigungskommission ermöglicht, dass der alte, auslaufende Rat die Satzung für den neuen Rat überarbeitet. Dieses Vorgehen würde vermeiden, dass sich der neue Rat als erste Amtshandlung durch die Anhebung der Entschädigungssumme größere finanzielle Ressourcen gibt.

An die Entschädigungskommission wird der Appell gerichtet, bei der Bemessung der nach Einwohnerzahlen gestaffelten pauschalen Entschädigungen weitere Kosten zu berücksichtigen, die Mandatsträgerinnen und -trägern durch die fortschreitende Digitalisierung entstehen (Kosten für PC, Drucker, Patronen, Papier). Auch für Fahrtkosten sollte die Kommission Pauschalen bestimmen.

Die Kommission hat sich zudem mit den Fragen einer Erhöhung der Freibeträge bei der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung sowie einer

²⁸ § 37 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

Befreiung der Anrechnung auf das Elterngeld beschäftigt. In beiden Fällen sind bundesrechtliche Änderungen notwendig.

IV. Ausblick

Nachdem sich die Kommission zunächst schwerpunktmäßig mit dem kommunalpolitischen Ehrenamt befasst hat, wird sie sich nun den weiteren gesellschaftlichen Teilbereichen und Tätigkeiten widmen, in denen ehrenamtliches Engagement eine wichtige Rolle spielt. Dafür hat sich die Kommission dazu entschieden, ihre Arbeit primär nach Querschnittsthemen bzw. Herausforderungen zu strukturieren, die sich als für das ehrenamtliche Engagement insgesamt relevant erwiesen haben. Gleichzeitig sollen Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Organisationszusammenhängen, deren Tätigkeitsschwerpunkte die Breite und Vielfalt der verschiedenen Engagementbereiche möglichst abbilden sollen, in drei ganztägigen *Hearings* Gelegenheit erhalten, ihre ganz spezifischen Anliegen vorzutragen.

Überdies plant die Kommission eine Befragung von ehrenamtlich Engagierten in Niedersachen, mit deren Hilfe weitere Problemfelder identifiziert werden sollen und deren Auswertung Eingang in den Abschlussbericht finden wird.

Auf der Agenda stehen einige Themenkomplexe, die auch schon die Auseinandersetzung mit dem kommunalpolitischen Mandat geprägt haben. Grundsätzliche Fragen nach der Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt, der Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt, der Gleichstellung und Diversität, der Partizipation junger Menschen bzw. der Nachwuchsgewinnung nehmen ganz allgemein einen wichtigen Teil der Arbeit ein.

Parallel zum bisherigen Fokus wurden in vorangegangenen Kommissionssitzungen bereits die Querschnittsthemen der steuerrechtlichen, haftungs- und versicherungstechnischen sowie datenschutzrechtlichen Herausforderungen behandelt.

Weiterhin wird sich die Kommission mit Vorschlägen zur Flexibilisierung von Organisations- und Engagement-Strukturen befassen, um das Ehrenamt an die gewandelten Lebensentwürfe und mit diesen verbundenen Engagementkulturen (informelles, spontanes Ehrenamt; Vielfalt der Engagementformen) anzupassen. In diesem Kontext werden auch Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung zur Sprache kommen.

kommunalpolitischen Abschnitt der 553 Ehrenamt braucht Hauptamt. Dies ist bereits im 554 Kommissionsarbeit deutlich geworden. Auch hier wird die Kommission nach 555 Verbesserungsvorschlägen für andere Engagementbereiche suchen. 556 Ebenso wird die Kommission beim Thema Gewalt, Bedrohungen und Hate Speech gegen 557 ehrenamtlich Engagierte an ihre bisherige Arbeit anknüpfen und Vorschläge dafür erarbeiten, wie 558 Ehrenamtliche allgemein, aber auch abgestimmt auf bestimmte Engagementbereiche besser 559 geschützt werden können. Zu erörtern wird auch sein, welche präventiven Maßnahmen möglich sind. 560 Die Kommission ist sich der vielfältigen Siedlungsstruktur des Flächenlandes Niedersachsens bewusst 561 und wird sich deshalb auch mit den spezifischen Anforderungen ländlicher und urbaner Räume auseinandersetzen. 562 563 Auch für Ehrenamtliche steigt mit der stetigen Zunahme an bürokratischen Anforderungen die 564 Komplexität der Nebenaufgaben. Die Weiterbildung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen wird 565 daher auch die Kommission weiterhin beschäftigen. Schließlich hat sich die Kommission das wichtige Thema einer modernen Anerkennungskultur von 566 567 ehrenamtlichem Engagement vorgenommen. 568 Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit, das heißt die identifizierten Problemstellungen und 569 entwickelten Lösungsansätze, werden in einem umfassenden Abschlussbericht dokumentiert 570 werden.



Im Natur- und Umweltschutz die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern

NABU Niedersachsen e.V. – Naturschutzverband Niedersachsen e.V. BUND Niedersachsen e.V.

Eckdaten der Vereine an Beispielen

Naturschutzbund (NABU) Nds.

Mitglieder: 121.000

Aktive: 8.500 in 180 Gruppen

Struktur und Organisation:

Landesverband und Regionalstellen Untergliederungen mit Ehrenamtlichen Naturschutzzentren, Jugend (NAJU)

Naturschutzverband (LVN) Nds.

Korporative Mitglieder:

20 Naturschutzvereine über ganz Niedersachsen verteilt



© NABU Niedersachsen

Eine Auswahl unserer Aufgaben und Ziele

Beitrag zum Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele (UN)

6: ausreichend sauberes Wasser

11: nachhaltige Städte und Gemeinden

15: Leben an Land schützen

Herausforderungen unserer Zeit

- Artenschwund und Klimawandel
- gesellschaftlicher Zusammenhalt

Aktive Arbeit vor Ort

- Arten- und Biotopschutz
- Umweltbildung
- Beratung von Behörden



© NABU/U. Hauer

Herausforderungen der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit

Wer hat Zeit?

"Ich muss dann arbeiten."

"Die Kinder können nicht alleine sein."

Lohnt das überhaupt?

"Die Behörde nimmt uns nie ernst."

Können wir uns das leisten?

"Ich kann die Fahrtkosten nicht alleine zahlen, dafür ist es zu viel."

"Gibt es Fördermittel für's Material?"

Wer kann das?

"Ich bin zu alt."

"Ich weiß nicht wie das geht."



© NABU/B. Thijsen

Was brauchen wir, um mehr Menschen zu begeistern mitzumachen?



© NABU/G. Wicke



Zeit zum richtigen Moment

Kulturwandel in Firmen, Behörden und Ausbildungsstätten

"Welches Ehrenamt üben Sie aus? Wie kann der Betrieb dabei unterstützen?"

- Förderung von engagierten
 Arbeitgebenden und Ausbildenden
- Freistellungsmodelle für ehrenamtliche Arbeit
- Naturschutzmaßnahmen als anerkannten Bildungsurlaub etablieren



© NABU/A. Schiewe

Zeit zum richtigen Moment

Erleichterung der Beteiligung

- mehr Einfluss auf Terminlegung,
 z.B. bei Sitzungen
- mehr Online-Verfahren
- frühzeitige Einbindung



© NABU/B. Schiewe

Wertschätzung in Familie, Beruf und Gesellschaft

- Anerkennung bei Bewerbungen um Betreuungsplätze (z.B. KiTa)
- Anrechnung auf Rente
- Auszeichnungen für Engagement
- Würdigung von jungen Aktiven in Schulen
- Verankerung in öffentlichen Gremien
- besser ausgestattete
 Ehrenamtskarte
- •



© NABU/G. Wicke

Ohne Geld geht auch nichts

Steuerliche Verbesserungen

- direkte Absetzbarkeit von Aufwendungen im Ehrenamt
- → Gleichstellung mit Erwerbsarbeit
- Absetzbarkeit von Ehrenamtszeit
- → Gleichstellung zur Geldspende

Mehr Unterstützung durch öffentliche Stiftungen geben

Strukturpauschale zahlen, etwa für die Digitalisierung und Fortbildung



© NABU/B. Thijsen

Ehrenamtliche im Naturschutz sind hochengagiert und mit viel Herzblut dabei

... und entlasten den Umwelt- und Naturschutzetat Niedersachsens

Die Einsatzstunden der Aktiven entsprechen etwa 2500 Vollzeitstellen.





© NABU/A. Thijsen